

hlz

Nie wieder Berufsverbote!

S.13 | Déjà-vu

S.32 | Olympische Kosten

S.35 | Protestsemester: Wissen schafft Zukunft

S.49 | Mehrsprachigkeit stärken



Liebe Kolleg*innen!



Vielen Dank nicht zuletzt auch an jene, die ihr Engagement in den vorangegangenen Jahren für die Interessen der Beschäftigten eingebracht haben. Falls ihr für die Übergänge in den Gremien etwas benötigt, holt euch Rat und Unterstützung in den GEW-Gremien, beim GPR und in der Geschäftsstelle.

Bedanken möchten wir uns auch für die zahlreiche Teilnahme an den bisherigen Veranstaltungen zum 80. Jahrestag der Curiohaus-Prozesse. Wir sind sehr froh, dass dieses Thema so gut aufgenommen wird. Gleichzeitig möchten wir darauf hinweisen, dass noch verschiedene Veranstaltungen stattfinden werden.

Liebe Kolleg*innen, wir haben es oben schon angedeutet, dieses Editorial entsteht am ersten Maiwochenende. Das heißt, der für unsere Gewerkschaft mit seinen Diskussionen und Wahlen und Beschlüssen immer sehr wichtige Gewerkschaftstag liegt hinter uns, wenn die hlz bei euch im Briefkasten gelandet ist. – Und so gehen wir nun hoffentlich gestärkt mit wichtigen Beschlüssen und solidarischem Auftreten in die gemeinsame politische Arbeit. Denn die Aufgaben und Herausforderungen für unsere Gewerkschaft bleiben ja vielfältig!

Bis zur Sommerzeit liegt aber auch ohne Beschlüsse noch viel vor uns: In der Erwachsenenbildung bauen wir ein hamburgweites Bündnis gegen den Zulassungsstopp auf, zur Aufarbeitung zum Umgang mit sexualisierter Gewalt in der GEW erwarten wir erste Studienergebnisse, die wir zügig beraten und in Konsequenzen überführen, und bei der Regelanfrage steht ab Mitte Mai die Entscheidung in der Bürgerschaft an, die wir auch mit unseren Aktivitäten begleiten werden. Nutzen wir den Schwung des 1. Mais und unseres Gewerkschaftstages – gehen wir die kommenden Aufgaben gemeinsam und solidarisch an!

SVEN QUIRING, YVONNE HEIMBÜCHEL, BODO HAß



Der Mai hat begonnen – für uns Gewerkschafter*innen mit einer kraftvollen Demonstration am 1. Mai bei Sonnenschein und mit über 10.000 Kolleg*innen hier in Hamburg. Das ist gut und wichtig, gerade angesichts all der Angriffe auf den Sozialstaat, die wir aktuell erleben. Gut und wichtig war dabei auch, dass die Vielfalt an Kolleg*innen und Gewerkschaften dabei erlebbar war. Die GEW war dabei mit mehreren Redebeiträgen und vielen Gesichtern und Fahnen sehr sichtbar. Vielen Dank an alle Aktiven, das gibt auch Schub und solidarischen Rückhalt für die kommenden Herausforderungen und Auseinandersetzungen.

In den letzten Wochen fanden die Betriebs- und Personalratswahlen in vielen Betrieben und Behörden statt. Auch die Schul- und Gesamtpersonalräte wurden neu gewählt. Wir möchten allen neuen und wiedergewählten Interessenvertreter*innen zu ihrer Wahl herzlich gratulieren und alles Gute für ihre kommenden Aufgaben wünschen. Ihr wisst eure Gewerkschaft dabei an eurer Seite. Vielen Dank, dass ihr euch bereitgestellt habt, dieses wichtige Amt zu übernehmen.

Die für die GEW wichtigen Wahlen des Betriebsrats in den Elbkinder-Kitas sowie des Gesamtpersonalrats hatten Licht und Schatten und gehören natürlich auch politisch analysiert. Dies wird in den kommenden Wochen geschehen, um mit den Ergebnissen gut arbeiten zu können.

Nie wieder Berufsverbote!

Schwerpunkt

- 11 Nein zur Regelanfrage!
Jan Voß
- 13 Déjà-vu
Silvia Gingold
- 16 Was schützt der Verfassungsschutz?
André Paschke
- 19 Irrweg Regelanfrage
Stellungnahmen aus HAW und UHH
- 20 Aus Fehlern lernen?
Joist Grolle
- 21 »Kritik hat Wirkung«
Hans-Ulrich Klose
- 22 Geschlossene Gesellschaft?
Sven Quiring
- 24 Gift für die Demokratie
Heiko Humburg

Kinder- und Jugendhilfe

- 26 Ein Baum voller Wünsche
Nicole Wiemer für DOL
- 28 PAS: Wir werden weiterkämpfen!
*Interview mit Alexander Krüger
(Varsenik Vardanyan)*

GEW

- 6 Relaunch
*Leser*innenstimmen*
- 32 Politische Bildung durch Militär?
GEW Hamburg
- 32 Olympische Kosten
Sven Quiring
- 40 Offener Brief: Demokratie leben und Vielfalt schützen!
Selbstverständlich Vielfalt
- 42 Nachruf auf Helmut Knust-Bense
*H. Gragen, B. Zimmermann, E. Pohl,
H.-W. Schäfer, R. Petersen*
- 48 Bühne frei für viele Sprachen
Bilge Yörenc & Karin Haas
- 49 Mehrsprachigkeit stärken!
Bilge Yörenc & Karin Haas

Hochschule

- 34 Nazis an der Uni?
junge GEW / GEW Studis
- 35 Demo: Wissen schafft Zukunft
AG Ausfinanzierung der Uni Hamburg

Guten Morgen, ihr Schönen

- 36 Vorschullehrerin & Bildungsreferent
Karen Bo & Antonia Kühn

BG Ruheständler*innen

- 43 Protest
*Betriebsgruppe Ruheständler*innen*
- 44 Armut durch Pflege (Wiederabdruck)
Gerhard Brauer
- 46 Pflegekosten im Heim (Wiederabdruck)
Hermann Kaienburg

Lesen!

- 51 Not sorry, Tarzan
Eva Klock
- 52 Eigene Geschichte in Geschichten
Eva Klock
- 53 Bildung und militärische Sicherheit?
Andreas Köpke

Internationales

- 56 fair childhood: Unser Konzept wirkt!
Marlies Tepe
- 58 Narco-Terror
Jutta Kläß
- 59 Solidaritätsaufruf Rojava
LAMBDA

Antifa

- 60 Nazi-Biografien: Peter R. Hofstätter (Teil IV)
Hans-Peter de Lorent

Termine

- 43 Gesund in den Ruhestand
- 64 gba-Seminare
- 65 Nordtreffen lesbischer Lehrerinnen 2026
- 67 GEW-Termine

Immer

- 3 Liebe Kolleg*innen!
- 8 Editorial: Antifaschismus muss anziehen!
- 65 Leser*innenbriefe
- 66 Impressum



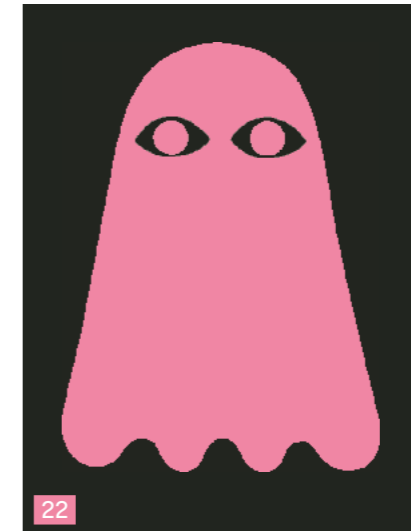
Was schützt der Verfassungsschutz?

Zur eigenwilligen Auslegung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung (FDGO) durch den Verfassungsschutz



Nazis an der Uni? Nicht mit uns!

Über den Protest gegen die faschistische Liste, die für das Studierendenparlament kandidierte



Öffentlicher Dienst oder geschlossene Gesellschaft?

Eine politische Einschätzung der neuen Merkblätter des Hamburger Personalamts zur »Verfassungstreue«



Guten Morgen, ihr Schönen

Karen Bo verdichtet und Antonia Kühn erzeichnet die Erfahrungen einer Vorschullehrerin und eines Bildungsreferenten



Wir werden weiterkämpfen!

Ein Interview mit Alexander Krüger, der stellvertretenden Leitung der PAS Gerritstraße zu den Plänen der Schließung der Praxisausbildungsstätten

Stimmen zum Relaunch

Oh ja!

Größer im Format, ein-drucksvoll im Auftritt, gewöhnungsbedürftig für uns Traditionalist*innen, noch ohne den neu geplanten Titel, alles in allem: Gratulation!!!!

Naja jein!?

Mit dem neuen Layout der hlz bin ich im Großen und Ganzen zufrieden. Eines jedoch stört mich daran und das ist die orange Schrift auf dunklem Untergrund.

hihi

Schade, dass die Umbenennung noch nicht durch ist!

Oh ja!

Ich finde, dass sich die viele Arbeit gelohnt hat. Sieht absolut solide aus! Jetzt mal die Beine hochlegen!

Oh ja!

Das neue Konzept gefällt mir unfassbar gut. Es funktioniert so prima mit den neuen Farben!

Oh ja!

Beim neuen Layout schlägt mein Punkerherz höher!

Naja fast?

Ein Relaunch stand ja an, das erste neue Exemplar finde ich durchaus ansprechend. Doch es gibt eine dringliche Bitte: Bitte keine rote Schrift, vor allem nicht bei längeren Texten [...]. Der alte Film-Titel ›Rote Fahnen sieht man besser‹ hatte seinen Witz, vielleicht jedoch nicht den gewünschten Effekt, seine Verständlichkeit, Wahrnehmbarkeit litt aber nicht an der Farbgebung. Mit kollegialen Grüßen für gutes weiteres Relaunching!

Oh ja!

Dafür hat sich alles gelohnt! Die Farbe ist real sooo stark, wie sich das Farbkonzept durchzieht absolut stringent und stilvoll, der Satz ist so sauber und unterstützt den Lesefluss, das neue Bild der Vorsitzenden ist ernsthaft zeitgemäß, die Grafiken spiegeln das Thema und das Format ist die eierlegende Wollmilchsau.

Naja fast?

Zunächst einmal herzlichen Glückwunsch zu eurer Arbeit! Inhaltlich gefällt mir die hlz sehr gut... Ich schreibe euch aber wegen meines Problems beim Lesen der neuen Ausgabe: Ich habe eine Rot-Grün-Sehschwäche und kann einige Seiten der neuen Ausgabe nur mit großer Mühe lesen. Beispielsweise orange Schrift auf braunem Untergrund ist schwierig. Ich werde nicht der Einzige sein, der das Problem hat (ca. 10 % der Bevölkerung ist betroffen ...). Ansonsten auch ein Glückwunsch zu dem Mut und zu der neuen Gestaltung.

Och nöö!

Die neue Spaltenbreite ist schlechter lesbar!

Oh ja!

Chapeau, gleich mehrmals! Gefällt mir gut!

Och nöö!

... bei dem braunen Hintergrund kriegt man Augenkrebs! Und die Fotos sind grottig!

Oh ja!

Mir gefällt das Format und grundsätzlich auch die Aufmachung der hlz. Ein Hoch auf Jason!!!

Naja jein!?

Zunächst: Herzlichen Glückwunsch fürs neue Design! Ich habe aber einige Anmerkungen. Heftformat, Headline, Grundschriften mit gutem Durchschuss passen gut zusammen und machen die Artikel gut lesbar. Die Untertitel in Orange und Schrittgröße in zu geringem Durchschuss machen ihn unlesbar. Seite 50 ff. und in ähnlichen Seiten ist die Schrift in Orange auf Schwarz nicht lesbar (ich habe einige Personen befragt). [...] Dass ihr für Ankündigungen, Seminare etc. eine andere Headline-Schrift verwendet, finde ich gut; dem Leser fällt sofort auf, dass er sich in einem anderen Abschnitt des Heftes befindet. Macht weiter so!

Oh ja!

So cool, das fanzine-hafte. Der Verweis zur Hamburger Comicszene. Das tolle Format, das wirklich leserlicher ist, und dennoch eben an die – wie Ihr schreibt – süße kleine hlz erinnert. Ich finde es ganz wunderbar!

Och nöö!

Ich finde es schade, dass die hlz nicht mehr diese handliche Handtaschengröße hat. Das Format gefiel mir sehr gut. Ich habe die hlz gerne mitgenommen, wenn ich Bus oder Bahn fahren musste. Man konnte sie in der Handtasche oder bodybag unterbringen.

Oh ja!

Gefällt mir! Das Format finde ich auch sehr spannend, sehr gute Arbeit!

Oh ja!

In Erinnerung an viiiiiiel zaghaftere Versuche zu unseren Zeiten möchte ich auf diesem Weg mitteilen, dass mir das neue Erscheinungsbild, der neue Stil richtig gut gefällt – ansprechend, gut lesbar, klar strukturiert, mit einer schönen, elegant-minimalistischen Design- & Schriftsprache – also: Aus meiner Sicht unbedingt Kurs halten & den nächsten Schritt zur Umbenennung wagen.

Oh ja!

Da ist das Ding! Guter Stoff, gefällt mir! Bruder, und ›Steinbeis natur, ungestrichen recycled‹ is der Shit, is einfach der Shit!

Antifaschismus muss anziehen!

Die Bundesregierung setzt auf Abbau: von sozialen und demokratischen Leistungen, die wir über unsere Steuergelder finanzieren. Sie rüstet ohne Maß auf, doch: die Mehrheit soll noch mehr »Opfer« bringen. Für was eigentlich? Wir brauchen dringend stärkere Gewerkschaften, dringend mehr wirksames Engagement und Kritik, um nicht dermaßen regiert zu werden. Unser Antifaschismus muss anziehen: mehr Vereinzelte, mehr Menge – Massen!

Es gibt »Klassenkampf von Oben«, so benannte die DGB-Vorsitzende Tanja Chawla am 1. Mai 2026 direkt am Fischmarkt das Problem der gegenwärtigen Politik. Wir waren Tausende und Kolleg*innen aus vielen Gewerkschaften kritisierten in ihren Reden die »Reformoffensive« der Regierung grundlegend: nämlich als die schwersten Angriffe auf hart erkämpfte Errungenschaften der Arbeiter*innenbewegung, aber auch der sozialen Bewegungen nach 1968 ff. Die Rente soll gekürzt werden, Krankenkassenleistungen gestrichen, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall eingeschränkt, der Acht-Stunden-Tag soll »fallen«, der 1. Mai als Feiertag abgeschafft und langfristige Förderprogramme für zivilgesellschaftliches Engagement gestrichen werden ... – nein, diese Liste ist zu lang. Sie sagt: Bei Erstarken der AfD muss weniger Wohlfahrt, weniger Gemeinwohl, weniger Demokratie gewagt werden.

Angekündigt und eingefordert werden »Opfer« für ein behauptetes Allgemeinwohl – ohne das Versprechen auf ein würdiges Altern, ein Leben in Würde auch bei Krankheit – die nicht selten die Folge lohnarbeitsbedingter Vernutzung ist. Gefordert werden »Opfer«, ohne die Versprechen einer Ausbildung oder eines Studiums, die ein besseres Leben materiell greifbarer werden lassen. Die von der Bundesregierung anvisierte Zukunft wirkt düster: Kriege als drohende Möglichkeit. Die Bundeswehr soll bis 2039 – 100 Jahre nach dem Beginn des Zweiten Weltkriegs – die stärkste Armee des Kontinents sein. Ein beunruhigender Konsens in der Bundesregierung: Schlafwandlerisch wird auf das »Sparen«, die »Leistung« gesetzt und als Feindbild wieder einmal der »Faulenzer«, »Verschwender« und der »Drückberger« propagiert.

Es könnte alles anders sein: Eine überwältigende Mehrheit in der Bevölkerung ist für eine stärkere Besteuerung von Erbschaften und Vermögen. Es ließen sich in dieser

»Mitte« und bis zu den Rändern der Gesellschaft andere Mehrheiten erstreiten, um eine grundlegend andere Politik zu verwirklichen, die sich gegen die Verrohung im globalen Maßstab positioniert und die ernsthaft eine Strategie gegen die zunehmende Faschisierung in die Tat umsetzt. Doch bei sozialen und bildungspolitischen Anliegen heißt es: Viele Länder der Bundesrepublik stünden »finanziell mit dem Rücken zur Wand«, »wir leisten uns so viel Wahnsinn in der Verwaltungsbürokratie, dass es ehrlicherweise jetzt schon fünf nach zwölf ist, das jetzt anzugehen«, so Andreas Dressel im Handelsblatt vom 13. Januar 2026.

Rechte Erzählungen für eine Sicherung der Mitte

Andreas Dressel war als Finanzsenator unserer Hansestadt Hauptverhandlungsführer der Tarifgemeinschaft der Länder. Die Rechtsverschiebung in der Mitte zeigt sich daran, welche Zitate er in einem Artikel des »Handelsblatts« während der Tarifverhandlungen platzierte, um die ökonomische Krise, die leeren Kassen zu erläutern: »Steuerausfälle, explodierende Sozialleistungen und hohe Flüchtlingskosten« (Handelsblatt vom 13. Januar). Der Staat nehme weniger ein, »Minderheiten« belasteten zu sehr die »Mehrheit«, die »Mitte« der Gesellschaft. Das sind rechte Talking Points. Dressel verschiebt das Problem von der Mehrheit an den Rand, hin zu den »Extremen«, den »Unnormalen«. Ökonomische Verschlechterungen werden politisch durchgesetzt, indem Identifikationsangebote durch Abwertung der Anderen unterbreitet werden: Wer will nicht zur »hart arbeitenden Mitte« (Lars Klingbeil) gehören, die niemandem »auf der Tasche liegt«?

Diese rechte Apokalypthik eines drohenden »Untergangs des Abendlandes« wird genutzt und bar jeder Empirie übertrieben, um eine Moralpanik zu schüren: »Die Sozialkosten gehen durch die Decke. Die Bürger sind bereit für Reformen – hoffentlich fällt jetzt auch bei der SPD in Berlin

der Groschen«. Der Sozialdemokrat Dressel schießt gegen die SPD-Bundestagsfraktion, die Regierungspolitik blockiere: Dort im abgehobenen Berlin, in dieser anderen Parteiströmung dominiere die entgegengesetzte Einstellung: »Mit uns darf es keinerlei Einschnitte geben«. Das geht doch nun wirklich an der Realität dieser Fraktion vorbei. Dressel deutet seine Gegner*innen in der eigenen Partei als zu extrem – doch das ist Teil der Taktik.

Dressel plädierte gegen Kompromisse mit den Gewerkschaften, er propagiert den Abbau des Sozialstaates, in Variation des konservativen Narrativs, dass die SPD zur »Partei der Transferempfänger« mutiert sei. »Die Bürger sind bereit« – das ist die bittere Hoffnung einer Bundesregierung, deren Bundeskanzler zu den unbeliebtesten der Geschichte gehört und sich sogar öffentlich dafür selbstbemitleidet. Selbst Olaf Scholz nannte ihn einen großen Polemiker und eine »Mimose«.

Die Regelanfrage als Rechtsverschiebung

Ein Finanzsenator, der keinen Zweifel an seiner neoliberalen Gesinnung lässt, ein Innensenator, der jene als »Koalition der schlechten Laune« markiert, die Olympische Spiele nicht gutgelaunt als Tourismuswachstum oder Wertsteigerung von Immobilien begrüßen wollen. Das ist Ausdruck eines bestimmten Stils des Senats, einer Strategie, wie mit Kritik oder politischem Engagement umgegangen wird. Die Etablierung und die Parteinahme für die Regelanfrage beim Verfassungsschutz ist dafür typisch, sie ist kein Ausrutscher, sondern folgt bestimmten Zielen: Eine Gefahr von außen, aus dem Ausland wurde ausgemacht, die unsere demokratischen Institutionen unterwandere, um unsere freiheitliche demokratische Grundordnung zu stürzen. Am Anfang dieses Gesetzesvorhabens steht ein rechtes Narrativ.

Es hieß: Unterwanderung durch Kader einer islamistischen Organisation stellten die Gefahr dar, gegen die eine Regelanfrage »für alle« Abhilfe schaffen soll. Dies trug auch die justizpolitische Sprecherin der SPD-Bürgerschaftsfraktion Sarah Timmann auf dem Podium im Taz-Salon »Wer hat Angst vorm Berufsverbot?« am 7. April erneut so vor. Dabei war zu diesem Zeitpunkt schon bekannt, dass diese problematischen Personen bereits ohne Regelanfrage entfernt werden konnten, und auch, dass diese weder Beamt*innen noch Angestellte waren, sondern Schulbegleiter – und damit gar nicht den Maßnahmen einer Regelanfrage unterliegen würden. Timmann ging auf diese Widerlegung nicht weiter ein, sondern verwies auf die Sorge um zukünftige AfD-Mitglieder, die einmal unsere Kinder unterrichten oder in Behörden über Schicksale entscheiden könnten. Die Entgegnung auf dem Podium war ein »Mic Drop«: Der Hamburger Verfassungsschutz habe noch nie die AfD beobachtet und werde ihre »Überprüfung« in näherer Zukunft auch nicht aufnehmen. Dagegen wird diese »Regelanfrage« nicht wirksam sein. Geht's dem Senat hier also doch nur um eine Besetzung des Feldes der »Inneren

Sicherheit«, um Christdemokrat*innen und Verbündeten zu signalisieren, dass man durchaus zu einigen Eingriffen in die Grundrechte bereit wäre, um die Koalition auch durch diese Krise führen zu können?

Immer wieder wird vom Senat betont, dass er keine Wiederholung der »Radikalerlasse« anstrebe, dass die Regelanfrage etwas ganz anderes sei – doch er legt keine nachvollziehbaren Analysen vor, warum diese Strategie nun bessere Effekte erzielen sollte, obwohl der Radikalerlass nachweislich zu mehr Negativem als Positivem geführt hat. Auch hier also zeigt sich, was im Umgang des Senats mit der gewerkschaftlichen Kritik am Vorhaben zum Ausdruck kommt: Es geht nicht darum, eine nachhaltige Lösung im gemeinsamen Angehen gegen die Gefährdungen der Demokratie zu finden, sondern von Anfang an ging es darum, wider alle historischen und politischen Argumente die Kritiker*innen bloß von der Richtigkeit der eigenen Politik zu überzeugen: Durchsetzungsfähigkeit als Stärke, Eingehen auf die anderen als Schwäche. Eine solche Haltung wirkt autoritär, denn sie präsentiert ihre Position als alternativlos und markiert die Opposition als Verdachtsfall, statt ihre Kritik ernst zu nehmen.

Verbinden – Kritisieren: Verbessern

Wir müssen als Gewerkschaft über solche Zusammenhänge diskutieren, um in dieser Rechtsverschiebung eine Strategie zu entwickeln, die den ökonomischen Verschlechterungen begegnet und diese Bedrohung der Faschisierung in ein Besseres wendet. Wir wollen darum streiten, wie wir gut aus diesem Schlamassel herausfinden, welche Rolle unser Kampf gegen die drohenden Berufsverbote darin spielt. Es geht dann um den Begriff eines sozialen Antifaschismus, der eine Richtung in unsere Gewerkschaftseinheit bringt: Der unsere Kämpfe mit anderen verbindet, diese Angriffe auf unsere Lebensbedingungen, unsere Freiheiten und Rechte im Zusammenhang begreifbar macht, um sie zu verändern. Mit euch darüber zu streiten, freute uns sehr – ob nun bei unserer kommenden Veranstaltungsreihe gegen die »Regelanfrage«, im Pausengespräch im Berufsalltag oder bei all den gegenwärtig sich vollziehenden Protestaktionen: Sei es gegen die geplante Schließung der Praxisausbildungsstätten, gegen die massiven Kürzungen im Hochschulbereich und die Streichung der Integrationskurse, gegen die Militarisierung und die Angriffe auf die Rechte von Migrant*innen, Frauen*, LSBTIAQ* und Menschen mit Behinderung. Stärken wir all die vielen sozialen Bewegungen, damit sich daraus eine Richtung zum Besseren ergibt!

Eure Redaktion



Nein zur Regelanfrage! Ja zu Vertrauen, Offenheit und Demokratie!

Unter dem Slogan ›Kein Misstrauen im öffentlichen Dienst‹ demonstrierte das Hamburger Bündnis gegen Berufsverbote am 21. März gegen die vom Senat geplante Wiedereinführung der Regelanfrage. Die Demo zog vom Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz durch die Innenstadt zum Rathaus. Im Folgenden die Rede, die Jan Voß für die GEW Hamburg auf der Abschlusskundgebung hielt:

Jan Voß

Liebe Freundinnen und Freunde und alle dazwischen und außerhalb, ich freue mich wahnsinnig, dass so viele von euch sich heute hier versammelt haben und dass ich ein paar Worte an euch richten darf. Weniger freut mich, dass es wieder nötig geworden ist, dass sich heute hier so viele von uns versammeln müssen. Nötig ist es deswegen, weil wir uns Sorgen machen müssen: Sorgen um unsere Stadt, Sorgen um unsere Gesellschaft, um unsere Grundrechte, den öffentlichen Dienst und letztlich Sorgen um uns alle.

Wir haben uns hier heute versammeln müssen, weil der Hamburger Senat den Weg eingeschlagen hat, eine Regelanfrage beim Verfassungsschutz für Bewerber*innen im öffentlichen Dienst einzuführen. Und wir sehen uns gezwungen hier heute ganz klar und unmissverständlich zu sagen, was jedem rational denkenden Menschen ohnehin klar sein sollte: Das ist der völlig falsche Weg!

Wer nämlich einen Verfassungsschutz, der seine Kompetenzen überschreitet, indem er glaubt, definieren zu können und zu dürfen, was zur freiheitlich demokratischen Grundordnung gehört und was nicht, zum Wächter über den öffentlichen Dienst erheben möchte, der hat einen Irrweg eingeschlagen.

Und wer sich einreicht in die Riege der Politiker*innen, die denken, sie könnten politisch aktive junge und andere Menschen einschüchtern, indem sie das Urteil über den Eintritt in den öffentlichen Dienst in die Hände derer legen, die in der jüngsten Vergangenheit nicht zuletzt durch Inkompetenz oder aktives Wegsehen Strukturen wie den niederträchtigen NSU und andere ruchlose rechte Netzwerke haben gewähren lassen, der ist auf dem Holzweg schon so

erschreckend weit vorangeschritten, dass er in der Vergangenheit möglicherweise nicht ganz zu Unrecht auch als »1 Pimmel« bezeichnet wurde ... wenn das denn passiert sein sollte. Und wir sagen: Dieser Weg ist schändlich und darf so nicht weiter begangen werden.

Generalverdacht

Jedenfalls, wir alle wissen: Der öffentliche Dienst ist das Rückgrat unserer Stadt. Hier arbeiten die Menschen, die sich tagtäglich für das Gemeinwohl einsetzen, die Menschen, die unsere Kinder unterrichten, betreuen und erziehen, die unsere Universitäten, unsere Infrastruktur, unsere Verwaltung und alles andere am Laufen halten. Künftig sollen nun also diese Personen nach den Wünschen des Hamburger Senats ganz automatisch vom Verfassungsschutz überprüft werden. Ohne konkreten Anlass, ohne Verdacht, ohne Transparenz, ohne Rücksicht auf die Erkenntnisse aus der Vergangenheit und ohne Rechenschaftspflicht der überprüfenden Behörden. Einfach so.

Diese Menschen sollen unter einen Generalverdacht gestellt und die Beweislast soll zu ihren Ungunsten umgekehrt werden. Das ist nicht nur ungerecht und asozial. Das ist brandgefährlich und höchst verwerflich! Und darum sind wir heute hier zusammengelassen. Denn wenn uns die Vergangenheit eines gelehrt hat, dann, dass diese Form von Gesinnungsschnüffelei mitnichten dazu beiträgt, den öffentlichen Dienst auf die freiheitlich demokratische Grundordnung einzuschwören. Sie führt nur dazu, dass gerade die jungen und anderen Menschen, die sich aktiv politisch betätigen – die sich im Angesicht der menschenfeindlichen Politik von AfD und anderen gerademachen

und für genau die Werte eintreten, die wir von den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Hamburg erwarten dürfen, wollen und sollen – in ihrer freien Berufswahl behindert und also in ihren Grundrechten eingeschränkt und letztlich vom öffentlichen Dienst abgeschreckt werden. Und warum das keine gute Idee sein kann liegt ja wohl auf der Hand.

Doch nicht nur in unserem schönen Hamburg haben sich Einzelne aufgemacht, uns mit ihrer perfiden Vorform einer autokratischen Politik zwangszubeglücken. Die Bestrebungen des Hamburger Senats zur Regelanfrage sind nur ein Puzzelstück in dem Mosaik des Grauens, dessen hässliches Gesicht wir in der jüngsten Zeit in verschiedensten Ausführungen auch in anderen Bundesländern und der Bundespolitik erkennen müssen. Sei es der Kulturstaatsminister Weimer, der versucht, seine verquere Version einer rechten Leitkultur im Geheimen durch den Verfassungsschutz in den Buchläden der Nation durchboxen zu lassen. Oder sei es der Innenminister Dobrindt, der genau dieses Vorgehen als beispielhaft versteht, der die Kompetenzen und Ressourcen des Verfassungsschutzes noch ausbauen und erweitern möchte und der sich wünscht, dass das Beispiel Weimers Schule macht. Oder sei es die bayerische Kultusministerin, die unsere Mitstreiterin Lisa Poettinger nicht zum Referendariat zulässt, weil sie Wörter wie ›Profitmaximierung‹ verwendet und die internationale Automobilausstellung in München doof findet. Allen von uns werden im Handumdrehen sicher noch viel zu viele weitere Beispiele für ähnlich befremdliche und gewissenlose Aktionen einfallen.

Aufklärung und Bildung statt Kontrolle und Überwachung

Aber bleiben wir noch einmal bei unserem Hamburger Senat. Dieser muss sich fragen lassen: Warum dieses Misstrauen gegenüber den eigenen Bürger*innen und Beschäftigten? Warum dieser Generalverdacht gegen alle, die sich für das Gemeinwohl engagieren wollen? Warum wird nicht in Aufklärung, Prävention und Bildung investiert, sondern lieber in Überwachung und Kontrolle? – Die Antworten auf diese Fragen bleibt der Senat leider wie so oft schuldig, er zieht sich lieber in eine Phantasiewelt zurück, in der der Verfassungsschutz zum Richter über die freiheitlich demokratische Grundordnung erhoben wird, obwohl diese in der Realität natürlich niemals rechtens von ihm definiert werden kann.

Wir sagen dem Hamburger Senat und allen anderen: Wer im öffentlichen Dienst arbeiten will, muss sich zu unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung bekennen. Das ist richtig und wichtig, alles andere wäre schizophoren. Aber die Maßstäbe hierfür legen Grundgesetz und Bundesverfassungsgericht fest und nicht irgendwelche Ämter für Verfassungsschutz oder Personal oder sonst irgendwas. Und das gilt für Hamburg, für Bayern und überhaupt grundsätzlich!

Für einen öffentlichen Dienst, der für die echte freiheitlich demokratische Grundordnung einsteht brauchen wir keine pauschale Überprüfung durch sogenannte Verfassungsschützer*innen. Wir brauchen vielmehr offene Augen, offene Ohren, eine offene Gesellschaft, mündige Bürger*innen und Transparenz im Verwaltungshandeln sämtlicher Ämter. Wir brauchen eine Verwaltung, die Vielfalt und Engagement fördert – und nicht durch Misstrauen, Überwachung und Berufsverbote erstickt.

Diese vom Hamburger Senat geplante Regelanfrage ist ein Schritt in die völlig falsche Richtung. Sie schafft kein Vertrauen, sondern Angst. Sie schützt nicht die Demokratie, sie trägt sie zu Grabe. Sie ist ein Misstrauensvotum gegen genau die Menschen, die unsere Stadt am Laufen halten und unser Zusammenleben überhaupt erst möglich machen.

Unsere Antwort: Solidarität und Mut

Lasst uns gemeinsam laut sein. Lasst uns zeigen, dass Hamburg eine Stadt des Miteinanders ist – und nicht die Stadt des Misstrauens zu der sie der Hamburger Senat pervertieren möchte. Lasst uns gemeinsam kämpfen für einen öffentlichen Dienst, der auf Vertrauen baut – und nicht auf Kontrolle. Und lasst uns gemeinsam einstehen für eine Gesellschaft, in der Bücher, Gedanken und Engagement frei sind und das auch bleiben!

Danke, dass ihr heute hier seid. Danke, dass ihr euch einsetzt, gerademacht und stabil bleibt. Für unsere Stadt, für unsere Demokratie, für unsere Freiheit und gegen die Regelanfrage! Unsere Antwort auf ihre Repressionsversuche lautet wie schon immer: Solidarität und Mut. Und wenn ich hier zum Abschluss einen SPD-Bürgermeister zitieren darf, der ausnahmsweise die Lehren aus der Geschichte Deutschlands gezogen und verstanden hat, dann mache ich das mal mit Burkhard Jung aus Leipzig. Der hat dem Kulturstaatsminister auf der Leipziger Buchmesse erklärt, was Mut bedeutet: Zum Mut gehört, Kritik zu üben, wenn Entscheidungen getroffen werden, die unsere kulturelle Infrastruktur gefährden. Diesen Mut sehe ich in euren Gesichtern – und deshalb stehen wir heute hier.

Und deshalb sagen wir: Nein zur Regelanfrage! Nein zum Generalverdacht! Nein zu immer mehr Überwachung und staatlicher Kontrolle – egal ob im öffentlichen Dienst, in der Kultur, im Alltag oder im Fußballstadion! Ja zu Vertrauen, Offenheit und Demokratie! Ja zu Transparenz und Rechenschaftspflicht auch und gerade für den Verfassungsschutz. Ja zu allen Menschen, die sich für Menschenrechte, Demokratie und eine offene Gesellschaft einsetzen.

Wir sind viele – und wir lassen uns nicht unter Generalverdacht stellen! Eine Wiedereinführung der Berufsverbote und der Regelanfragen wird es mit uns nicht geben. Nicht in Hamburg, nicht in Bayern und auch nicht irgendwo anders!

JAN VOß ist Vorsitzender des Gesamtpersonalrats (GPR), Co-Sprecher der Fachgruppe Grundschulen sowie 2. Kassenverwalter der GEW Hamburg.

Déjà-vu



›Radikalenerlass im neuen Gewand?‹ lautete der Titel des ersten Abends einer von der GEW Hamburg am 19. März 2026 gestarteten Veranstaltungsreihe gegen die Regelanfrage. Neben Olaf Schwede vom DGB und dem Juristen André Paschke (siehe nachfolgender Beitrag) war Silvia Gingold ins gut gefüllte Curio-Haus gekommen. Sie gab Einblick in die Erfahrungen ihres Berufsverbots im Zuge des ›Radikalenerlasses‹, erzählte von der damaligen Gegenwehr, aber auch von ihrem aktuellen Kampf gegen die anhaltende Bespitzelung durch den Verfassungsschutz:

Silvia Gingold

Ich hatte mir nicht vorstellen können, dass ich, über 50 Jahre nach meinem Berufsverbot 1975, heute wieder oder immer noch mit dem Thema Gesinnungsüberprüfung konfrontiert sein würde. Die Wiedereinführung von Regelanfragen, ›Verfassungstreuechecks‹, ›Plicht zur Verfassungstreue im Öffentlichen Dienst‹, Ausfüllen von Fragebögen nach Mitgliedschaft in ›extremistischen‹ Organisationen – das sind Maßnahmen, die in vielen Bundesländern geplant oder bereits Praxis sind – für mich ein Déjà-vu-Erlebnis.

Alles dies geschieht unter dem Vorwand, rechte Kräfte heraus- oder kleinhalten zu wollen. Es ist aber immer nur die Rede von »Extremisten«, »Verfassungsfeinden«, »Radikalen«. Wer das ist, bestimmt der Inlandsgeheimdienst mit dem irreführenden Namen ›Verfassungsschutz‹. Wer mit ›Extremist‹, ›Verfassungsfeind‹ gemeint ist, haben wir vom Berufsverbot Betroffenen der 70er Jahre schmerzlich erfahren müssen. Damals wie heute sind es vor allem Gewerkschafter*innen, Friedensbewegte, Nazigegner*innen, Klima-Aktivist*innen, Aktive für die Palästina-Solidarität, die, weil sie von der ›Staatsraison‹ abweichen, Diffamierungen und beruflichen Einschränkungen und Repressionen ausgesetzt sind. Der ›Verfassungsschutz‹ fungiert nun auch noch als ›Jury‹ für Buch-, Kulturpreise- und Genehmigungen für bestimmte Veranstaltungen. Dies ist Ausdruck einer Verdachtskultur, für die ein nicht kontrollierbarer, geheim agierender ›Verfassungsschutz‹ herangezogen wird, um Be-

wertungen darüber vorzunehmen, ob Personen oder Organisationen verfassungsgemäß handeln oder dies nicht tun.

Der Zeitpunkt dieser verschärften Meinungsrepression ist kein Zufall. Sie geht einher mit einer aggressiven Politik der Militarisierung in allen gesellschaftlichen Bereichen, um Deutschland ›kriegstüchtig‹ zu machen, einer gigantischen Hochrüstung, der Wiedereinführung der Wehrpflicht und einem massiven Sozialabbau. Mit einem Klima der Angst und Einschüchterung soll eine Bewegung gegen diese Politik mundtot gemacht werden. Wachsende Aggressivität nach außen war in der Geschichte Deutschlands immer begleitet von der Verfolgung Andersdenkender im Innern. Die Kontinuität der Verfolgung von Linken – in der Kaiserzeit waren es die ›vaterlandslosen Gesellen‹, im faschistischen Deutschland die ›Reichsfeinde‹, in der BRD die ›Verfassungsfeinde‹ – möchte ich am Beispiel meiner eigenen Familiengeschichte verdeutlichen:

Meine Großeltern und Eltern waren 1933 von den Nazis als Juden und Kommunisten verfolgt und in die Emigration getrieben worden. Als meine Eltern 1945 aus dem Exil in Frankreich nach Frankfurt am Main zurückkehrten, lagen 12 Jahre des Grauens hinter ihnen: Deportation von Angehörigen und ihre Ermordung in den Gaskammern von Auschwitz, die risikoreiche Teilnahme am Widerstand, Illegalität, Verhaftung, Folter im Gestapogefängnis, Leben in ständiger Gefahr und Angst, Trennung vom zweijährigen Kind, um es in Sicherheit zu bringen.

Die Hoffnung meiner Eltern, dass niemand mehr wegen seiner Herkunft, Religion oder politischen Weltanschauung diskriminiert oder der Verfolgung ausgesetzt sein würde, war im Nachkriegsdeutschland schnell zerstört: Schon bald saßen einstige Nazis in der BRD wieder in den Führungsetagen der Verwaltung der Wirtschaft, der Justiz, der Medien, in den Schulen und Hochschulen, bauten Militär- und Geheimdienste auf. Erneut wurden Kommunisten verfolgt, die KPD 1956 verboten, in unserer Wohnung wurde eine Hausdurchsuchung durchgeführt, marxistische Materialien beschlagnahmt, meine Eltern mussten wieder ihre politische Arbeit in der Illegalität fortführen. Damit nicht genug: Meiner Familie wurde nach dem KPD-Verbot die deutsche Staatsbürgerschaft entzogen, wir wurden zu »Staatenlosen« erklärt, unser Begehren nach Einbürgerung wurde zunächst mit der Begründung verweigert, wir würden nicht die »Gewähr bieten, jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung einzutreten«. Erst in den 70er Jahren, nach jahrelangem Kampf und mit Hilfe öffentlicher Protest, konnten wir vor dem Verwaltungsgericht unsere Einbürgerung erstreiten.

Dann bekam ich 1975 Berufsverbot: Nach dreijähriger

Schüler*innen meiner damaligen 6. Klasse einen Brief an den hessischen Kultusminister schrieben mit dem Wunsch, ihre Lehrerin behalten zu können – alles das zählte nicht.

Disziplinierung zu Konformismus und Mitläufertum

So wie ich wurden in den 70er Jahren 3,5 Millionen Bewerber*innen für den Öffentlichen Dienst vom »Verfassungsschutz« per Regelanfrage auf ihre Verfassungstreue durchleuchtet, in der Folge kam es zu Tausenden Berufsverbotsverfahren. Zu dieser erschreckenden Gesinnungsschnüffelei stellte der Marburger Professor Wolfgang Abendroth 1979 fest: »Wir haben in der Bundesrepublik Deutschland ein politisches Überwachungssystem, wie es in dieser Perfektion und in diesem Umfang in keiner anderen bürgerlichen Demokratie besteht. Das Bundesverfassungsschutzamt kombiniert millionenfach Zählkarten und Akten über fast jedermann, der irgendwann einmal kritisch im politischen Leben aufgetaucht ist.«

Der französische Publizist Alfred Grosser bemerkte 1975 in der Frankfurter Paulskirche anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels: »Aber wenn jeder Anwärter auf eine Stellung im öffentli-

Betroffen waren fast ausschließlich Linke: Lehrer*innen in Schule und Hochschule, Jurist*innen, Postbedienstete, Lokführer, Beschäftigte im Sozial- und Gesundheitswesen.

Tätigkeit im hessischen Schuldienst und nach Abschluss meines 2. Staatsexamens 1974 wurde ich zu einer »Anhörung« in das Regierungspräsidium Kassel geladen. Dort legte man mir »Erkenntnisse« des »Verfassungsschutzes« vor, die dieser seit meinem 17. Lebensjahr gesammelt hatte. Einige Beispiele: Teilnahme an Demos gegen die Notstandsgesetze, gegen den Krieg in Vietnam, gegen Neonazis, Reisen in die DDR, alles akribisch aufgelistet mit Orts- und Zeitangabe. Wo man heute per Mausclick Aktivitäten einer Person verfolgen kann, musste man zur damaligen Zeit ohne Internet schon persönlich bespitzelt werden. Ich wurde befragt, wie ich zum Marxismus, zum Sozialismus, zur DDR, zum Grundgesetz stehe – für mich ein unerträgliches Gesinnungsverhör.

Mein Beamtenverhältnis auf Probe wurde widerrufen, ich bekam einen befristeten Angestelltenvertrag, dann ein Jahr später, 1975, die Mitteilung, die »Zweifel an meiner Verfassungstreue« seien nicht ausgeräumt. Als Mitglied der DKP würde ich nicht die »Gewähr bieten, jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung einzutreten«. Mein Vertrag wurde nicht verlängert, damit war ich aus dem hessischen Schuldienst entlassen. Dass ich vier Jahre erfolgreich als Lehrerin tätig war, Ausbilder*innen und Kolleg*innen meine qualifizierte Arbeit positiv hervorhoben,

chen Dienst auf Herz und Nieren geprüft werden soll, wenn er Fragebögen auszufüllen hat, wenn dem Gymnasiasten schon klar wird, was er zu unterlassen und was er brav zu sagen hat, um später keine Schwierigkeiten zu bekommen, so vermeidet man weniger Gefahren für die Grundordnung, als dass man junge Generationen zum Konformismus und zu einem gefährlichen Mitläufertum verleitet.«

Die Grundlage für die Gesinnungsüberprüfung lieferte der 1972 beschlossene Ministerpräsidentenbeschluss unter Vorsitz von Willy Brandt, auch als »Radikalenerlass« bekannt: nach diesem sollte ein Bewerber für den Öffentlichen Dienst abgelehnt werden, wenn er »verfassungsfeindliche Aktivitäten« entwickelt oder »einer Organisation angehört, die verfassungsfeindliche Ziele verfolgt«.

Betroffen waren fast ausschließlich Linke: Lehrer*innen in Schule und Hochschule, Jurist*innen, Postbedienstete, Lokführer, Beschäftigte im Sozial- und Gesundheitswesen. Es waren Mitglieder und Sympathisant*innen der DKP oder anderer marxistischer und sozialistischer Organisationen, Gewerkschafter*innen, Kriegsdienstverweigerer, Jungsozialist*innen. Ihr »Vergehen«: Sie engagierten sich gegen den Abbau demokratischer und sozialer Rechte, gegen Neonazismus und Krieg oder setzten sich für eine sozialistische Alternative ein. Genau dieses Engagement sollte mit

dem Instrument des Radikalenerlasses eingedämmt, vor allem junge Menschen von demokratischem Engagement ferngehalten, eingeschüchtert, zu angepasstem Duckmäusern gezwungen – demokratisches Engagement sollte zum persönlichen Wagnis werden.

Proteste und Solidarisierungen

Diese Rechnung ging jedoch nur teilweise auf: So sehr auch das Klima der Angst und Einschüchterung wirkte, lösten die Berufsverbote andererseits doch öffentliche Proteste und eine große Solidaritätswelle mit den Betroffenen aus: Im In- und Ausland, besonders in Frankreich, bildeten sich Komitees gegen Berufsverbote. Demonstrationen, Unterschriftensammlungen, Protest- und Solidaritätsschreiben, Unterstützungsaktivitäten für die Betroffenen, Begleitung bei Gerichtsverhandlungen und vieles mehr. Diese breite Gegenwehr gegen die massiven Verletzungen von Grundrechten brachten schließlich auch die verantwortlichen Politiker in zunehmende Bedrängnis. Willy Brandt gestand die mit dem »Radikalenerlass« eingeleitete Praxis 1976 als »Irrtum« ein, die der Demokratie mehr Schaden als Nutzen eingebracht habe. Die Proteste der demokratischen

Meine Klage gegen den »Verfassungsschutz« [...] wurde abgeschmettert, u. a. mit der Begründung, dass »die Klägerin offen mit linksextremistischen Kräften zusammen arbeitet [...], die ein kommunistisch orientiertes Antifaschismusverständnis vertreten.«

Bewegung im In- und Ausland führten zur Wiedereinstellung zahlreicher Betroffener. So wurde auch mir unter dem Druck der Öffentlichkeit eine Stelle als Angestellte im hessischen Schuldienst angeboten, trotz eines Urteils des Hessischen Verwaltungsgerichtshofes, das mich zum »Verfassungsfeind« stempelte. Ohne einen konkreten Vorwurf bezüglich verfassungsfeindlichen Verhaltens fällte das Gericht im Urteil die Prognose, es könne nicht ausgeschlossen werden, dass ich mich als Mitglied der DKP in Zukunft verfassungsfeindlich verhalte, deshalb könne ich keine Beamtin in Hessen werden. Übrigens erhielt ich für alle juristischen Verfahren durch die verschiedenen Instanzen Rechtsschutz von der GEW, wofür ich sehr dankbar bin.

Nach meiner erfolgreichen Wiedereinstellung im Jahr 1976 unterrichtete ich als Angestellte an einer Gesamtschule in Nordhessen die Fächer Französisch und Gesellschaftslehre bis zu meinem Eintritt in den Ruhestand 2008.

(K)ein Rechtsweg gegen den Verfassungsschutz?

Im Jahr 2012 bat ich das Landesamt für Verfassungsschutz Hessen um Auskunft über meine gespeicherten Daten. Ich bekam die Mitteilung, dass die Daten aus den 70er Jahren gelöscht seien, ich aber seit dem Jahr 2009 im Bereich »Linksextremismus« gespeichert sei, u. a. wegen

meiner Lesungen aus der Biographie meines Vaters, die in »linksextremistischen« Kreisen stattfänden. Darüber hinaus warf man mir meine antifaschistischen und friedenspolitischen Aktivitäten in der VVN BdA (der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten) und im Kasseler Friedensforum vor.

Meine Klage gegen den »Verfassungsschutz« auf Einstellung meiner Beobachtung und Löschung aller Daten wurde abgeschmettert, u. a. mit der Begründung, dass »die Klägerin offen mit linksextremistischen Kräften zusammen arbeitet [...], die ein kommunistisch orientiertes Antifaschismusverständnis vertreten. [...] Die »Antifaschismus-Arbeit« gehört seit jeher zu den Kernaktivitäten von Linksextremisten. Die Aktivitäten richteten sich nur vordergründig auf die Bekämpfung rechtsextremistischer Bestrebungen. Ziel ist vielmehr der Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung als »kapitalistisches System«, um die angeblich diesem Gesellschaftssystem immanenten Wurzeln des »Faschismus« zu beseitigen.«

Meine darauffolgende Verfassungsbeschwerde wurde vom Bundesverfassungsgericht nicht zur Entscheidung zugelassen, ohne jede Begründung. Damit war für mich

der juristische Weg auf nationaler Ebene beendet. Aber ich werde mich weiterhin gegen diese grundgesetzwidrige Beobachtung durch den »Verfassungsschutz« öffentlich zur Wehr setzen. In den 70er Jahren hat die Solidarität die vom Berufsverbot Betroffenen getragen, ermutigt, gestärkt und zu Erfolgen geführt. Damit möchte ich Mut machen, auch heute gegen jede Form von Gesinnungsschnüffelei durch den »Verfassungsschutz« eine breite Gegenwehr zu entwickeln. Das Hamburger Bündnis gegen Berufsverbote hat bereits in vielfältiger Weise damit begonnen.

SILVIA GINGOLD arbeitete als Lehrerin und war in den 1970er Jahren im Zuge des Radikalenerlasses von einem Berufsverbot betroffen. Sie lebt in Kassel.



Was schützt der Verfassungsschutz?

Die geplante Regelanfrage beim Verfassungsschutz soll verhindern, dass Personen im öffentlichen Dienst arbeiten, die nicht für die freiheitlich-demokratische Grundordnung eintreten. Diese wurde vom Bundesverfassungsgericht zwar ausführlich definiert, doch ein Blick in Berichte des Verfassungsschutzes zeigt, dass dort eine sehr eigenwillige Interpretation vorherrscht. Andere Behörden vertrauen ihm dennoch häufig blind.

André Paschke

»In das Beamtenverhältnis darf nur berufen werden, wer [...] die Gewähr dafür bietet, jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes einzutreten.« Diese sogenannte politische Treuepflicht steht in § 7 Beamtenstatusgesetz und in ähnlicher Form auch in den Tarifverträgen TV-L und TVöD. Sie war in den 70er- und 80er-Jahren die Grundlage für die durch den Radikalerlass verursachten Berufsverbote und gilt weiterhin unverändert. Auch die Überprüfung durch die geplante Regelanfrage beim Verfassungsschutz soll dem Zwecke dienen, Personen herauszufiltern, die im Verdacht stehen, dieser Pflicht nicht nachzukommen.

Doch was bedeutet freiheitliche demokratische Grundordnung (kurz FDGO) eigentlich genau? Viele Menschen dürften eher ein Gefühl statt einer klaren Vorstellung davon haben, was damit gemeint ist. In der politischen Debatte wird in diesem Zusammenhang mit verschiedenen Begriffen hantiert, wie z. B. »Verfassungstreue«, »Extremismus« und »Kern des Grundgesetzes«.

Das unverzichtbare Minimum einer freiheitlichen Ordnung: Menschenwürde, Demokratie, Rechtsstaat

Das Bundesverfassungsgericht hat 2017, nachdem vorherige Definitionen als zunehmend ausufernd und unsystematisch empfunden wurden, eine Definition vorgenommen, die allgemein als Zäsur und Begrenzung angesehen wurde: Es brauche »eine Konzentration auf wenige, zentrale Grundprinzipien, die für den freiheitlichen Verfassungsstaat schlechthin unentbehrlich sind.« Auch das kritische Hinterfragen einzelner Elemente der Verfassung müsse möglich sein. Ein Ausschluss aus dem Prozess der politischen Willensbildung komme erst in Betracht, wenn dasjenige in

Frage gestellt und abgelehnt wird, was zur Gewährleistung eines freiheitlichen und demokratischen Zusammenlebens schlechthin unverzichtbar ist und daher außerhalb jedes Streits stehen müsse.

Dieser unverzichtbare Kern stelle die Menschenwürde, die Demokratie und der Rechtsstaat dar. Alle drei Elemente seien laut Bundesverfassungsgericht egalitär und partizipativ zu verstehen und skizzierten eine Gesellschaft, die nicht von Oben nach Unten aufgebaut ist. Der Menschenwürdegarantie liege einerseits eine Vorstellung vom Menschen zugrunde, die diesen als Person begreife, die in Freiheit über sich selbst bestimmen und ihr Schicksal eigenverantwortlich gestalten kann. Mit der Subjektqualität des Menschen sei ein sozialer Wert- und Achtungsanspruch verbunden, der es verbietet, den Menschen zum »bloßen Objekt« staatlichen Handelns zu degradieren. Andererseits sei die Menschenwürde strikt egalitär zu verstehen. Sie knüpfe ausschließlich an die Zugehörigkeit zur menschlichen Gattung an, weswegen Ideologien der Ungleichheit (das BVerfG nennt beispielhaft Rassismus und Antisemitismus) niemals vereinbar seien mit der FDGO.

Das Demokratieprinzip hat das BVerfG mit einer sehr weitgehenden Offenheit definiert, die sehr deutlich auch solche Modelle umfasst, die von der bestehenden parlamentarischen Demokratie der heutigen Bundesrepublik abweichen. Unverzichtbar für ein demokratisches System sei die Möglichkeit gleichberechtigter Teilnahme aller Bürger*innen am Prozess der politischen Willensbildung und die Rückbindung der Ausübung der Staatsgewalt an das Volk. Wie diesen Anforderungen entsprochen wird, sei für die Frage der Vereinbarkeit eines politischen Konzepts mit der frei-

heitlichen demokratischen Grundordnung nicht entscheidend. So könne die Ablehnung des Parlamentarismus, wenn sie mit der Forderung nach dessen Ersetzung durch ein plebiszitäres System verbunden ist, den Vorwurf der Missachtung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht begründen. Wichtig sei nur, dass die politische Willensbildung vom Volk zu den Staatsorganen und nicht umgekehrt geschehe.

Gleiches gelte auch für die Legitimierung der staatlichen Organe. Jegliches staatliche Handeln müsse wenigstens indirekt auf den Willen des Volkes zurückzuführen sein und durch diesen legitimiert werden. Wie diese Legitimation im Einzelnen geschehe, sei aber zweitrangig – auch hier seien verschiedene Modelle denkbar, die alle FDGO-konform wären.

Schließlich sei das Rechtsstaatsprinzip Teil der FDGO. Hierfür entscheidend sei die Rechtsbindung der öffentlichen Gewalt und die Kontrolle dieser Bindung durch unabhängige Gerichte.

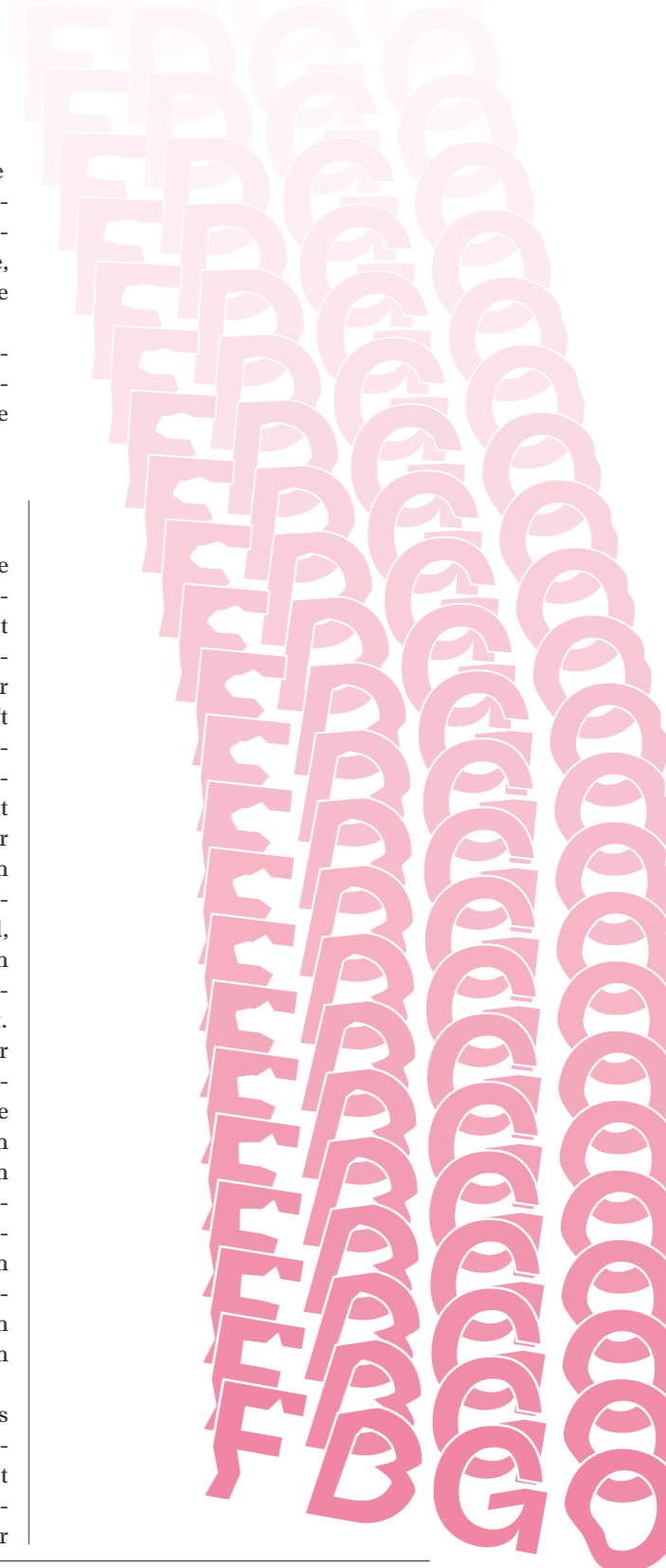
Sorge um die FDGO oder um den Kapitalismus und Blankeneser Villenbesitzer?

Der Inhalt dieses sehr begrenzten Katalogs dürfte innerhalb der GEW und auch in anderen Gewerkschaften kaum auf Widerspruch stoßen. Warum ist dann aber der Widerstand gegen die geplante Regelanfrage so massiv, wenn doch hiermit nur dieser Minimalkonsens einer freiheitlichen Gesellschaft geschützt werden soll? Neben den (ebenfalls gewichtigen) prinzipiellen Einwänden gegen eine Regelanfrage dürfte hierfür das Misstrauen in die Arbeit des Verfassungsschutzes entscheidend sein. Dieser soll laut seinem gesetzlichen Auftrag Informationen sammeln über Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind, doch scheint er eine sehr eigenwillige Interpretation dieses Begriffs zu praktizieren, die nicht mit derjenigen des Bundesverfassungsgerichts übereinstimmt.

Zur Illustration sollen hier einige Zitate aus Berichten der vergangenen Jahre dienen. So schrieb der Hamburger Verfassungsschutz in seinem Bericht für das Jahr 2021 über eine Demonstration des Bündnisses »Wer hat, der gibt«, das sich für eine stärkere Vermögensumverteilung mittels Steuern und Vermögensabgaben einsetzt: »Bei dieser Demonstration, die durch die verächtlich als »Bonzenviertel« bezeichneten Stadtteile Blankenese und Nienstedten führte, wurden vor und während des Aufzuges Verlautbarungen und Forderungen bekannt, die mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht vereinbar sind (»Wir enteignen Euch alle« und andere).«

Diese Einstufung ist gleich doppelt absurd, da bereits jetzt das Grundgesetz Enteignungen und Sozialisierungen in den Artikeln 14 und 15 vorsieht. Auch ist das Eigentumsgrundrecht, um das sich der Verfassungsschutz hier offenbar sorgt, kein Bestandteil der

FDGO



FDGO, so dass auch eine Ausweitung der bestehenden Enteignungsmöglichkeiten in dieser Hinsicht eine unproblematische Forderung sein sollte. Die vermögenden Blankeneser Villenbesitzer werden es dem Verfassungsschutz sicher danken – dieser wiederum wird die Teilnahme an solchen Demonstrationen aufmerksam registrieren und im Falle einer Regelanfrage an die Einstellungsbehörde melden.

Der Verfassungsschutz überdehnt nicht nur die Definition der FDGO in teilweise absurdem Ausmaß, er arbeitet auch mit Unterstellungen, die schwer zu widerlegen sind. So verbreitet das bayrische Landesamt für Verfassungsschutz auf seiner Website: »Den Klimaprotest verklären [linksextremistische Gruppen] ebenfalls in kämpferisch aggressiven Duktus zu einem ›Klimakampf‹ und fordern einen ›Systemwandel statt Klimawandel‹. Damit wird deutlich, dass für die linksextremistische Szene der Einsatz für Klimaschutz untrennbar mit der Bekämpfung des freiheitlich demokratischen Staates verbunden ist.« Und das Bundesamt für Verfassungsschutz schreibt in seinem Bericht: »Der zu überwindende ›Kapitalismus‹ steht für Linksextremisten als Synonym für die freiheitliche demokratische Grundordnung und die parlamentarische Demokratie.«

Solche pauschalen Unterstellungen und Begründung sind schwer zu entkräften. Da linker Aktivismus für den Verfassungsschutz erkennbar einen ›Misstrauensvorschuss‹ genießt, ist die Gefahr, in dessen Datenbanken aufzutauchen, nicht gerade klein. Hier gilt offenbar: Im Zweifel gegen die betroffene Person.

Dem Verfassungsschutz wird blind vertraut – auch in Hamburg?

Selbstverständlich wird die Entscheidung über die Einstellung nicht vom Verfassungsschutz getroffen, sondern von der jeweiligen Dienststelle, die die Anfrage beim Verfassungsschutz gestellt hat. Dies betonen Vertreter*innen des Senats und Teile der rot-grünen Fraktionen regelmäßig und kündigen an, dass es keinen Automatismus, sondern eine genaue Prüfung des Einzelfalls geben wird. Aber ist das ein Grund zur Beruhigung? Anders als noch vor einigen Jahren, als der Ruf des Verfassungsschutzes vor allem durch Bekanntwerden des NSU-Skandals vollständig ramponiert erschien, genießt dieser inzwischen ein hohes Ansehen bei anderen Behörden und in der Gesellschaft insgesamt. Als Kulturstaatsminister Wolfram Weimer kürzlich drei linken Buchhandlungen trotz positiver Juryentscheidung den Deutschen Buchhandlungspreis verweigerte, berief er sich darauf, dass gegen diese Buchhandlungen Erkenntnisse des Verfassungsschutzes bestünden. ›Linksextremistisch‹ seien diese angeblich, solchen Buchhandlungen könne man doch kein Steuergeld geben. Welche Erkenntnisse genau vorliegen, wisse er aber nicht, dies habe er nicht anfragen lassen. »Meine Mitarbeiter und ich verlassen uns auf die Arbeit des Verfassungsschutzes«, erklärte er.

Ähnlich erging es Lisa Poettinger, der der Freistaat Bayern das Lehramtsreferendariat verweigerte aufgrund angeblicher ›linksextremistischer‹ Einstellungen. U. a. hieß es in dem Ablehnungsschreiben, dass »entsprechend den Ausführungen des Verfassungsschutzes [...] im linksextremistischen Sprachgebrauch [...] die Aufforderung zum Klassenkampf synonym [steht] für die Forderung nach Abschaffung des Kapitalismus, womit [...] die Abschaffung der Demokratie verbunden ist.« Die Unterstellung des Verfassungsschutzes, dass die von Poettinger geforderte Abschaffung des Kapitalismus für sie auch Abschaffung der Demokratie bedeute, wurde einfach übernommen, als ob diese eigenwillige Interpretation von einer quasi sachverständigen Stelle gekommen sei, die man gar nicht zu hinterfragen bräuchte.

Kann man in Hamburg auf eine kritische Distanz zu ähnlich absurden Bewertungen des Verfassungsschutzes hoffen? Daran darf man zweifeln: Im letzten Jahr spendierte die Freie und Hansestadt Hamburg dem hiesigen Landesamt einen großen Senatsempfang zum 75. Gründungsjubiläum im Rathaus und begleitete diesen runden Geburtstag mit einer Plakatkampagne, in der 75 mehr oder weniger prominente Hamburger*innen dem Geheimdienst gratulierten. Auf dem Senatsempfang verkündete dessen Chef Torsten Voß die Unabdingbarkeit des politischen Rückhalts und des breiten gesellschaftlichen Konsenses hinsichtlich der Notwendigkeit eines starken Nachrichtendienstes. »Wir brauchen Vertrauen, kein Misstrauen.«

Jedenfalls beim Hamburger Senat scheint dieses zu bestehen. Bürgermeister Peter Tschentscher betonte in seinem Grußwort zum Senatsempfang »die zentrale Rolle und das Engagement des Verfassungsschutzes für unsere Demokratie.« Dessen Arbeit sei in der heutigen Zeit »wichtiger denn je«. Für das gesunde demokratische Misstrauen in eine Behörde, deren fünfundsechzigjährige Geschichte auch eine von Skandalen ist, muss die Zivilgesellschaft offenbar selbst sorgen.

ANDRÉ PASCHKE ist Jurist und engagiert sich in der Regionalgruppe Hamburg der Vereinigung Demokratischer Jurist*innen.

Irrweg Regelanfrage

Kritische Stellungnahmen aus Hamburger Hochschulen

Beschluss des Fakultätsrats Soziale Arbeit und Kindheitspädagogik der HAW

Der Fakultätsrat Soziale Arbeit und Kindheitspädagogik lehnt die geplante Wiedereinführung der Regelanfrage beim Verfassungsschutz für die zukünftigen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ab. Auch der Fakultätsrat und die Fachdisziplinen der Fakultät setzen sich für eine demokratische Gesellschaft ein und wirken damit aktiv demokratiefeindlichen Bestrebungen und Tendenzen entgegen. In der Vergangenheit hat sich das Instrument der Regelanfrage beim Verfassungsschutz als Irrweg erwiesen und wissenschaftlich ist gut belegt, dass Bildung und die Reduzierung von sozialer Ungleichheit sehr wirksam gegen demokratiefeindliche Bestrebungen sind. [Einstimmig beschlossen am 12. Februar 2016 und den Mitgliedern des Hochschulsenats für seine weitere Befassung zur Kenntnis gegeben.]

Information des Personalrats des wissenschaftlichen Personals (WIPR) an der UHH

Der Hamburger Senat plant mit dem ›Gesetz zum Schutz des öffentlichen Dienstes vor verfassungsfeindlichen Einflüssen‹ die Wiedereinführung der Regelanfrage beim Verfassungsschutz für den Hamburgischen öffentlichen Dienst. Die Regelung soll für nahezu alle Angehörigen des öffentlichen Dienstes anlässlich verschiedener Personalmaßnahmen gelten.

Wir regen zur kritischen Auseinandersetzung mit diesen Gesetzesplänen an. Wir weisen darauf hin, dass die Hamburgische Bürgerschaft 2018 in einer Sitzung das durch den ›Radikalenerlass‹ der 1970er Jahre verursachte Unrecht und Leid würdigte und mit großer Mehrheit eine Aufarbeitung beschloss. Im Vorwort der Begleitbroschüre zur Ausstellung ›Abgelehnt. Der Radikalenbeschluss von 1972 in Hamburg‹ schreibt Bürgerschaftspräsidentin Carola Veit u. a.: »Die sogenannte Regelanfrage beim Verfassungsschutz vor Einstellung in den Staatsdienst war ein schwerer Schlag gegen den Geist des Grundgesetzes.«

Auch der WIPR ist der Auffassung, dass durch die Wiederbelebung einer Maßnahme, bei der Gesin-

nungen durch eine Behörde bewerten werden, erneut Unrecht vorprogrammiert ist, das Lebensläufe z. B. auch von demokratisch eingestellten Aktivist*innen zerstören kann – wie in der unrühmlichen Vergangenheit des Radikalenerlasses geschehen.

Die Gesetzespläne betreffen die (zukünftigen) Beschäftigten an der Universität direkt. Vor diesem Hintergrund hat der WIPR gegenüber der Dienststelle seine Ablehnung dieser Pläne zum Ausdruck gebracht. Wir sehen hier ein großes Potential für Konflikte mit den Grundrechten auf Wissenschaftsfreiheit, Freiheit der Berufswahl und der Bestenauslese (GG Art. 5, 12, 33). [Newsletter des WIPR Nr. 7 vom 18. Februar 2026.]

Stellungnahme der Schwerbehindertenvertretung der UHH

Die Schwerbehindertenvertretung der Universität Hamburg hat am 1. April 2026 Stellung zur geplanten Wiedereinführung der Regelanfrage beim Verfassungsschutz für Bewerber*innen im öffentlichen Dienst genommen und diese Stellungnahme beim Innenausschuss eingereicht. Sie bezeichnet das Ziel der Regelanfrage als legitim, das Mittel dagegen als unverhältnismäßig und äußert vier Kritikpunkte an den Plänen des Hamburger Senats: Sie enthalte, erstens, keine Nichtdiskriminierungsklausel: Es fehle ein expliziter Schutz für Menschen mit Behinderung. Zweitens sei die datenschutzrechtliche Verhältnismäßigkeit der Überprüfung nicht gewährleistet. Drittens übe die Regelanfrage eine Abschreckungswirkung auf Bewerbende mit Behinderung aus – entgegen dem gesetzlichen Inklusionsauftrag. Viertens sind die Beteiligungsrechte von Personalrat und Schwerbehindertenvertretung im Verfahren nicht ausreichend geklärt.

Aus Fehlern lernen?

Trifft das auch auf die Hamburger SPD zu? Die voraussichtlich im Frühsommer kommende Verabschiedung des vom Rot-Grünen Senat geplanten Gesetzes zur Regelanfrage beim Verfassungsschutz wird es zeigen. Der inzwischen 93-jährige ehemalige SPD-Schulsenator Joist Grolle hatte sich dagegen in der Senatsveranstaltung zum Radikalenerlass am 7. Juli 2022 selbstkritisch geäußert – wenn auch nicht so pointiert, wie in diesem Gastkommentar der Oldenburger »UNI-INFO 3/1982«.

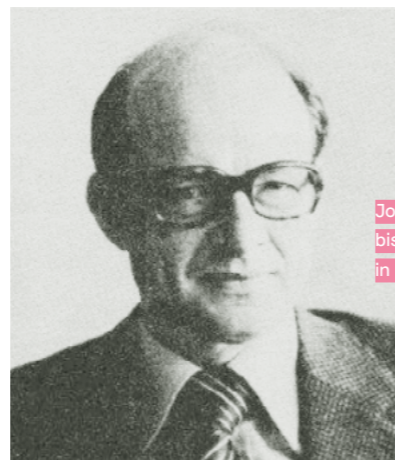
Joist Grolle

Wie folgenreich Irrtümer sein können, wird vollends deutlich, wenn man am Beispiel Hamburgs verfolgt, welche ungeheuren Anstrengungen es kostet, sich aus der selbst verschuldeten Verstrickung wieder zu befreien. Einen Irrtum öffentlich eingestehen, so zeigt sich in Hamburg, ist eines, seine Wirkungen rückgängig machen, ein anderes. Nicht nur, dass ein Wust von laufenden Prozessen und Disziplinarverfahren abzuarbeiten war: die Beilegung jedes einzelnen »Altalles« wurde zum Anlass erbittert geführter Kontroversen in Presse und Parlament. Noch heute wird jede Verbeamtung eines in früheren Jahren abgelehnten »Extremisten« von den Schlagzeilmachern in der Hansestadt zum Eklat hochstilisiert. So sehr dieses Trommelfeuer an den Nerven der Sozialdemokraten zehrt, sie haben kein Recht, sich zu beschweren. Was man sich selbst eingebrockt, löffeln einem bekanntlich andere nicht aus. In Hamburg haben die Sozialdemokraten diese Lektion weitgehend hinter sich. In Niedersachsen steht sie ihnen noch bevor.

Die Abkehr von einer ideologisch verkrampften Einstellungspolitik bedeutet nicht, der politischen Indifferenz das Wort reden. Aber eine Republik, die meint, sich der Gesinnung ihrer öffentlich Bediensteten durch administrative Kontrollverfahren versichern zu müssen, setzt mehr aufs Spiel als sie gewinnt. Es ist eine der traurigsten Folgen des Ministerpräsidentenbeschlusses von 1972, dass seither unser Grundgesetz in den Köpfen vieler Jugendlicher zur Spottfigur der FDGO verkommen ist. Sorgen wir durch Wiederherstellung demokratischer Toleranz dafür, dass wir unsere Republik wieder vorzeigen können, ohne vor unseren Kindern zu erröten. Vertrauen wir darauf, dass Toleranz für unsere Demokratie überzeugender wirbt als staatlich verordnetes Misstrauen. Wenn Demokratie ein öffentlich veranstalteter Lernprozess ist, dann ist das Thema »Berufsverbote« ein Exempel dafür, wie hoch das Lehrgeld ist, das ein solcher Lernprozess kosten kann. Womit ich sagen will, dass wir alle während der zehn Jahre, die seit dem Ministerpräsidenten-Beschluss von 1972 vergangen sind, eine bittere Lektion gelernt haben.

Selbst die Ministerpräsidenten von 1972 haben mit Sicherheit nur unzulänglich überblickt, welche weittragenden Wirkungen sie mit ihrem eher tagespolitisch motivierten Beschluss in Gang setzten. Für Willy Brandt ging es nicht zuletzt darum, seine Entspannungspolitik gegenüber innenpolitischen Verdächtigungen abzusichern. Hinzu kam, dass die Terrorismus-Debatte nach sichtbaren Zeichen staatlicher Stärke zu verlangen schien. Was zunächst als politischer Demonstrationsakt gedacht war, verwandelte sich erst Zug um Zug in eine schleichende Systemveränderung. So paradox es klingt, der systemverändernde Effekt des Ministerpräsidenten-Beschlusses ist erst eigentlich dadurch festgeschrieben worden, dass immer neue Bemühungen darauf verwandt wurden, durch eine wie man meinte, rechtsstaatlich-justiziable Ausgestaltung möglichem Missbrauch vorzubeugen. In Wahrheit wurde durch solche juristische Akribie der Widersinn einer ins Gigantische sich anwachsenden Regelüberprüfung immer auswegloser.

Dieser als Gastkommentar in der »UNI-INFO 3/1982« der Universität Oldenburg erschienene Text von Joist Grolle wurde (in neuer Rechtschreibung) transferiert von Hartmut Ring vom Ausschuss für Friedensbildung der GEW Hamburg.



Joist Grolle (SPD), 1978 bis 1987 Schulsenator in Hamburg

»Kritik hat Wirkung«

1982 äußerte sich ein weiterer Hamburger SPD-Politiker kritisch zur Praxis der Regelanfrage im Zuge des »Radikalenerlasses« oder sogenannten »Extremistenbeschlusses« genannt: Hans-Ulrich Klose, Ex-Bürgermeister von Hamburg und Hauptredner der GEW-Veranstaltung »10 Jahre Berufsverbote – und kein Ende?« am 14. Januar im Curiohaus. Im Folgenden Auszüge seiner Rede, damals erschienen in der hIz 2/1982:

Hans-Ulrich Klose

Ich habe 1971 den Beschluß zwar nicht miterfunden, aber ich habe ihn lange verteidigt. Ich lege Wert darauf, daß das bekannt ist. Ich habe mich später immer wieder gefragt, warum ich das eigentlich gemacht habe und bin auf drei Gründe gekommen: Erstens: Es entsprach, wenn man so will, der Rollenerwartung. Ich war damals stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Und einem Fraktionsvorsitzenden obliegt es in erster Linie, gut zu finden, was die eigene Regierung tut. Das Denken setzt erst in zweiter Linie ein [...]. Zweitens: Ich habe damals sicher zu viel auf Meinungen vom rechten vom rechten Spektrum meiner Partei gehört [...]. Drittens: Ich war und bin insoweit unverändert überzeugt, dass eine Demokratie sich mit den Gegnern der Demokratie auseinandersetzen muss. Ich will auch hier der Klarheit halber hinzufügen, damit es über meine politische Position keine Mißverständnisse gibt: für mich als Sozialdemokraten ist die DKP, um nur ein Beispiel zu nennen, ein politischer Gegner. Und mit ihr setze ich mich politisch auseinander.

Übersehen habe ich damals: wäre es wirklich um den Grundgedanken der streitbaren Demokratie gegangen, dann hätte, richtig überlegt, der Extremisten-Beschluß 1949 kommen müssen, nicht 1971. Denn 1949 hatten wir in der Tat ein massenhaftes Problem mit Extremisten, da saßen die ganzen Alt- und Ex-Nazis noch in unseren Veranstaltungen [...]. Der Grundsatz der streitbaren Demokratie bedeutet nicht, daß man sich mit Gegnern administrativ, und zwar ausschließlich administrativ, auseinandersetzen muss [...]. Ich hätte sehen müssen, daß insbesondere in Deutschland ein solcher Beschluß oder Erlaß immer ein Eigenleben gewinnen mußte, denn die deutsche Liebe für Vorschriften ist allgemein bekannt [...].

Zur Praxis: der Extremistenbeschluß ist anfänglich sehr umfassend und ziemlich pauschal angewandt worden. Es wurde massenhaft beim Landesamt für Verfassungsschutz angefragt [...]. Ich glaube, wir hatten in einem Jahr bis 15.000, 16.000 Anfragen. Und es wurden sehr formale Kriterien gewählt zur Entscheidung (Mitgliedschaft oder Aktivität z. B. in Form einer Kandidatur). Das alles hat zu dem Vorwurf der Gesinnungsschnüffelei geführt, was nicht ganz richtig ist.

Richtiger ist, dass Gesinnungen unterstellt wurden. Bestätigt wurde dieser Vorwurf durch die Praxis der Anhörungsverfahren, die auch sehr pauschal und formal gehandhabt wurden [...]. Erst sehr viel später [...] ist man übergegangen zu einer strikten Einzelfallprüfung und -entscheidung durch die politisch Verantwortlichen [...].

Was hat mich persönlich veranlaßt, meine Meinung zu ändern? Ganz sicher die ständige Kritik an dem Beschluß und an der Praxis von verschiedenen Seiten [...]. Verstärkt wurde diese Kritik durch die Persönlichkeiten der Kritiker [...]. Dann waren es die Einzelfälle selber. Wenn man sich das genauer ansah und ein Gespür dafür bekam, daß man da im Senat am grünen Tisch so ein bißchen menschliches Schicksal mitbestimmte, dann war das in vielen Fällen kein gutes Gefühl. Und es war kein gutes Geschäft, das man da betrieb. Sicherlich spielte eine Rolle das wachsende Mißtrauen in der Bevölkerung und insbesondere in der Jugend [...]. Und schließlich war es die Einsicht, daß es für einen freiheitlichen Rechtsstaat unangemessen ist, Sanktionen an vermutete Gesinnungen zu knüpfen. Wenn das geschieht, dann ist die Freiheit in Gefahr [...].

Meine Bewertung: der Extremistenbeschluß war ein großer Fehler. Er hat uns allen und insbesondere der Sache der Demokratie geschadet. [...] Deshalb bleibt: wer die Praxis freiheitlich gestalten will, muß den politischen Kampf fortsetzen. Kritik hat Wirkung.



Hans-Ulrich Klose (SPD), 1974 bis 1981 Bürgermeister von Hamburg
Foto: Wegmann, Ludwig / CC-BY-SA 3.0

Öffentlicher Dienst oder geschlossene Gesellschaft?

Eine politische Einschätzung der neuen Merkblätter des Hamburger Personalamts zur ›Verfassungstreue‹

Sven Quiring

Dass die Hamburger Verwaltung nach der Debatte um die Wiedereinführung der Regelanfrage beim Verfassungsschutz nun auch die Merkblätter zur ›Verfassungstreue‹ verschärft, kommt wenig überraschend. Im Gegenteil: Es ist die logische Konsequenz einer politischen Entwicklung, die seit einiger Zeit klar erkennbar ist. Statt auf rechtsstaatliche Klarheit und Vertrauen zu setzen, wird Schritt für Schritt eine Praxis etabliert, die Bewerber*innen im öffentlichen Dienst unter einen Generalverdacht stellt. Die neuen Merkblätter sind dabei kein Nebenaspekt, sondern ein weiterer Baustein in Richtung einer sicherheitspolitischen Verschärfung, die an überwunden geglaubte Zeiten erinnert.

Generalverdacht statt Einzelfallprüfung

Natürlich gilt: Wer im öffentlichen Dienst arbeitet, muss zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen. Das ist rechtlich unstrittig und politisch selbstverständlich, verankert etwa in § 7 BeamtStG und § 3 TV-L. Ebenso ist es legitim, dass der öffentliche Arbeitgeber im Einstellungsverfahren prüft, ob Zweifel an dieser Verfassungstreue bestehen.

Was jedoch neu ist: Diese Selbstverständlichkeit wird in eine pauschale Loyalitätserklärung übersetzt. Bewerber*innen sollen aktiv versichern, keiner Organisation anzugehören, deren Ziele gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung gerichtet sind, insbesondere keiner Organisation, die im Verfassungsschutzbericht auftaucht. Das klingt zunächst harmlos. Tatsächlich bedeutet es aber eine grundlegende Verschiebung: Nicht mehr der Staat prüft bei konkreten Anhaltspunkten, sondern alle Bewerber*innen müssen vorsorglich ihre ›Unverdächtigkeit‹ erklären. Das ist nichts anderes als ein Generalverdacht, nur in Formularform. Wer sich erinnert, erkennt darin die Logik des Radikalenbeschlusses der 1970er Jahre: Misstrauen als Ausgangspunkt staatlichen Handelns.

Das bedeutet eine grundlegende Verschiebung: Nicht mehr der Staat prüft bei konkreten Anhaltspunkten, sondern alle Bewerber*innen müssen vorsorglich ihre ›Unverdächtigkeit‹ erklären. Das ist nichts anderes als ein Generalverdacht, nur in Formularform.

Unklare Anforderungen – klare Probleme

Besonders problematisch ist, dass sich die Erklärung nicht auf klar benannte Organisationen beschränkt. Gefragt wird auch nach »Personenzusammenschlüssen«, deren Ziele gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung gerichtet sind. Mit anderen Worten: Bewerber*innen sollen selbst beurteilen, was verfassungsfeindlich ist. Eine bemerkenswerte Zumutung.

Denn genau diese Bewertung ist Aufgabe staatlicher Stellen, nicht von Bewerber*innen im Einstellungsverfahren. Arbeitsgerichtliche Rechtsprechung hat wiederholt deutlich gemacht, dass solche pauschalen und unbestimmten Abfragen problematisch sind, weil sie Betroffene zu eigenen juristisch-politischen Bewertungen zwingen. Hier wird Verantwortung nach unten verlagert, mit allen Unsicherheiten für die Bewerber*innen.

Gleichbehandlung ohne Maß – oder: alles für alle

Besonders deutlich wird die politische Schlagseite der Maßnahme daran, dass sie unterschiedslos für alle Beschäftigtengruppen gilt. Ob Lehrkraft mit besonderem Einfluss auf junge Menschen oder Beschäftigte im technischen Dienst – alle sollen dieselbe weitreichende Erklärung abgeben. Der im Arbeitsrecht zentrale Grundsatz des Funktionsbezugs, also die Orientierung der Anforderungen an der konkreten Tätigkeit, bleibt dabei unberücksichtigt. Das ist nicht nur rechtlich fragwürdig, sondern politisch unverhältnismäßig.

Abschreckung statt demokratischer Kultur

Die Signalwirkung dieser Merkblätter ist fatal. Gerade junge Menschen engagieren sich politisch gegen Rassismus, für Klimaschutz oder soziale Gerechtigkeit. Dieses Engagement ist kein Problem, sondern Grundlage einer lebendigen Demokratie. Wenn nun der Eindruck entsteht, dass genau dieses Engagement – etwa innerhalb der letzten drei Jahre – später zum Risiko im Bewerbungsverfahren werden kann, entsteht ein Klima der Unsicherheit. Das ist kein Kollateralschaden, sondern ein politisches Problem. Denn Demokratie lebt vom Mitmachen, nicht vom Mitmeiden.

Der alte Reflex: Sicherheit durch Misstrauen

Die Einführung der Merkblätter fügt sich nahtlos in eine politische Linie ein, die man eigentlich überwunden glaubte. Schon einmal wurde mit dem Argument des Demokratieschutzes ein System geschaffen, das in der Praxis vor allem Misstrauen, Einschüchterung und Ungerechtigkeiten produziert hat. Hamburg hat diese Praxis 1979 beendet, auch weil sie mit Grund- und Freiheitsrechten schwer vereinbar war. Dass nun erneut Instrumente eingeführt werden, die strukturell in dieselbe Richtung weisen, ist kein Fortschritt, sondern ein Rückschritt. Die geplante Wiedereinführung der Regelanfrage beim Verfassungsschutz gehört in dieselbe Logik und verschärft diese Entwicklung zusätzlich.

Was es stattdessen braucht

Die Demokratie muss geschützt werden, daran besteht kein Zweifel. Aber sie wird nicht stärker, wenn man alle unter Verdacht stellt, die in ihr arbeiten wollen. Was es braucht, ist das Gegenteil: transparente und überprüfbare Einstellungsverfahren, klare Kriterien statt unbestimmter Verdachtslogiken und Einzelfallprüfungen bei konkreten Anhaltspunkten. Es braucht politische Bildung in Ausbildung und Fortbildung und eine starke Mitbestimmung der Beschäftigtenvertretungen. Der öffentliche Dienst muss ein Ort sein, an dem demokratisches Engagement selbstverständlich ist und nicht unter Generalverdacht steht.

Fazit

Die neuen Merkblätter sind kein Beitrag zur Stärkung der Demokratie. Sie schaffen Unsicherheit, erweitern den Ermessensspielraum der Behörden und senden ein klares Signal: Vertrauen ist gut – Kontrolle ist besser. Aus Sicht der GEW ist das der falsche Weg. Die geplante Wiedereinführung der Regelanfrage beim Verfassungsschutz und die damit verbundenen Maßnahmen müssen politisch gestoppt werden. Denn eine demokratische Gesellschaft verteidigt sich nicht, indem sie alle unter Verdacht stellt, sondern indem sie ihre Grundrechte ernst nimmt. Wir sind für einen öffentlichen Dienst, der offen, demokratisch und attraktiv ist statt von Misstrauen und Einschüchterung geprägt.

SVEN QUIRING ist Vorsitzender der GEW Hamburg.

Gift für die Demokratie

Auch auf der Hamburger DGB-Demo zum 1. Mai wurde die geplante Regelanfrage problematisiert und ausgebuht. Im Folgenden die Rede unseres Kollegen Heiko Humberg:

Heiko Humberg

Liebe Kolleg*innen, liebe Hamburger*innen, der 1. Mai ist der Tag der Solidarität. Der Tag, an dem wir Arbeiter*innen, wir Beschäftigte unsere Stärke demonstrieren und unsere Bereitschaft zu kämpfen: für bessere Arbeitsbedingungen, höhere Löhne, sozialen Fortschritt, für internationale Solidarität – gegen Aufrüstung und Krieg! Unser Kampf, unser Engagement ist notwendig! Ich spreche heute hier zu euch für das Hamburger Bündnis gegen Berufsverbote, weil genau dieses Engagement unter Druck gerät. Weil der Hamburger Senat plant, die sogenannte Regelanfrage beim Verfassungsschutz im öffentlichen Dienst wieder einzuführen.

Konkret heißt das: Wer sich künftig auf eine Stelle im öffentlichen Dienst bewirbt, soll automatisch geheimdienstlich überprüft werden. Ohne konkreten Verdacht. Ohne Anlass. Ohne transparente Kriterien. Betroffen wären Beamt*innen, Tarifbeschäftigte, studentische Hilfskräfte – in Kitas, Schulen, Hochschulen, Verwaltungen und vielen anderen Bereichen. Das wird uns verkauft als Schutz der Demokratie.

Aber wir sagen klar: Ein solcher Generalverdacht schützt keine Demokratie. Er beschädigt sie massiv. Diese Regelanfrage stellt alle unter Misstrauen. Wer sich für den öffentlichen Dienst entscheidet, wird nicht willkommen geheißen, sondern wie ein potenzielles Risiko behandelt.

Ein Klima der Verunsicherung und des Misstrauens ist Gift für den öffentlichen Dienst und für die Demokratie im Allgemeinen. Diese Regelanfrage ist ein fataler Rückgriff auf die historische Praxis des ›Radikalenerlasses‹ und der Berufsverbote der 1970er-Jahre. Auf eine Zeit, in der Menschen wegen ihrer politischen Haltung, wegen Gewerkschaftsarbeit oder gesellschaftlichem Engagement ausgegrenzt wurden. Das hat Existenzen und Vertrauen zerstört.

Hamburg hat diese Praxis 1979 beendet, weil sie nicht mit Grund- und Freiheitsrechten vereinbar war. Und die Präsidentin der Bürgerschaft Carola Veit hat 2022 gesagt: »Die Regelanfrage war ein schwerer Schlag gegen den Geist unseres Grundgesetzes.« – Ja, das trifft zu! Und heute? Nur vier Jahre später droht durch die selben Parteien, die den Radikalenerlass als falsch bewertet haben, die Rückkehr der Regelanfrage, die Rückkehr der Berufsverbote, in neuem Gewand.

Besonders perfide ist: Betroffen werden könnten genau die, die wir dringend brauchen: Junge Menschen, die Haltung zeigen. Die sich gegen den Rechtsruck der Gesellschaft stellen. Die sich einsetzen für Klimagerechtigkeit, für Antirassismus, für Frieden, für Arbeiter*innenrechte. Wenn solches Engagement im Bewerbungsverfahren plötzlich als Makel gilt, dann sendet der Staat das fatale Signal: ›Engagement ist gefährlich. Anpassung ist sicher.‹

Ich bin Lehrer. Dieses geplante Gesetz steht in direktem Widerspruch zu allem, was wir in Bildungseinrichtungen vermitteln sollen. Wie soll man jungen Menschen aufrechten Gang, kritisches Denken, Solidarität und Engagement lehren, wenn gleichzeitig gezeigt wird, dass politisches Mitdenken die berufliche Existenz gefährden kann? Gerade im öffentlichen Dienst, gerade in der Bildung, brauchen wir Menschen mit Rückgrat. Mit kritischem Denken. Mit Haltung. Stattdessen erleben wir Kontrolle. Statt Beteiligung erleben wir Einschüchterung. Statt Vertrauen droht ein Klima der Angst.

Kolleg*innen, wir erleben ohnehin einen dramatischen Fachkräftemangel. Und ausgerechnet jetzt sollen Engagierte aussortiert werden. Nicht wegen Fehlverhaltens. Nicht wegen Straftaten. Sondern wegen pauschaler Verdächtigungen und einer Gesinnungsprüfung durch einen Inlandsgeheimdienst mit dem irreführenden Namen ›Verfassungsschutz‹. Soll die Entscheidung über den Eintritt in den öffentlichen Dienst tatsächlich in die Hände derer gelegt werden, die in der jüngsten Vergangenheit nicht zuletzt durch Inkompetenz oder aktives Wegsehen Strukturen wie den mörderischen NSU und andere terroristische rechte Netzwerke haben gewähren lassen?

Der öffentliche Dienst ist das Rückgrat unserer Stadt. Hier arbeiten die Menschen, die unsere Kinder unterrichten und betreuen, die unsere Verwaltung tragen, die Hochschulen, Infrastruktur und Daseinsvorsorge sichern. Diese Menschen verdienen Respekt – keinen Generalverdacht. Sie verdienen faire Verfahren – keine Geheimdienstlogik. Darum haben sich Gewerkschaften ver.di und GEW und 35 zivilgesellschaftliche Organisationen zusammengeschlossen im Hamburger Bündnis gegen Berufsverbote! Darum sammeln wir mindestens 10.000 Unterschriften gegen

Berufsverbote 2.0. Unterschreibt heute, falls ihr es noch nicht gemacht habt!

Kolleg*innen, der 1. Mai steht für eine Erkenntnis: Dass alle Rechte historisch immer nur erkämpft wurden und uns niemals geschenkt wurden! Dass Solidarität stärker ist als Angst. Lasst uns dieses Versprechen heute erneuern. Lasst uns laut sein. Lasst uns solidarisch sein. Und lasst uns gemeinsam unmissverständlich sagen: Nein zur Regelanfrage im Öffentlichen Dienst. Nein zum Generalverdacht. Nein zu Einschüchterung und Überwachung! Vielen Dank.

HEIKO HUMBURG ist Mitglied in der GEW-AG gegen die Regelanfrage und im Hamburger Bündnis gegen Berufsverbote.

»Dieses geplante Gesetz steht in direktem Widerspruch zu allem, was wir in Bildungseinrichtungen vermitteln sollen.«



Ein Baum voller Wünsche

Ein kreatives Projekt im Betriebsratswahlkampf der Offenen Liste (DOL) bringt Stimmen und klare Forderungen aus der Praxis ans Licht.

Nicole Wiemer ▶▶▶

Ein bleibendes Zeichen umfassender Beteiligung: Der Wunschbaum mit Kritik, Ideen und Verbesserungsvorschlägen der Elbkinder-Fachkräfte, auf Karten notiert und versammelt.



Foto: Nicole Wiemer



Ein Anfang mit großer Wirkung

Manchmal beginnt etwas, das viele bewegt, mit einem einzigen Kind. Mit viel Freude, Hingabe und beeindruckender Kreativität hat ein Kind diesen Wunschbaum ganz allein gestaltet. Es wurde gemalt, ausgeschnitten und dekoriert – der Stamm, die Krone, die bunten Elemente. Mit sichtbarem Stolz und großer Ausdauer entstand ein Baum, der zunächst einfach nur schön war. Ein Kunstwerk aus Kinderhand und zugleich der Anfang von etwas Größerem.

Wünsche aus dem Alltag sichtbar machen

Für den Wahlkampf der Offenen Liste (DOL) wurden Wunschkarten vorbereitet und in die Einrichtungen gegeben – in die Kitas und die ganztägige Bildung und Betreuung an Schulen (GBS). Fachkräfte konnten darauf notieren, was sie bewegt: Wünsche, Kritik, Ideen. Niedrigschwellig, anonym und ehrlich. Was im Alltag oft keinen Platz findet, bekam hier Raum. Die Karten kamen zurück und mit ihnen viele Stimmen.

Ein Baum, der spricht

Nach und nach füllte sich der Baum. Heute ist er dicht behangen mit Karten, die deutlich machen, wo der Schuh drückt und was sich verändern muss. Ein zentrales Thema ist der Wunsch nach mehr Personal. Viele Fachkräfte berichten von hoher Belastung, zu wenig Zeit und zu vielen Aufgaben gleichzeitig. Es geht nicht um Extras, sondern um die Grundlage guter pädagogischer Arbeit. Auch die Zusammenarbeit zwischen Schule und GBS wird häufig genannt. Gewünscht werden mehr Verlässlichkeit, klare Absprachen und ein Miteinander auf Augenhöhe.

Mehr als Organisation: Schutz und Haltung

Zwischen den Karten wird deutlich: Es geht nicht nur um Strukturen, sondern auch um Haltung. Mehrfach wird der Wunsch nach Schutzkonzepten und einem sicheren Rahmen für Kinder und Fachkräfte benannt. Ebenso wichtig ist das Thema Diskriminierung. Fachkräfte wünschen sich einen bewussteren, klareren Umgang damit, mehr Sensibilität, mehr Unterstützung und verbindliche Strategien, um Ausgrenzung entgegenzuwirken. Der Wunsch nach vorurteilsbewusster Arbeit, nach Offenheit und Respekt im Alltag zieht sich durch viele Beiträge. Hier wird deutlich: Pädagogische Qualität bedeutet auch, sich aktiv mit diesen Themen auseinanderzusetzen.

Was sich verändern muss

Viele Karten fordern mehr Struktur und Planungssicherheit: weniger spontane Änderungen, mehr Transparenz im Alltag. Ebenso wichtig ist Zeit für Austausch im Team, für Reflexion und gemeinsame Weiterentwicklung. Darüber hinaus werden verlässliche Fortbildungen, bessere Rahmenbedingungen und vor allem mehr Wertschätzung benannt, nicht als leere Floskel, sondern als spürbare Haltung im Arbeitsalltag.

Was bereits trägt

Zwischen den vielen Forderungen finden sich auch positive Stimmen: funktionierende Teams, Zusammenhalt, Engagement und gelingende pädagogische Arbeit trotz herausfordernder Bedingungen. Gerade diese Mischung macht den Wunschbaum so besonders. Er zeigt nicht nur Probleme, sondern die Realität in ihrer ganzen Vielfalt.

Ein Projekt mit Zukunft

Der Wunschbaum ist mehr als ein kreativer Beitrag im Wahlkampf der DOL. Er ist ein Zeichen für echte Beteiligung. Und genau das soll bleiben. Das Projekt soll weitergeführt werden: Wunschkarten sollen auch künftig in den Einrichtungen ausgefüllt werden können. Ziel ist es, die Stimmen der Fachkräfte kontinuierlich aufzunehmen, Entwicklungen sichtbar zu machen und nah an den Menschen zu bleiben. Denn Beteiligung endet nicht – sie wächst.

Zurück zum Anfang

Vielleicht liegt die größte Stärke dieses Projekts genau dort, wo alles begann: bei einem Kind, das mit Freude und Hingabe einen Baum gemalt hat. Einen Baum, der heute trägt, was viele bewegt. Und der auch in Zukunft weiter wachsen soll!

NICOLE WIEMER für die Die Offene Liste (DOL), Nicole ist Erzieherin bei den Elbkindern (GBS), Mitglied der DOL und engagiert sich für vorurteilsbewusste Bildung und Erziehung.

Wir werden weiterkämpfen!

Anfang des Jahres gab das Hamburger Institut für Berufliche Bildung (HIBB) die Schließung aller vier Praxisausbildungsstätten (PAS) an den Fachschulen für Sozialpädagogik bekannt (siehe hlz 1-2 | 2026, S. 46 und hlz 3-4 | 2026, S. 34). Wir haben mit Alexander Krüger, der stellvertretenden Leitung der PAS Gerritstrasse gesprochen.

Interview: Varsenik Vardanyan

Lieber Alexander, was bedeutet eigentlich PAS?

Alexander PAS steht erstmal für »Praxisausbildungsstätte«, bei uns in der Gerritstraße für »Praxisausbildungsstätte der Staatlichen Fachschule für Sozialpädagogik Altona«. Der Begriff ist nicht immer leicht verständlich, deshalb sprechen momentan viele einfach von »Ausbildungskitas«. Wir sind beides zugleich: Kita und Ausbildungsstätte. Eine Praxiswerkstatt, in der theoretisches Wissen direkt praktisch umgesetzt wird. Ganze Schulklassen der Fachschule gestalten ihren Unterricht bei uns praxisintegriert. Ein Beispiel ist die Portfolioarbeit: Wir haben die Ressourcen, diese individuell und hochwertig umzusetzen. In vielen anderen Kitas fällt die Dokumentation aufgrund von Fachkräftemangel, Krankheit und wenigen Ressourcen oft als Erstes weg – bei uns nicht. Wir zeigen den Auszubildenden, wie es gehen kann.

Was macht euch als Ausbildungskita besonders?

Wir arbeiten sehr eng mit unseren Auszubildenden zusammen. Mindestens einmal pro Woche findet ein Reflexionsgespräch statt. Wir haben die Ressourcen, uns zurückzuziehen, Angebote intensiv zu begleiten und gemeinsam zu reflektieren. Dabei geben wir bewusst Raum, Fehler zu machen.

Viel wichtiger ist jedoch, dass wir neben dem Betreuungsauftrag einen klaren Ausbildungsauftrag haben. Damit stehen wir unter der Verantwortung der sozialpädagogischen Fachschule und tragen zur Ausbildungsqualität bei.

Was schätzen die Auszubildenden an euren Kitas am meisten?

Wir bekommen häufig Anfragen von Fachschulen, zum Beispiel, wenn Auszubildende Schwierigkeiten hatten oder eine Kita verlassen mussten. Auch Auszubildende mit psychischen Belastungen finden bei uns einen Platz. Sie schätzen vor allem, dass sie bei uns mehr Zeit bekommen, einen intensiven Austausch erleben und eng mit Fachlehrer*innen zusammenarbeiten können. Anleitung findet bei uns ohne Zeitdruck und ohne Fluktuation statt. Viele sagen sogar, dass sie ihre Ausbildung ohne uns abgebrochen hätten.

Was macht ihr anders als andere Kitas?

Unsere Arbeit und Praxiserfahrungen werden regelmäßig in den Unterricht der Schulklassen integriert. Kinder nehmen an Unterrichtsangeboten der Fachschüler*innen wie Medienpädagogik, Musik, Bewegung oder Traumreisen teil, altersgerecht und praxisnah. Viele Kitas können das so nicht leisten. Auch Fachlehrer*innen kommen zu uns, um zu hospitieren. Diese Zusammenarbeit ist unglaublich wertvoll. Denn: Pädagogik ist nicht linear. Fachlehrer*innen müssen die Praxis kennen, um Unterricht sinnvoll gestalten zu können. Bei uns bekommen sie einen echten Einblick und können ihre Inhalte entsprechend anpassen.

Wie läuft bei euch der Übergang in die Grundschule ab?

Die Eltern sind eng eingebunden. Es gibt kurze Wege, viel Austausch und eine gute Zusammenarbeit. Wir bekommen von Grundschulen oft die Rückmeldung, dass unsere Kinder selbstständiger und selbstbewusster sind. Sie sind sozial kompetent, setzen sich für sich und andere ein und können Konflikte gut lösen. Viele werden später sogar Klassensprecher. Bei uns stehen Selbstständigkeit, Mitbestimmung und Beteiligung im Mittelpunkt. Gleichzeitig legen wir großen Wert auf stabile Bindungen, sie sind die Grundlage für alles Weitere im Leben.

Wie geht es euch als Team?

Meine Aufgabe im Leitungsteam ist es, dafür zu sorgen, dass es dem Team gut geht. Wenn sich das Team wohlfühlt und gerne zur Arbeit kommt, dann geht es auch den Kindern gut. Wir haben hervorragende Arbeitsbedingungen: große Räume, viel Platz zum Spielen und eine Küche, in der frisch, ökologisch, regional und saisonal gekocht wird – oft gemeinsam mit Kindern. Unser Team ist stark und arbeitet reflektiert und eng zusammen.

Wie habt ihr von der geplanten Schließung der PAS erfahren?

Ich lag nach einer Knieoperation im Januar im Krankenhaus, als mein Kollege mir die Nachricht überbrachte. Ich dachte zuerst, ich träume. Die Mitteilung vom HIBB (Hamburger Institut für berufliche Bildung) traf uns und die Eltern wie ein Schlag ins Gesicht. Übermittelt durch ein unpersönliches Schreiben ohne Unterschrift und Ansprechperson. So geht man nicht mit Menschen um. Wir wurden vor vollendete Tatsachen gestellt und zu keinem Zeitpunkt einbezogen. Es wird von einer Analyse gesprochen, die angeblich zeigt, dass wir nicht mehr zeitgemäß sind – diese Analyse hat uns bis heute niemand vorgelegt.

Wie geht es aktuell weiter?

Der Fragenkatalog der Mitarbeiter*innen wurde inzwischen vom HIBB beantwortet, aber die Antworten sind ausweichend und wenig konkret. Es gibt weiterhin keinen Sozialplan, weil angeblich noch geprüft wird, ob dieser auf uns zutrifft. Das ist für mich unbefriedigend. Ich wünsche mir klare Antworten. Das HIBB hat offenbar nicht verstanden, wie wir arbeiten. Der Vorwurf, wir seien nicht zeitgemäß, stimmt einfach nicht. Wir haben uns stetig weiterentwickelt, waren an der Erstellung der Bildungspläne beteiligt und setzen die Bildungsleitlinien konsequent um. Prüfungen nehmen wir längst nicht mehr selbst ab – auch das zeigt unsere Entwicklung.

Wie ist die Stimmung jetzt bei euch?

Ich bin sehr enttäuscht vom HIBB. Wir verdienen eine respektvolle Behandlung. Das HIBB ist unser Träger, hat sich aber nie wirklich gekümmert. Die Trägeraufgaben übernehmen wir in der Leitung. Selbst während der Corona-Zeit mussten wir uns eigenständig um Masken kümmern. Gleichzeitig wirken wir aktiv an der Entwicklung von Bildungsplänen und Bewertungsbögen für ganz Hamburg mit. Dieser Widerspruch ist schwer nachvollziehbar. Wir leisten einen wichtigen Beitrag für die frühkindliche Bildung. Das sollte anerkannt werden!

Am 6. Mai ruft die GEW im Vorfeld der Bürgerschaftssitzung zu einer Kundgebung gegen die geplante Schließung der PAS auf. Was passiert bei eurer Aktion am 7. Mai?

Wir organisieren eine Menschenkette von der PAS Gerritstraße bis zur sozialpädagogischen Fachschule Altona. Mit Schüler*innen, Lehrer*innen, Kindern, Eltern und Beschäftigten wollen wir ein Zeichen setzen. Wir werden weiterkämpfen!

ALEXANDER KRÜGER ist stellvertretende Leitung der PAS Gerritstraße.

VARSENİK VARDANYAN ist Referentin für Kinder- und Jugendhilfe bei der GEW Hamburg.



PAS/Kita Gerritstraße
Fotos: Varsenik Vardanyan

Statements zur PAS



Margit, Rentnerin, war über 35 Jahre Erzieherin in der PAS Gerritstrasse

»Das Argument, dass die Personalsituation den Praxisausbildungsstätten zu gut sei, das ist frech. Nicht wir haben es hier besonders gut, sondern die anderen haben es besonders schlecht. So wie wir hier ausgestattet sind, sollte es für jedes Kind in jeder Kita sein! Denn wenn es den Kolleg*innen gut geht, geht es den Kindern auch gut.«



Isabel, seit Januar 2025 Erzieherin an der PAS Gerritstraße

»Ich habe an der FSP2 in Altona meine Erzieher*innen-Ausbildung in berufsleitender Weiterbildung absolviert. Die PAS habe ich im Zuge meiner Fachunterrichtsstunden und einer Hospitationswoche kennengelernt. Die Möglichkeiten, die räumlich und an Material hier gegeben sind, ermöglichen ein riesiges Spektrum an pädagogischen Angeboten. Hier bei uns finden sehr viele Reflexionsgespräche statt. Wir haben einen besonderen Fokus auf Reflexion. Wir ermutigen unsere Praktikant*innen viele Fragen zu stellen, denn genau dafür ist ihre Praxiszeit da: Sich auszuprobieren, mit uns zu reflektieren, wie die Angebote verlaufen – und die Möglichkeit für einen ›second try‹ ist immer da! Denn jede Wiederholung, jede Modifizierung bedeutet Praxisvertiefung und lässt die angehenden pädagogischen Fachkräfte sicherer werden.«



Julian, seit 13 Jahren in der PAS Gerritstrasse

»Wir haben einzigartige Räume, wenn Auszubildende kommen, dann erleben sie Lernwerkstattarbeit. Wir fangen Auszubildende auf, die einen schwierigen Background haben, wir unterstützen Auszubildende mit Migrationshintergrund, die die Sprache nicht gut beherrschen. Oder wenn ihre Abschlüsse nicht anerkannt werden, dann können sie ihre Anerkennung bei uns nachholen. Durch unsere Rahmenbedingungen können Auszubildende nicht nur ihre Sprache, sondern auch ihr Selbstvertrauen weiterentwickeln.«

Politische Bildung durch Militär?

Die GEW Hamburg kritisiert die Kooperationsvereinbarung der Behörde für Schule, Familie und Berufsbildung (BSFB) mit der Bundeswehr, die zum kommenden Schuljahr 2026/27 wirksam werden und Bildungsangebote von Jugendoffizieren an Schulen ausweiten soll.

Die GEW Hamburg übt scharfe Kritik an der am 16. April vorgestellten Kooperationsvereinbarung zwischen der Behörde für Schule, Familie und Berufsbildung (BSFB) und der Bundeswehr zur Ausweitung der Bildungsangebote von Jugendoffizieren an Schulen.

Aus Sicht der GEW stellt die Vereinbarung einen weiteren Schritt dar, den Einfluss der Bundeswehr auf schulische Bildung systematisch auszubauen und institutionell zu verankern. Dies steht im Widerspruch zu einem friedensorientierten Bildungsverständnis und dem Auftrag von Schule, junge Menschen zu kritischem, demokratischem und gewaltfreiem Handeln zu befähigen. »Die politische Bildung gehört in die Hände pädagogisch ausgebildeter Fachkräfte, nicht in die von Angehörigen der Bundeswehr«, erklärt Sven Quiring, Vorsitzender der GEW Hamburg: »Jugendoffiziere sind Teil der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesverteidigungsministeriums und vertreten die sicherheitspolitischen Positionen der Bundesregierung. Eine neutrale und ausgewogene politische Bildung kann so nicht gewährleistet werden.«

Besonders kritisch bewertet die GEW, dass die Kooperation darauf abzielt, die Präsenz von Jugendoffizieren an Schulen zu »fördern und zu verstetigen«. Damit werde militärischer Einfluss auf Unterrichtsinhalte und schulische Lernprozesse strukturell ausgeweitet. Dies widerspricht dem Anspruch, Schule als einen Ort der Friedensbildung und der Gewaltfreiheit zu gestalten. Zwar verweist die BSFB darauf, dass Schulen eigenständig über Einladungen externer Akteure entscheiden. Die GEW warnt jedoch davor, dass durch die Kooperationsvereinbarung

ein politischer und institutioneller Erwartungsdruck entsteht, Angebote der Bundeswehr verstärkt wahrzunehmen.

Die GEW fordert stattdessen: die Kündigung bzw. Nicht-Umsetzung der Kooperationsvereinbarung, den consequenten Ausbau unabhängiger friedenspolitischer Bildungsangebote, die gleichberechtigte Einbindung von Friedensorganisationen und zivilgesellschaftlichen Initiativen in die politische Bildung sowie eine klare Abgrenzung von Schule gegenüber militärischer Einflussnahme.

Solange Jugendoffiziere weiterhin an Schulen tätig sind, fordert die GEW verbindliche Mindeststandards: Veranstaltungen müssen politisch ausgewogen sein, unterschiedliche friedenspolitische Positionen gleichwertig darstellen und durch unabhängige Friedensbildung ergänzt werden. Die Teilnahme muss freiwillig bleiben. »Schulen sind keine Orte für sicherheitspolitische Interessenvermittlung oder indirekte Nachwuchsgewinnung der Bundeswehr«, so Sven Quiring: »Bildung muss sich an den Leitbildern von Frieden, Demokratie und Gewaltfreiheit orientieren – nicht an militärischen Logiken.« Die GEW Hamburg kündigt an, sich weiterhin aktiv gegen die Ausweitung militärischer Präsenz im Bildungsbereich zu engagieren und entsprechende Initiativen und Bündnisse zu unterstützen.

GEW HAMBURG

»Bildung muss sich an den Leitbildern von Frieden, Demokratie und Gewaltfreiheit orientieren – nicht an militärischen Logiken.«

Olympische Kosten

Beschluss des Landesvorstands



Wieder einmal will der Senat Hamburg mit Olympischen Spielen beglücken, allein für die Werbung im Vorfeld verfeuert er 1,3 Millionen Euro. Am 31. Mai stimmen Hamburger*innen in einem Referendum darüber ab, ob ihre Stadt sich als Austragungsort der Spiele bewerben wird. In einem einstimmigen Beschluss lehnt der Landesvorstand der GEW Hamburg die Bewerbung ab.

Begründung



Der Landesvorstand der GEW Hamburg hat am 20. Januar 2026 einstimmig beschlossen: Die GEW Hamburg positioniert sich auf Grundlage des derzeitigen Kenntnisstands kritisch bis ablehnend gegenüber einer Bewerbung der Freien und Hansestadt Hamburg für die Austragung Olympischer Spiele in den Jahren 2036, 2040 oder 2044. Sie fordert Senat und Bürgerschaft auf, von einer Bewerbung abzusehen und stattdessen die verfügbaren finanziellen und politischen Ressourcen konsequent in Bildung, soziale Infrastruktur, bezahlbaren Wohnraum und nachhaltige Stadtentwicklung zu investieren.

1. Historischer Hintergrund und bundesweiter Kontext

Die GEW Hamburg hat sich bereits im Jahr 2015 kritisch bis ablehnend zu einer möglichen Olympiabewerbung der Stadt Hamburg positioniert. Diese Haltung wurde damals durch den Volksentscheid bestätigt, bei dem sich eine Mehrheit der Hamburger Bevölkerung gegen eine Bewerbung aussprach. Die zentralen Argumente, insbesondere die finanziellen Risiken, die sozialen Folgen und die fehlende Nachhaltigkeit haben seither nichts an Aktualität verloren.

Auch auf bundesweiter Ebene wird eine Olympiabewerbung zunehmend kritisch bewertet. So hat sich unter anderem die GEW Berlin in einer aktuellen Stellungnahme deutlich gegen eine Bewerbung Berlins für Olympische Spiele ausgesprochen. Die dort vorgebrachten Argumente zu Kostenrisiken, sozialen Verdrängungseffekten und demokratischen Defiziten des IOC sind in hohem Maße auf Hamburg übertragbar. Vor diesem Hintergrund sieht sich die GEW Hamburg in der Kontinuität ihrer bisherigen Beschlusslage und bekräftigt ihre ablehnende Haltung gegenüber einer erneuten Olympiabewerbung.

2. Enorme finanzielle Risiken und Kostenüberschreitungen

Olympische Spiele zählen weltweit zu den kostenintensivsten Großprojekten. Laut der »Oxford Olympics Study 2024« lagen die durchschnittlichen Kosten der Spiele seit 1960 bei über 12 Milliarden US-Dollar, bei einer durchschnittlichen Kostenüberschreitung von 172 %. Auch die Spiele in Paris

2024 bestätigen dieses Muster: Die Gesamtausgaben werden inzwischen auf 8,7 bis 11 Milliarden Euro geschätzt, mehr als 115 % über den ursprünglichen Planungen. Für Hamburg ist davon auszugehen, dass Kostenrisiken in ähnlicher Größenordnung auftreten würden. Erfahrungsgemäß trägt die öffentliche Hand und damit die Steuerzahler*innen den Großteil dieser Mehrkosten, während mögliche Gewinne weitgehend privatisiert werden.

3. Gefährdung dringend notwendiger Investitionen in Bildung und Sport

Hamburg steht in den kommenden Jahren vor erheblichen Haushaltskonsolidierungen, von denen zukünftig insbesondere auch der Bildungsbereich betroffen ist. Vor diesem Hintergrund steht eine Olympiabewerbung in einem offenkundigen Widerspruch zu den tatsächlichen finanziellen Herausforderungen der Stadt. Eine Großveranstaltung dieser Dimension würde über Jahre hinweg erhebliche Haushaltsmittel binden, die für Schulen, Kitas, Ganztagsangebote, Inklusion, den dringend notwendigen Personal- und Sanierungsaufbau sowie die Sanierung und den Ausbau öffentlicher Sportstätten benötigt werden. Gerade in Zeiten absehbarer Einsparungen im Bildungsbereich ist es nicht verantwortbar, finanzielle Spielräume durch ein hochriskantes und kostenintensives Prestigeobjekt weiter einzuengen. Investitionen in Bildung und wohnortnahe Sportinfrastruktur sind nachhaltig, sozial wirksam und kommen unmittelbar Schüler*innen, Beschäftigten und der gesamten Stadtgesellschaft zugute, im Gegensatz zu den kurzfristigen Effekten einer Olympiabewerbung.

Olympische Großveranstaltungen führen zudem regelmäßig dazu, dass Sporthallen und Schwimmbäder zeitweise dem Schul- und Vereinssport entzogen werden. Ein nachhaltiger Nutzen für den Breitensport ist hingegen nicht belegt: Studien zeigen, dass in Olympiastädten nach den Spielen nicht mehr Sport getrieben wird als zuvor.

4. Sozialpolitische Folgen und Verschärfung des Wohnungsproblems

Internationale Erfahrungen zeigen, dass Olympische Spiele häufig soziale Verdrängung und steigende Mieten nach sich ziehen. In London stiegen die Immobilienpreise im Umfeld des Olympiaparks nach 2012 um bis zu 400 %. Hamburg ist bereits heute von einem angespannten Wohnungsmarkt geprägt. Eine Olympiabewerbung würde zusätzlichen Druck auf Mieten und Bodenpreise erzeugen, temporäre Profite für Investoren begünstigen und soziale Ungleichheit weiter verschärfen. Der Ausbau von sozialem Wohnungsbau, öffentlicher Daseinsvorsorge und Stadtteilinfrastruktur ist sozial nachhaltiger und kommt der gesamten Stadtgesellschaft zugute, ganz ohne Großereignis.

5. Umwelt- und klimapolitische Bedenken

Trotz gegenteiliger Versprechen gehen Olympische Spiele regelmäßig mit hohen CO₂-Emissionen, Flächenversiege-

lung, Ressourcenverbrauch und zusätzlichem Verkehrsaufkommen einher. Auch bei einer Bewerbung Hamburgs wären erhebliche Eingriffe in bestehende Grün- und Freiflächen, Neubauten oder temporäre Bauten mit fraglichem Nachnutzungskonzept und eine Ablenkung von dringend nötiger klimaneutraler Stadtentwicklung zu erwarten. Die verfügbaren Mittel sollten stattdessen in klimaneutrale Schulgebäude, energetische Sanierungen und öffentliche Sportstätten investiert werden.

6. Arbeitsbedingungen, Sicherheit und Belastungen für Beschäftigte

Großereignisse wie Olympische Spiele gehen häufig mit prekären Arbeitsverhältnissen, einem hohen Einsatz von Leih- und Werkvertragsarbeit und der zusätzlichen Belastung für Beschäftigte im öffentlichen Dienst (u. a. Schulen, Verwaltung, Polizei und Verkehrsbetriebe) einher. Hinzu kommen erhebliche Sicherheitskosten und Eingriffe in den öffentlichen Raum, die ebenfalls überwiegend öffentlich finanziert werden.

7. Undemokratische und intransparente Strukturen des IOC

Das Internationale Olympische Komitee (IOC) ist ein privatwirtschaftlich organisierter Akteur ohne demokratische Kontrolle. Vertragsbedingungen werden weitgehend vom IOC vorgegeben, während Kommunen die Hauptkosten tragen, im Falle von Defiziten haften und kaum Einfluss auf zentrale Entscheidungen haben. Die Gewinne hingegen fließen überwiegend an das IOC und private Unternehmen. Dieses Modell widerspricht aus Sicht der GEW Hamburg demokratischer Selbstbestimmung, Transparenz und verantwortlicher Haushaltsführung.

Fazit

Angesichts der finanziellen Risiken, der bildungs-, sozial- und klimapolitischen Folgen sowie der undemokratischen Strukturen des IOC lehnt die GEW Hamburg eine Bewerbung der Stadt Hamburg für Olympische Spiele ab. Die GEW Hamburg setzt sich stattdessen für eine Politik ein, die Bildung, soziale Gerechtigkeit, gute Arbeitsbedingungen, Klimaschutz und demokratische Teilhabe in den Mittelpunkt stellt, und nicht ein kostenintensives Prestigeobjekt mit zweifelhaftem Nutzen für die Stadtgesellschaft.

Antragsteller: Sven Quiring,
Vorsitzender der GEW Hamburg

Nazis an der Uni? Nicht mit uns!

Zur diesjährigen Wahl des Studierendenparlaments (StuPa) der Uni Hamburg wollte erstmals eine offen rechte Liste mit faschistischen Inhalten kandidieren. Die GEW Studis protestierten auf einer Kundgebung am 23. April.

junge GEW / GEW Studis Hamburg

Mit über 300 Studierenden standen wir am 23. April gemeinsam mit anderen Jugend- und Studierendengruppen auf dem Campus der Uni Hamburg. Tage zuvor war bekannt gegeben worden, dass die sogenannten »Patrioten an der Uni Hamburg« zur diesjährigen Wahl des Studierendenparlaments (StuPa) antreten. Mit ihnen hat sich zum ersten Mal eine offen faschistische Gruppe zu diesen Wahlen aufgestellt.

Auch wenn die Gruppe vorläufig aus formalen Gründen nicht antreten darf, ist es trotzdem unerlässlich, ein Zeichen zu setzen. In ihrer Vorstellung fielen sie auf mit Aussagen wie »Deutschland wird überrannt von Ausländern und zerstört von Feinden, die unsere reine Kultur mit Schwulheit, vermeintlicher Diversität und der Verkrüppelung wahrer Männlichkeit zerstören wollen«. Diese menschenverachtenden Vorstellungen dieser Gruppe sind ein Angriff auf unsere Universität, die geprägt ist durch ein friedliches Miteinander. Hass auf Studierende und Hetze gegen unsere Kommiliton*innen haben hier keinen Platz!

Hierzu hat unser Kommilitone Mathis von den GEW Studis eine Rede gehalten: »Moin, ich bin Mathis und spreche heute für die GEW Studis. Die GEW ist die Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft und wir organisieren uns auch schon hier im Studium.

Wenn Faschisten sich breitmachen wollen, dann heißt es Zusammenstehen, egal ob im Betrieb, in der Schule, in Vereinen oder in unserem Fall: in der Uni.

Dass Faschisten einfach dumm seien, ist eine häufige Erzählung, die aber gefährlich ist. Weil sie verharmlost. Das was sie tun ist perfider als diese »Dummheit«. Sie wollen ganz vorsätzlich spalten, um uns unsere gemeinsame Stärke zu nehmen. Dafür greifen sie auf so widerliche Art und Weise unsere Mitstudierenden an. Uns als Bildungsgewerkschaft liegt am Herzen, dass Orte des Lernens und Lehrens nicht durch ihre Hetze bedroht werden. Wir als angehende Lehrkräfte und Pädagog*innen sehen unsere Arbeit durch solche Inhalte gefährdet und gerade deshalb müssen wir ihre Parolen und Hetze entlarven!

Wir müssen uns aber auch klar gegen die Kürzungen in Bildung und Sozialem positionieren, denn diese machen eine fortschrittliche Bildungsarbeit, die zu einem friedlichen Zusammenleben beiträgt, immer und immer schwerer. Sie kürzen an der Uni, bei Projekten der Demokratieförde-



rung, in der offenen Kinder- und Jugendhilfe und im Ganztags! In Zeiten, in denen rechte Stimmen erstarken und Geld nur für Krieg und Rüstung da ist, müssen wir gemeinsam für eine ausfinanzierte Bildung, für gute Arbeits- und Lebensbedingungen kämpfen!

Lasst uns hier an der Uni weiter gemeinsam lernen, gemeinsam leben, gemeinsam im Café oder der Mensa sitzen und gemeinsam gegen solche Umtriebe organisieren. Denn nur zusammen können wir gegen die Probleme, die uns auf- und abseits des Campus begegnen ankommen!«

Wissen schafft Zukunft: Demonstration

AG Ausfinanzierung der Uni Hamburg

Es reicht uns!

Seit Jahren weigert sich der Hamburger Senat, der Universität ausreichende Mittel für ihre Aufgaben in Forschung und Lehre bereitzustellen. Die Lage spitzt sich nun zu! Die Uni-leitung sieht sich genötigt, in allen Bereichen mit Kürzungen von mindestens 10 % zu planen. Dies führt zu drastischen und irreversiblen Schäden.

Mit verkürzten Öffnungszeiten der Bibliotheken, der Reduzierung der Sachmittel und der Streichung studentischer Jobs haben wir schon jetzt zu kämpfen. Wir Beschäftigten ächzen unter Überlast, der Krankenstand ist auf einem Höchststand; Zubereits jetzt ist in der Verwaltung ein Fünftel der Stellen unbesetzt und frei werdende Stellen bleiben vakant. Bei Promotionsstellen ist ein Drittel nicht besetzt und die prekären Beschäftigungsverhältnisse des gesamten akademischen Personals werden mit den Kürzungen noch verschärft. Die Zahl der Studienplätze droht erheblich gesenkt zu werden. Nicht bloß einzelne Lehrveranstaltungen, sondern ganze Studiengänge stehen vor dem Aus. Als Beschäftigte und Studierende nehmen wir diese Angriffe auf unsere Arbeits- und Studienbedingungen und damit auf eine verantwortungsvolle Wissenschaft nicht hin.

Wir fordern eine bedarfsdeckende Finanzierung!

Das bedeutet: die sofortige Erhöhung des jährlichen staatlichen Grundetats der Uni Hamburg um 30 Mio. € und die zukünftige dynamische Anpassung des Grundetats mindestens in Höhe der realen Kostenentwicklungen für Tarifsteigerungen und Sachkosten (Inflation).

Ausreichende Mittel für die grundlegende Daseinsvorsorge und Bildung nützen allen:

Eine bedarfsdeckende staatliche Grundfinanzierung ist die Basis des demokratischen Grundrechts der Wissenschaftsfreiheit. Diese soll gewährleisten, unabhängig von Interessen privater Geldgeber Wissenschaft im Dienst der Gesellschaft betreiben zu können; das heißt u. a. mit inklusiver Bildung für die Stärkung demokratischer Haltung und die Überwindung sozialer Ungleichheit zu arbeiten; für die Überwindung von Kriegen und für Frieden zu wirken; zur Bewältigung der Klimakrise beizutragen. Zudem generiert jeder in Wissenschaft investierte Euro nahezu doppelt so hohe Einnahmen.

Kämpfen lohnt sich!

Die Unterfinanzierung ist nicht alternativlos. Sie ist Folge einer falschen politischen Prioritätensetzung, bei der trotz wirtschaftlichen Wachstums und steigenden gesellschaftlichen Reichtums die Ausgaben für Bildung, Soziales, Kultur und Gesundheit – nun noch verschärft im Zuge der voranschreitenden Militarisierung – immer weiter verknappt werden. Eine Kehrtwende ist nötig und möglich, denn Hamburg ist eine wohlhabende Stadt! Wie schon im Jahr 2011, als über 10.000 Studierende und Beschäftigte vor das Rathaus zogen und die damals drohenden Kürzungen abwenden konnten, ist es nun erneut Zeit: Erhöhen wir den Druck auf die politisch Verantwortlichen, verschaffen wir uns Gehör!

In der AG AUSFINANZIERUNG setzen sich Studierende, wissenschaftliche Mitarbeiter*innen, Professor*innen und technisches und Verwaltungspersonal gemeinsam für die Verbesserung der Haushaltslage ein (<https://ag-ausfinanzierung.blogs.uni-hamburg.de/>).

Wir treffen uns regelmäßig und freuen uns über die Teilnahme weiterer Engagierter!



11. Juni 2026 | 14:00 Uhr | Uni Hauptgebäude (Edmund-Siemers-Allee)

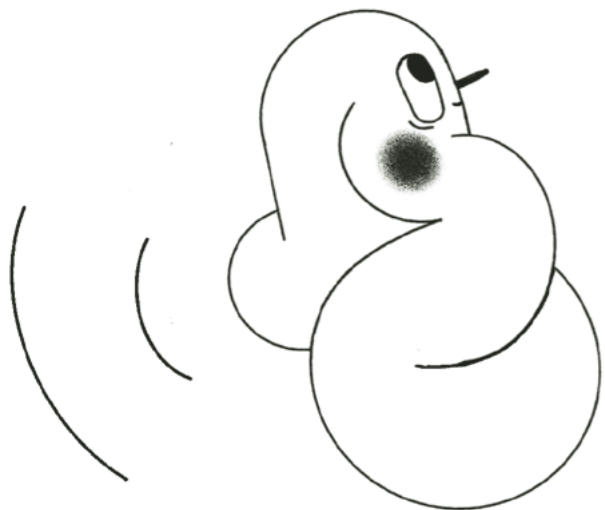
Unter dem Motto »Wissen Schafft Zukunft« plant ein Zusammenschluss von Studierenden, Personalvertretungen und Beschäftigten ein Protestsemester gegen Kürzungspolitik und für die Ausfinanzierung der staatlichen Hamburger Hochschulen. Anlass dafür sind drohende finanzielle Einschnitte, die zu den größten seit Jahrzehnten gehören würden, mit Kürzungen in Höhe von mindestens 10 Prozent des gesamten Haushalts in den kommenden sieben Jahren. Geplant sind neben der Demo am 11. Juni unter anderem Vollversammlungen und Kampagnen zur uniweiten Vernetzung.

GUTEN MORGEN, IHR SCHÖNEN

Text: Karen Bo

Illustration: Antonia Kühn

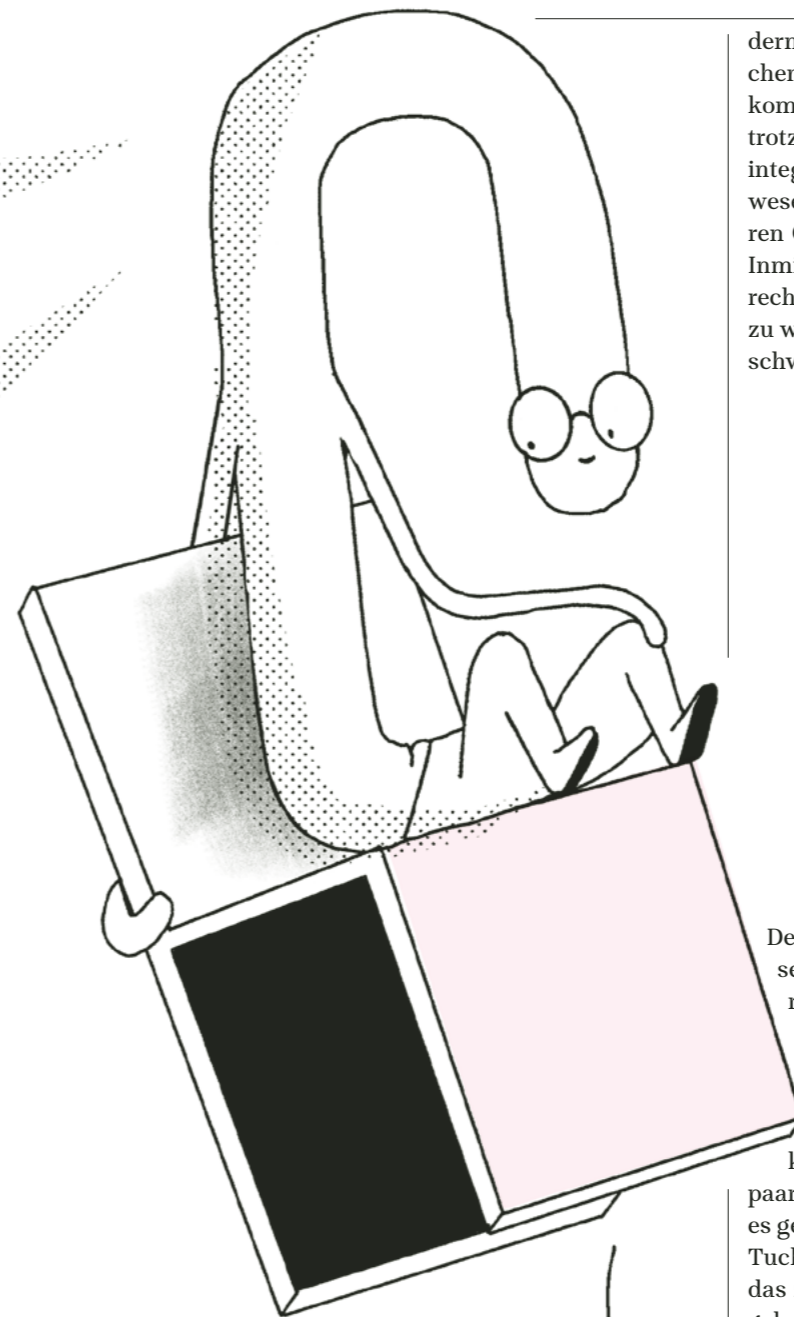
Dass ich irgendwann in der Vorschule landen würde, war lange Zeit überhaupt nicht abzusehen. Nach der Schule machte ich erst eine Ausbildung als Buchhändlerin, schloss dann ein Pädagogikstudium mit Diplom und Promotion ab, hatte (und habe noch) etliche Lehraufträge an der Uni in der Deutschdidaktik inne und kam schließlich relativ spät und eher zufällig über eine Vertretungsaufgabe zu dieser Schulform. Schnell merkte ich, dass die mich aber wirklich begeistert: Das Konzept ist richtig gut und für alle Kinder wertvoll! Sowohl für diejenigen, die aufgrund benachteiligter Herkunftslage und bestimmter Entwicklungsverzögerungen mehr Förderung brauchen, als auch für die, die irgendwann beginnen, sich in der Kita zu langweilen. Für mich ist es beglückend, sie alle bei ihren individuellen, mal kleinen, mal riesigen Entwicklungsschritten zu begleiten. Vorschulkinder sind unheimlich offen, neugierig und begeisterungsfähig und nehmen bereitwillig Beziehungsangebote an.



Zusätzlich habe ich als Lehrkraft eine viel weitreichendere Freiheit in der Unterrichtsgestaltung als in der Grundschule.

Die Vorschule versucht, allen Kindern einen abgepufferten Zugang und wichtige Vorläuferfähigkeiten für die Grundschule zu vermitteln. Insofern ist sie per definitionem kein rein spielerischer Raum, sondern dazu da, die gerade in diesem Alter ausgeprägte intrinsische kindliche Wissbegier – die Vorfreude auf Buchstaben, Zahlen und aufs Lernen allgemein – aufzugreifen und zu fördern. In diesem Sinne finde ich es ganz und gar nicht verwerflich, Vorschulkinder behutsam und spielerisch-motivierend, aber auch beharrlich an so etwas wie Leistungsbereitschaft und Frustrationstoleranz heranzuführen. Es ist nun einmal so, dass man besonders an Aufgaben wächst, die zunächst einen Tick zu anspruchsvoll erscheinen und deren Bewältigung nicht auf Anhieb gelingt. Gerade nach solchen bestandenen Herausforderungen ist auch bei Kindern die Freude über ihren Erfolg besonders groß. Nie werde ich zum Beispiel diesen stark schielenden Jungen vergessen, der aufgrund seiner Sehbehinderung hartnäckig nur auf einer Stelle malte und dann, als er es endlich schaffte, ein Bild großflächiger auszumalen, mich vor Freude übers ganze Gesicht anstrahlte. Ich halte es mittlerweile für ein gesellschaftliches Problem, dass außer im Sport Anstrengung und Ehrgeiz nicht mehr recht anerkannt sind. Auch Schule soll dann immer so leicht wie möglich sein – das aber verkennt die Risiken und Nachteile einer solchen Haltung.

Eine der größten Herausforderungen für Vorschulkinder ist meines Erachtens sowieso nicht der Unterricht, sondern die Hofpause. Für Kinder diesen Alters ist es noch schwierig, sich in einem strukturfreien Raum dieser Größendimension zu orientieren. Entsprechend bleibt die Klassenlehrerin einer Vorschulklasse in der Pause die wichtigste Bezugsperson. Gerade in der Anfangszeit folgt daraus, dass sie quasi ununterbrochen von acht bis dreizehn Uhr mit bis zu 23 Kin-



dern zusammen ist. Man kann sich vorstellen, wie schlauchend das ist, wenn obendrein brenzlige Situationen hinzukommen. Wenn etwa ein neurodivergentes Kind, das sich trotz aller Bemühungen unter diesen Bedingungen nicht integrieren lässt, pausenlos die anderen Kinder nebst anwesenden Erwachsenen mit allen in seiner Nähe verfügbaren Gegenständen bewirft, mit Stiften, Stühlen, Esswaren. Inmitten lauter beunruhigter, verängstigter Kinder, die berechtigterweise Angst haben, die Treppe hinuntergeschubst zu werden, Ruhe und Überblick zu bewahren, ist dann sehr schwierig und anstrengend.

Klar kommen regelhaft Fachkräfte der Sprachförderung oder Erzieher*innen und Sozialpädagog*innen hinzu, meist tolle, gestandene, kompetente Kolleg*innen. Für eine gelingende Verzahnung von Vor- und Grundschule bräuchte es aber regelhaft zwei konstant anwesende Lehrkräfte. Auch der Austausch mit einer weiteren Lehrkraft, die in der Klasse Lernen initiiert und strukturiert, wäre für die Vorschulklassenleitungen sehr wichtig. Und besonders dringend fehlt eine adäquate Ausbildung! Mit lediglich einigen Zusatzmodulen am Nachmittag, ohne Unterrichtsfreistellung, ohne Hospitationen, werden die Vorschullehrkräfte ins kalte Wasser geschubst. Das zeigt doch die institutionelle Geringschätzung dieses wichtigen, anstrengend-schönen Berufes! Ganz zu schweigen von der skandalös schlechten Bezahlung. Eigentlich unhaltbare Zustände!

Dennoch überwiegt für mich die Freude am Zusammensein mit den Kindern. Mein Lieblingssetting ist die Verrätselung: Wir sitzen im Kreis, in der Mitte steht ein geschlossener Karton. Die Kinder rascheln und rutschen herum, löchern mich mit neugierigen Fragen »Was ist das, Frau...?«, »Ist da Dings drin?« – rütteln, schütteln und lauschen am Karton. Es wird eifrig herumspekuliert, geraten und vermutet, bis spätestens, wenn ein paar Eicheln und Nüsse herauskullern, allen klar ist: Aha, es geht um Eichhörnchen! Oder die Gegenstände auf einem Tuch in der Mitte dienen als Indizien und Fingerzeige für das zu erratende Thema: ein Apfel, ein Anspitzer, eine Angel, eine Ananas... Nach und nach fällt bei den Kindern der Groschen, sie strömen aus, um weitere, passende Gegenstände zu suchen, helfen einander, bis alle im Boot sind. In solchen Sternstunden hätte ich manchmal gern zusätzlich eine magische Zauberkugel zur Verfügung, die durch ihre bloße Anwesenheit den Moment der gemeinsamen Konzentration noch weiter ausdehnt.

Vorschullehrerin
Dienstjahre: 13
67 Jahre alt

In meinen Beruf als Bildungsreferent oder auch Gewerkschaftssekretär, wie die offizielle Bezeichnung neuerdings lautet, bin ich Stück für Stück und sehr entspannt hineingeschlittert. In den 1980er- und 90er-Jahren studierte ich Physik, Soziologie und Geschichte der Naturwissenschaften und habe darin auch irgendwann mein Diplom gemacht. Viel wichtiger war mir aber in der Zeit mein »außerparlamentarisches«, politisches Engagement. Es war die Zeit der Hausbesetzungen in der Hafensstraße, der Roten Flora ... Die Volkshochschule im Schanzenviertel wollte da thematisch andocken und übertrug mir eine Seminarleitung zu »Wem gehört das Karoiviertel?«. So fing alles an.

Nach zehn Jahren freiberuflicher Bildungsarbeit mit vielen Fort- und Weiterbildungen (unter anderem zum Medienpädagogen) und nochmal zehn Jahren als Jugendbildungsreferent mit Schwerpunkt »Politische Bildung mit neuen Medien« wechselte ich dann vor 18 Jahren zur Gewerkschaft, und momentan gibt's keinen Grund, diese Stelle vor meinem Renteneintritt zu verlassen. – Warum? Weil das, was mir an diesem Job nun schon seit fast vierzig Jahren richtig gut gefällt, im Kern immer das Gleiche ist: Es ist eine rundum sinnvolle Aufgabe! Fragen wie: »Wo kann ich mit anderen gemeinsam Blicke über den Tellerrand unseres Berufsalltags werfen? Wie kann ich gegen Rechtsextremismus und Nationalismus angehen? Auf welche Weise kann ich mich mit anderen zusammenschließen, um ungerechte und belastende Arbeitsbedingungen zu bekämpfen? Wie bleibe ich gesund?« sind und bleiben wichtig.

Ein besonderer Vorteil meiner Stelle ist außerdem, dass ich keine Gewinne erwirtschaften muss. Unser Bildungsangebot wird über die Mitgliedsbeiträge und Teilnahmegebühren finanziert. Geld ist zwar in letzter Zeit durchaus ein Thema bei der GEW, weil die Mitgliederzahlen nicht immer weiter steigen, junge Menschen nicht automatisch in die Gewerkschaft eintreten und momentan immer zahlreicher die tariflich höher eingestuft in den Ruhestand gehen – und mit ihnen ihre Mitgliedsbeiträge. Aber die Seminararbeit wird dadurch nicht wirklich beeinträchtigt. Auch gut ist, dass die Leute freiwillig kommen, ich niemanden überreden oder speziell motivieren muss. Und meine Arbeitsbedingungen sind wirklich grandios: Meine Wochenarbeitszeit beträgt 37 Stunden, ich werde gut bezahlt und habe sehr umfassende Gestaltungsfreiheit und auch sonstige Flexibilität. Das war und ist für mich als Vater von zwei Kindern besonders wichtig.

Die Anzahl unserer Seminare steigt seit mehreren Jahren kontinuierlich. Waren es zu Beginn meiner Zeit noch 50 Seminare, die wir jährlich im Nordverband mit der GEW Bremen und Schleswig-Holstein durchgeführt haben, sind wir nun schon bei 100 pro Jahr. Ich führe davon ungefähr 20 bis 30 Seminare selbst durch. Der größere Teil meiner Arbeitszeit besteht mittlerweile darin, die Seminarkonzeption und -durchführung zu organisieren, Themen aufzu-

bereiten und mit Referent*innen, Kooperationspartner*innen und Tagungshäusern zu kommunizieren. Eine Gewerkschaft wie die GEW lebt ja vor allem von der Initiative ihrer Mitglieder. Deshalb ist es mir besonders wichtig, gerade die Impulse, die von unseren Mitgliedern selbst kommen, aufzugreifen und zur Umsetzung zu bringen.

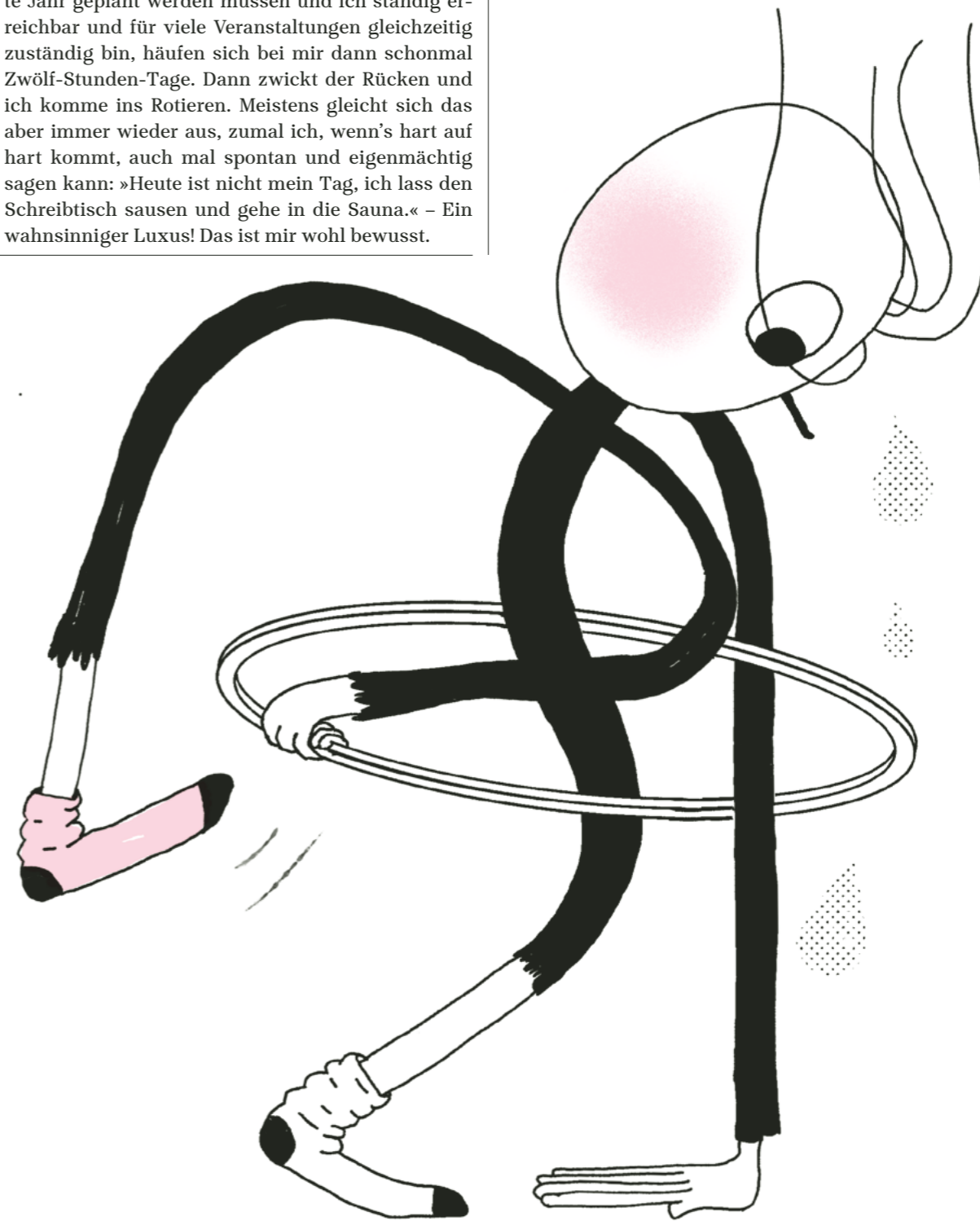
In letzter Zeit sind Fragen des Gesundheitsschutzes immer wichtiger geworden. Wie werde ich mit dem grassierenden Alltagsstress fertig? Können Seminare zu Stressbewältigung, Achtsamkeit oder Rollenkonflikten Abhilfe schaffen? Gerade jüngere Kolleg*innen nehmen die Gewerkschaft eher über solche Angebote wahr denn als politische Kampforganisation. Ich finde es auch erstmal absolut in Ordnung, an den eigenen Bedürfnissen anzusetzen. Entscheidend ist, das Bewusstsein dafür zu schärfen, dass es nicht einzig um das individuelle Verhalten geht, sondern um ein Arbeitsverhältnis, das krank machen kann und darum, sich gemeinschaftlich dagegen zu organisieren.

Aber das ist natürlich nicht alles. Derzeit kommen vermehrt junge Menschen, zumeist Lehramtsstudierende, die sich wegen der Debatte um das Neutralitätsgebot und einer drohenden Regierungsbeteiligung der AfD große Sorgen machen. Die Begegnungen mit ihnen geben mir selbst viel. – Wie ich überhaupt immer noch jedes Mal vorfreudig und ein bisschen aufgeregt bin, wenn ich mit einer Ladung Franzbrötchen und Limos einen neuen Seminarraum betrete. Wie wird heute die Dynamik zwischen den Teilnehmenden? Gibt es gute Fragen und Diskussionen? – Manchmal kann es ja durchaus auch mal tricky werden, wenn gruppeninterne Spannungen auftreten oder einzelne Teilnehmer*innen ein schwieriges Gesprächsverhalten an den Tag legen. Diplomatische Moderation gehört dann auch zu meinem Job. In den allermeisten Fällen aber ist die Atmosphäre angenehm und für mich geradezu erholsam und beglückend.

Viele Leute machen ja außerhalb der Institutionen kaum noch die Erfahrung solcher selbstgewählten politischen Zusammenhänge. Bei unseren einwöchigen Bildungsreisen, zum Beispiel nach Marseille, Brüssel oder Gdańsk, auf Exkursionen zu internationalen Gewerkschaftsgenoss*innen, beim gemeinsamen Abendessen in ortstypischen Restaurants, kommt es oft zu sehr intensiven Begegnungen. À propos Kulinarik und Atmosphäre: Ich finde, dass neben einem angenehmen Ton und Setting gerade auch die Verpflegung eine wirklich große Rolle spielt. Wenn das Essen beim Seminar nicht gut ist, dann hat es jede Seminarleitung schwer. Schließlich wollen wir mit unseren Seminaren auch einen wertschätzenden Rahmen bieten und da gehört die Verpflegung dazu. Hier ist eine gewisse Großzügigkeit wichtig und eben keine Nebensache.

In der Hoch-Zeit im Herbst, wenn zeitgleich viele Seminare anlaufen, die dann parallel auch fürs nächs-

te Jahr geplant werden müssen und ich ständig erreichbar und für viele Veranstaltungen gleichzeitig zuständig bin, häufen sich bei mir dann schonmal Zwölf-Stunden-Tage. Dann zwickt der Rücken und ich komme ins Rotieren. Meistens gleicht sich das aber immer wieder aus, zumal ich, wenn's hart auf hart kommt, auch mal spontan und eigenmächtig sagen kann: »Heute ist nicht mein Tag, ich lass den Schreibtisch sausen und gehe in die Sauna.« – Ein wahnsinniger Luxus! Das ist mir wohl bewusst.



Bildungsreferent bei der Gewerkschaft
Dienstjahre: 18 Jahre
60 Jahre alt

Offener Brief: Demokratie leben und Vielfalt schützen!

Mit ihren Ankündigungen zum Umbau des Bundesprogramms ›Demokratie leben!‹ hat Bildungs- und Familienministerin Prien zuletzt großes Unverständnis ausgelöst. Wichtige und bewährte Arbeit in den Bereichen Antidiskriminierung und Demokratiebildung steht damit vor dem Aus. Die Äußerungen der Ministerin zum Thema ›Vielfaltsförderung‹ werfen zudem die Frage auf, ob Schutz vor queerfeindlicher Diskriminierung zukünftig noch Förderziel von ›Demokratie leben!‹ sein soll.

Die Träger*innen des Kooperationsverbands ›Selbstverständlich Vielfalt‹ wenden sich in einem offenen Brief an die Ministerin.

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Karin Prien, Sie haben einschneidende Änderungen im Bundesprogramm ›Demokratie leben!‹ angekündigt, die wir mit Sorge beobachten. Uns eint in der aktuellen Debatte ein Interesse an nachhaltiger, breitenwirksamer Demokratiewerk und an einer Gesellschaft, die zusammenhält. Die aktuelle Situation möchten wir daher nutzen, um konstruktiv über die Weiterentwicklung des Programms zu sprechen.

Demokratieförderung muss sich daran messen lassen, ob sie die Rechte marginalisierter Mitglieder unserer Gesellschaft schützt. Queere Menschen, insbesondere trans* und nicht-binäre Menschen, sind eine Gruppe, die besonders häufig Ziel von Angriffen auf Würde und Rechte ist. Rund ein Drittel der trans* und nicht-binären Menschen in Deutschland berichtet von Diskriminierungserfahrungen. Allein die Zahl der polizeilich erfassten Straftaten im Bereich ›Sexuelle Orientierung‹ und ›Geschlechtsbezogene Diversität‹ hat sich seit 2010 nahezu verzehnfacht.

Sichtbarkeit ist für queere Menschen nicht nur ein Zeichen der Anerkennung und Wertschätzung, sondern sie trägt auch und vor allem zu ihrem Schutz bei. Sie zeigt zudem: Unsere Gesellschaft ist vielfältig – das ist gut so und für alle ein Gewinn. Wir halten es daher für äußerst problematisch, dass Sie aktuell öffentlich äußern, die Förderung gesellschaftlicher Vielfalt sei nicht Aufgabe des Staates. Menschen mit Migrationsgeschichte, LSBTIAQ*, jüdische Menschen, Menschen mit Behinderung – wir alle und viele weitere sind Teil unserer offen vielfältigen Gesellschaft und der Regelstrukturen, wir lernen und lehren in Schulen, arbeiten im öffentlichen Dienst und in der freien Wirtschaft, gründen Familien, sind aktiv in Vereinen und in den Kirchen ... und wir erfahren dabei Diskriminierung. Dies zu verhindern, ist Aufgabe der gesamten Gesellschaft und damit auch des Staates. Dieser Schutz muss gewährleistet sein, damit gesellschaftliche Teilhabe für uns alle gleichermaßen möglich ist. Dazu gehört auch, zu benennen, wer aktuell in unserer Gesellschaft Diskriminierung erfährt – und sich dafür einzusetzen, dass sich das ändert.

Wir begrüßen ausdrücklich Ihren Ansatz, Regelstrukturen zu stärken, wenn es darum geht, Demokratiebildung, Extremismusprävention und Antidiskriminierungsarbeit zu leisten. Zu dieser Stärkung gehört, Partnerschaften zu fördern: denn aktuell erfüllen gemeinnützige Verbände häufig Aufgaben, die von der öffentlichen Verwaltung und von Regelstrukturen nicht übernommen werden können, weil ihnen neben Ressourcen Expertise und Zugänge fehlen.

Diese partnerschaftliche Arbeit kann nur langfristig erfolgreich sein und benötigt deshalb Planungssicherheit. Sie nun durch ein mögliches vorzeitiges Ende einer Förderung im Rahmen von ›Demokratie leben!‹ in Frage zu stellen, missachtet das bisher Geleistete und gefährdet die erzielten Erfolge.

Wir fordern Sie darum eindringlich auf:

- Stellen Sie sich hinter ein Bundesprogramm, dass die Rechte queerer Menschen schützt!
- Gewährleisten Sie, dass die Bekämpfung von LSBTIAQ*-Feindlichkeit expliziter und prominenter Auftrag von ›Demokratie leben!‹ bleibt!
- Ermöglichen Sie auch in Zukunft, dass gemeinnützige Vereine innerhalb des Bundesprogramms nachhaltige, langfristige Arbeit leisten können – ohne von Jahr zu Jahr grundsätzlich um die weitere Förderung bangen zu müssen.
- Achten Sie bei der Gestaltung der neuen Förderrichtlinie auch darauf, dass vernetzte Arbeit und gegenseitige Lernerfahrungen, wie sie aktuell die Kooperationsverbände im Programmbereich ›Entwicklung einer bundeszentralen Infrastruktur‹ gewährleisten, Teil des Bundesprogramms, wenn vielleicht auch unter anderer Überschrift, bleiben.

Setzen wir uns gemeinsam weiter für eine Gesellschaft ein, in der wir alle würdevoll und selbstbestimmt leben können.

Mit freundlichen Grüßen,
Akademie Waldschlösschen
Bundesverband Trans*
Bundesverband Queere Bildung e. V.
LSVD+ – Verband Queere Vielfalt e. V.
mit Intergeschlechtliche Menschen e. V.

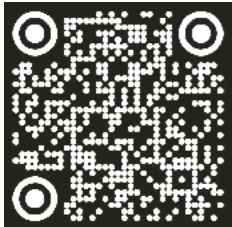
GEW kritisiert Beendigung von ›Queer leben‹

Die GEW hatte zuvor bereits das Auslaufen des nationalen Aktionsplans ›Queer leben‹ Anfang Januar 2026 durch die Bundesregierung scharf kritisiert. »In einer Zeit zunehmender queerfeindlicher Hasskriminalität und gezielter Mobilisierung rechter Kräfte gegen Vielfalt und Selbstbestimmung wird mit der Einstellung des Aktionsplans das einzige bundesweite Förderinstrument zur Bekämpfung von Queerfeindlichkeit und zur Stärkung der Rechte der LSBTIAQ*-Menschen beendet«, betonte Tiam Breidenich vom GEW-Hauptvorstand, Arbeitsbereich Frauen-, Gleichstellungs-, Geschlechterpolitik. »Wer das Programm jetzt auslaufen lässt, entzieht sich politischer Verantwortung und schwächt bewusst den Schutz queerer Menschen – auch im Bildungsbereich.«

Der Aktionsplan war das erste zentrale bundesweite Programm, um die Akzeptanz und den Schutz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt ressortübergreifend zu verbessern. Eine damals vom Bund eingerichtete Arbeitsgruppe ›Bildungseinrichtungen‹ mit Fachexpertise aus Bundesressorts, Bundesländern (KMK) und der Zivilgesellschaft befasste sich über fünfzehn Monate mit der schulischen und vorschulischen Bildung und der Frage, wie hier Diskriminierungen entgegengewirkt und allen Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen ein Schutz vor Feindlichkeit gegenüber geschlechtlicher und sexueller Vielfalt ermöglicht werden kann und veröffentlichte dazu ein Empfehlungspapier.

Die GEW unterstützt den Offenen Brief und befürwortet die Initiative ausdrücklich.

Der Offene Brief kann hier mitgezeichnet werden:



Empfehlungspapier der Arbeitsgruppe ›Bildungseinrichtungen‹



Helmut initiierte Veränderungen und förderte Kolleg*innen

Ein Nachruf auf Helmut Knust-Bense
(18. Januar 1953 – 13. März 2026)

Nach kurzer schwerer Krankheit ist Helmut Mitte März gestorben. Es würde viel zu kurz greifen, sein berufliches Wirken im Hamburger Berufsschulbereich auf die Funktionen in der Schule zu reduzieren:

Helmut kam nach dem Referendariat 1982 an die damalige H14 (Berufsschule für Spedition und Logistik). Dort wurde er 1997 mit breiter Unterstützung des Kollegiums zum Schulleiter gewählt, eine Funktion, die er bis zu seiner Pensionierung 2017 innehatte.

Mit Einstieg in den Schuldienst engagierte sich Helmut in der GEW, er prägte die Arbeit seiner Betriebsgruppe, wurde in den Fachgruppenvorstand der Handelsschulen gewählt und wirkte von dort aus auch in den Landesgremien der GEW; bis 1997 war er Mitglied des Personalrats Berufsschulen, zuletzt als Vorsitzender. Die Verbindung zu seiner Gewerkschaft hat er auch als Schulleiter weiter gehalten und seine entsprechende Positionierung z. B. in den Landes-schulbeirat, bei der Gründung des Hamburger Instituts für Berufliche Bildung (HIBB) und bei der Umstrukturierung der Berufsschulen eingebracht.

Helmut verstand sich nie als Einzelgänger. Er suchte den intensiven Austausch im Team mit Kolleg*innen, seiner Schulleitungsgruppe, anderen Schulleiter*innen und den für die Schule so wichtigen Ansprechpartner*innen ›seiner‹ Ausbildungsberufe in den Betrieben und den Verbänden.

So konnte er viele Veränderungen in der Schule initiieren, begleiten und unterstützen, die Kompetenzen der Kolleg*innen erkennen, fördern und Freiräume für ihre Arbeit schaffen.

Helmut hat viele Spuren hinterlassen. Als ehemaliger Kollege, Gesprächspartner und Freund wird er fehlen.

HARALD GRAGEN, BRIGITTE ZIMMERMANN, ERHARD POHL,
HANS-WERNER SCHÄFER, RAINER PETERSEN



Als ehemaliger Kollege, Gesprächspartner und Freund wird Helmut fehlen.

Protest

Eine Protestnote der Betriebsgruppe Ruheständler*innen

Ich bin zwar anderer Meinung als Sie, aber ich würde mein Leben dafür geben, dass Sie Ihre Meinung frei aussprechen dürfen. [Voltaire]

Als Mitglieder der Betriebsgruppe Ruheständler*innen der GEW finden wir es befremdlich, dass in unserer Organisation Meinungen unterdrückt werden. Nur so lässt es sich u. E. charakterisieren, wenn die Mehrheit der Mitglieder des Landesvorstands (LV) zum zweiten Mal einen Antrag ablehnt, in dem es um die Veröffentlichung eines Vortragskatalogs der Uni-Hamburg zum Thema Nahost geht.

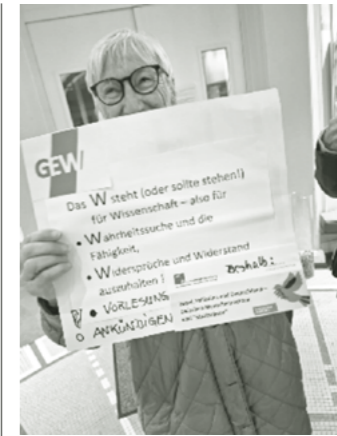
Konkret ging es um die Ringvorlesung der Universität Hamburg, Zentrum für Weiterbildung, vom 21.10.2025 bis 20.01.2026 mit dem Titel ›Israel, Palästina und Deutschland – zwischen Menschenrechten und ›Staatsräson‹. Der Ausschuss für Friedensbildung hatte auf der Sitzung des Landesvorstands vom 11.11.2025 den Antrag gestellt im GEW-Newsletter auf diese Vorlesungsreihe hinzuweisen bzw. zu informieren. Dies wurde mit knapper Mehrheit im Landesvorstand abgelehnt. Daraufhin erfolgte vor der nächsten Landesvorstandssitzung am 16.12. die Protestaktion der BG Ruheständler*innen.

Gewerkschaften gelten als überparteilich, d. h., die Meinungsvielfalt endet nicht bei einer von der Regierung festgelegte Doktrin. Die einmal von der ehemaligen Bundeskanzlerin Merkel ausgegebene Direktive der ›Staatsräson‹ in Bezug auf Israel, von der niemand so recht weiß, wie sie staatsrechtlich einzuordnen ist, kann nicht die Orientierungsgröße einer Gewerkschaft sein.

Nun kann man nicht nur, sondern muss darüber streiten, ob bspw. der Begriff ›Völkermord‹ für das Vorgehen der israelischen Regierung im Gazastreifen berechtigt ist. Was aber eben nicht geht: von vornherein eine Diskussion darüber zu verhindern.

Deshalb hat die Ablehnung der Veröffentlichung des benannten Ankündigungsplakats in unserer Betriebsgruppe zu Empörung geführt. Ja, es gab eine Reihe von Kolleg*innen, die versucht haben, vor der Sitzung des Landesvorstands ihren Unmut gegen diese Entscheidung kund zu tun. Er nützte nichts. Die Mehrheit der Mitglieder des Landesvorstandes blieb bei ihrem abschlägigen Votum.

Auch wenn wir das Ergebnis der Abstimmung als Resultat eines demokratischen Prozesses akzeptieren müssen, so möchten wir trotzdem an dieser Stelle unseren Unmut kundtun. Meinungsfreiheit meint immer auch freien Zugang zu Information. Dieser Grundsatz wurde durch den Beschluss des LV verletzt, weil hierdurch ein Meinungsbildungsprozess erschwert wird.



Protest vor der LV-Sitzung am 16. Dezember 2026: »Wofür steht das ›W‹ im Namen unserer Gewerkschaft?« fragt Jutta K.

Foto: M. Vogt

BG RUHESTÄNDLER*INNEN, als Beschluss mehrheitlich (bei einer Gegenstimme) angenommen.

Gesund in den Ruhestand!

Wir bieten euch an, in einem persönlichen Gespräch u. a. über folgende Fragen zu informieren:

Wie kann ich meine Gesundheit erhalten und stärken? Inwieweit kann ich dabei die Unterstützung durch Einrichtungen der Behörden erwarten? Wie und wo kann ich die Feststellung einer Schwerbehinderung beantragen? Wann kann ich in den Ruhestand gehen? Habe ich meine rentenrechtlichen bzw. versorgungsrechtlichen Zeiten geklärt? Wie berechnet sich meine Altersversorgung?

Die GEW bietet in ihrer Geschäftsstelle, Rotenbaumchaussee 15, eine kostenlose persönliche Beratung zu diesen und ähnlichen Fragen an. Ruhestandsberatung am Dienstag, den 26. Mai 2026, 15 bis 17 Uhr. Das Angebot richtet sich sowohl an Arbeitnehmer*innen als auch an Beamt*innen.

KARIN HUFERT, ehrenamtliche Beraterin, Mitglied der GEW

Armut durch Pflege?

In den aktuellen Diskussionen um eine »Große Pflegereform« deutet sich schon an: Der sich gegenwärtig vollziehende Abbau sozialstaatlicher Errungenschaften wird auch vor der Sozialen Pflegeversicherung nicht haltmachen. Hier ist es wichtig, die Zahlen zu kennen, um den Umfang der geplanten Einsparungen abschätzen zu können – und Protest auf die Straße zu tragen. Gerhard Brauer und Hermann Kaienburg haben für euch den Status Quo der Zuschüsse zu den Kosten im Fall stationärer Pflege aufbereitet.

Wiederabdruck der in der letzten hIz fehlgedruckten Artikel, mit korrigierten Zahlen.

Gerhard Brauer

Im Dezember 2025 wurden erste Ergebnisse für eine »Große Pflegereform« von Bund und Ländern vorgestellt, die sich im Unkonkreten verlieren. Fest steht lediglich, dass es um erhebliche Einsparungen in der Sozialen Pflegeversicherung geht. Diskutiert wird die Abschaffung des Pflegegrades 1 oder eine Verschärfung der Kriterien der Pflegegrade, um die Leistungen auf die »wirklich Betroffenen zu konzentrieren«. Unter der Überschrift »Pflege neu denken« tauchen die Begriffe »Bürokratieabbau« und »Digitalisierung« auf.

Im Vordergrund werden eine stärkere Eigenbeteiligung der Pflegebedürftigen bzw. deren Angehörigen und die Ausweitung der ambulanten Pflege an Stelle der stationären Pflege stehen. Dabei ist der Grundsatz »ambulant vor stationär« nicht neu. Dies ist auch im Interesse der Betroffenen, die in ihrem gewohnten Umfeld weiterhin leben möchten. Es gibt Zuschüsse zu verschiedenen Hilfsmitteln, zum Umbau des Wohnumfeldes oder für den professionellen Pflegedienst. Pflegenden Angehörige können ein Pflegegeld erhalten und sind unter Umständen in der gesetzlichen Rentenversicherung abgesichert. Darüber hat die Beihilfestelle auf einer Veranstaltung des DGB im Curiohaus am 24. Juni 2025 umfassend informiert.

Was aber, wenn die häusliche Pflege nicht oder nicht mehr zu leisten ist? Die Lösung kann in der Unterbringung in einer stationären Pflegeeinrichtung liegen. Der Umzug in ein Pflegeheim ist meist ein emotional herausfordernder Prozess für die Betroffenen und ihre Angehörigen, was auch mit den erheblichen Kosten eines Heimaufenthaltes zusammenhängt. Die Diesterweg-Stiftung der GEW-Hamburg be-

treibt eine stationäre Pflegeeinrichtung auf non-profit-basis in Stellingen, die von einer professionellen Leitung gemanagt wird. GEWler*innen im Vorstand der Stiftung unterstützen die Heimleitung bei grundsätzlichen Fragen und treffen ggf. Entscheidungen. Der Konflikt, gute Pflege von qualifiziertem Personal bei akzeptablen Heimentgelten zu organisieren, muss immer wieder austariert werden.

Die Heimentgelte werden mit den Pflegekassen und der Sozialbehörde ausgehandelt und vereinbart. Sie müssen so hoch sein, dass bei wirtschaftlicher Betriebsführung die Personal- und Sachaufwendungen finanziert werden können. Ein Teil der Heimentgelte beinhaltet die Investitionskosten. Diese betragen in der Diesterweg-Stiftung zurzeit monatlich 353,78 € und sollen gemäß § 9 SGB XI (Soziale Pflegeversicherung) von den Ländern aus Steuermitteln übernommen werden. Die Freie und Hansestadt Hamburg ignoriert diese Verpflichtung unter Berufung auf Landesregelungen. Sanktionsmöglichkeiten sieht das SGB XI nicht vor. »Zu häufig werden Investitionskosten (von den Bundesländern, G.B.) auf die Bewohnerinnen und Bewohner abgewälzt«, so Gesundheitsministerin Warken am 26. Juli 2025 in der ZEIT.

Die Berechnung der Zuschüsse zu den Pflegekosten und der Eigenanteile ist besonders für Beihilfeberechtigte aufgrund der Hamburgischen Beihilfeverordnung (HmbBeiH-VO) etwas kompliziert, für Laien meist unverständlich. Für Pflegebedürftige mit einem Pflegegrad 1 ist eine Heimunterbringung nicht üblich, der Zuschuss würde lediglich 125 € monatlich betragen.

Wie berechnen sich die Zuschüsse der Pflegekasse und ggf. der Beihilfe zur vollstationären Pflege bei dauernder Pflegebedürftigkeit?

1. Heimentgelt (Diesterweg-Stiftung)

Für den Pflegegrad 2 zum Beispiel beträgt das Heimentgelt 4.250,27 € und setzt sich aus den Pflegekosten einschließlich der Ausbildungsumlage (2.756,35 €) und den sogenannten »Hotelkosten« für Unterkunft, Verpflegung und Investitionen (1.493,92 €) zusammen. Zuschussfähig sind lediglich die Pflegekosten einschließlich der Ausbildungsumlage, nicht aber die »Hotelkosten«. Darüber hinaus können Vergütungszuschläge z. B. für die Betreuung von Demenzerkrankten anfallen.

2. Pauschale Zuschüsse

Die pauschalen Zuschüsse sind abhängig vom Pflegegrad und belaufen sich zwischen 805 € (Pflegegrad 2) und 2.096 € (Pflegegrad 5). Entweder werden sie von der Pflegekasse gezahlt oder zu den üblichen Anteilen von der Pflegekasse und der Beihilfe.

3. Leistungszulage

Je nach Dauer des Heimaufenthaltes wird ein Leistungszuschlag gewährt. Dieser beträgt 15 % der Pflegekosten (abzüglich der Pauschale) im ersten Jahr und steigert sich auf 75 % ab dem vierten Jahr des Heimaufenthaltes. Diese Leistungszulage ist auch beihilfefähig.

4. Weitere Aufwendungen (nur für Beihilfeberechtigte)

»Weitere Aufwendungen« nach der Hamburgischen Beihilfe-Verordnung kommen Kolleg*innen mit einem eher geringen Bruttoeinkommen (Rente und Pension) in den ersten Jahren der Heimunterbringung zugute. Für den Fall, dass das gesamte Heimentgelt nach Abzug der pauschalen Beihilfe und der Leistungszulage die Eigenbeteiligung von 60 % des Bruttoeinkommens überschreitet, sind die darüber hinausgehenden Kosten als »weitere Aufwendungen« beihilfefähig, werden also zum Beihilfesatz (i.d.R. 70 %) übernommen.

Bei einem Heimentgelt in Höhe von 4.250,28 € der Pflegestufe 2 erhalten Rentner*innen oder Arbeitnehmer*innen im 1. Jahr der Heimunterbringung von der Pflegekasse 1.097,70 € erstattet, Eigenanteil somit 3.152,58 €. Für Beihilfeberechtigte mit einem monatlichen Bruttoentgelt von 4000 € werden von der Pflegekasse und der Beihilfe 1.624,50 € gezahlt, Eigenanteil somit 2.625,78 €. Bei einem Pflegegrad 4 beträgt das Heimentgelt 5.300,37 €. Im 4. Jahr der Heimunterbringung beträgt die Erstattung für alle 3.318,59 € (Eigenanteil 1.981,78 €).

Für alle, die diese Eigenanteile aus ihrem Einkommen und Vermögen nicht aufbringen können, tritt die Sozialhilfe ein. Ein Barvermögen von 10.000 € pro Person bleibt verschont, Kinder mit einem zu versteuernden Einkommen von über 100.000 € pro Jahr können zur Finanzierung der Heimkosten herangezogen werden. Dem Pflegebedürftigen steht monatlich ein Taschengeld von 152 € und eine Bekleidungs-pauschale von 30 € zu.

Im nachfolgenden Artikel stellt Hermann Kaienburg detaillierte Berechnungen der Erstattungen von der Pflegekasse und der Beihilfestelle vor und berechnet auch die sich daraus ergebenden Eigenanteile. Zusätzlich listet er die Eigenanteile für die Pflegegrade 2 bis 5 in den Jahren eins bis vier der Heimunterbringung auf. Und dies sowohl für beihilfeberechtigte als auch für nicht beihilfeberechtigte Kolleg*innen.

Gerhard Brauer für die Betriebsgruppe Ruheständler*innen

Quelle:

Merkblatt zu vollstationärer Pflege bei dauernder Pflegebedürftigkeit (ZPD-Beih-V22-03 2025-05)



Pflegekosten im Heim

Tabellen zur Erstattung durch Pflegekasse oder Beihilfe und zum Eigenanteil sowie einige Erläuterungen zu den Zahlen

Hermann Kaienburg

Erläuterungen der Tabellen

Die Beihilfe wird nach der Beihilfe-Verordnung der Freien und Hansestadt Hamburg gewährt, ansonsten gilt Bundesrecht. Gerhard Brauer hat in seinem obigen Beitrag darauf hingewiesen, dass die Tendenz dahin geht, die Patient*innen noch stärker zu belasten; unter anderem sollen möglicherweise die Einstufungskriterien für die Pflegegrade verschärft werden.

Die Heimkosten unterscheiden sich von Einrichtung zu Einrichtung. Die von den Heimen erhobenen Sätze für Pflege, Ausbildung, Unterbringung, Verpflegung und Investitionen werden zwischen den Trägern der Heime, den Pflegekassen und der Sozialbehörde ausgehandelt und vereinbart. Für die beiden folgenden Tabellen wurden die Heimkosten der Diesterweg-Stiftung (der vollstationären Wohn-Pflegeeinrichtung der GEW-Hamburg) zugrunde gelegt, die ab dem 1. Juni 2025 gelten.

Bei Nichtbeihilfeberechtigten erfolgt die Erstattung durch die Pflegekassen, also die gesetzlich vorgeschriebenen Pflegekasse, für die die jeweilige Krankenversicherung (z. B. debeka) die Beiträge erhebt. Beihilfeberechtigte erhalten die Erstattung je nach dem geltenden prozentualen Verteilungsschlüssel (meist 30 % zu 70 %) von Pflegekasse und Beihilfestelle. Außerdem bekommen Beihilfeberechtigte ›Weitere Aufwendungen‹ ausschließlich von der Beihilfe (siehe Tabelle 1, Punkt D).

Es gibt folgende Teilbeiträge der Erstattung: a) eine Pauschale, deren Höhe vom Pflegegrad abhängt, b) eine Leistungszulage, deren Höhe von der Aufenthaltsdauer im Heim abhängt.

Die ›Weitere Aufwendungen‹, die nur Beihilfeberechtigte erhalten, sollen soziale Härten abfedern. Ihre Höhe variiert je nach Pauschale und Leistungszulage, nach der Art der Pflege (regulärer Pflege, Dementenbetreuung oder Wachkomabetreuung und nach dem Bruttoeinkommen (Pensionen und Renten, ohne andere Einkommensarten). Hier wurde von regulärer Pflege und von einem Bruttoeinkommen von monatlich 4000 € ausgegangen. Bei höheren Einkommen sind die ›Weiteren Aufwendungen‹ geringer, bei niedrigeren höher.

Die Berechnungen dienen der Orientierung. Rechtlich verbindliche Auskünfte erteilen das Zentrum für Personaldienste (ZPD), Fachbereich Beihilfe.

Hermann Kaienburg für die Betriebsgruppe Ruheständler*innen



Fußnoten

- 1 Siehe Merkblatt zu vollständiger Pflege bei dauernder Pflegebedürftigkeit der ZPD Hamburg (Beihilfe), S. 1.
- 2 Ebd., S. 2.
- 3 In Tabelle 1 gelten die Zahlen bis inklusive Punkt C für alle, ab Punkt D nur für Beihilfeberechtigte.
- 4 Rein rechnerische Größe, besagt nichts über die tatsächliche endgültige Belastung (diese ist oft höher).
- 5 Achtung: Bei der Berechnung der ›Weiteren Aufwendungen‹ gibt es ein Maximum, z. B. bei Pflegegrad 2: 1000 Euro bei regulärer Pflege, 1450 Euro bei Dementenbetreuung, 2000 Euro bei Wachkomabetreuung, vgl. ebd., Ziffer 6. Bei den höheren Pflegegraden sind die Maximalbeträge höher.

Tabelle 1: Berechnung der Erstattung und des Eigenanteils von Beihilfeberechtigten und Nicht-Beihilfeberechtigten an zwei Beispielen in Euro

	Pflegegrad 2 im 1. Jahr	Pflegegrad 4 im 4. Jahr
A: Heimkosten in der Diesterweg-Stiftung		
Pflegekosten/Ausbildungsumlage	2756,35	3806,45
Unterbringung: Unterkunft, Verpflegung, Investitionen	1493,92	1493,92
Summe	4250,27	5300,37
B: Ermittlung der Leistungszulage		
Pflegekosten/Ausbildungsumlage der Heimkosten	2756,35	3806,45
minus Pauschale für Pflegegrad 2 ¹	805,00	1855,00
verbleiben	1951,35	1951,45
Leistungszulage: 15 % (im 1. Pflegejahr) bzw. 75 % (ab dem 4. Pflegejahr) ²	292,70	1463,59
C: Zahlungen an alle (Beihilfeberechtigte und andere)		
Pauschale	805,00	1855,00
Leistungszulage	292,70	1463,59
Summe der Zahlungen an alle	1097,70	3318,59
Bei Beihilfeberechtigten zahlt die Beihilfe davon 70 %, die Pflegekasse 30 %. Bei anderen zahlt die Pflegekasse 100 %		
Eigenanteil der NICHT-Beihilfeberechtigten	3152,57	1981,78
D: Weitere Zahlungen an Beihilfeberechtigte³ (›Weitere Aufwendungen‹)		
Hier wurde als Beispiel ein Bruttoeinkommen von 4000 Euro je Monat zugrunde gelegt. »Zumutbare Eigenbeteiligung«: 60 % des Einkommens ⁴	2400,00	2400,00
Es fehlen also (›Weitere Aufwendungen‹) ⁵	752,57	0,00
Davon trägt die Beihilfe 70 %	526,80	0,00
Gesamterstattung an Beihilfeberechtigte	1624,50	3318,59
Eigenanteil der Beihilfeberechtigten	2625,77	1981,78

Tabelle 2: Eigenanteil bei allen Pflegegraden und allen Aufenthaltsjahren

Eigenanteil Nicht-Beihilfeberechtigte					
Heimkosten	4250,27	4764,37	5300,37	5541,30	
	Pflegegrad 2	Pflegegrad 3	Pflegegrad 4	Pflegegrad 5	
1. Jahr	3152,57	3152,65	3152,65	3152,59	
2. Jahr	2859,86	2859,93	2859,93	2859,89	
3. Jahr	2469,59r	2469,64	2469,64	2469,61	
ab 4. Jahr	1981,76	1981,78	1981,78	1981,76	
Eigenanteil Beihilfeberechtigte					
	Pflegegrad 2	Pflegegrad 3	Pflegegrad 4	Pflegegrad 5	
1. Jahr	2625,77	2625,80	2625,80	2625,78	
2. Jahr	2537,96	2537,98	2537,98	2537,97	
3. Jahr	2420,88r	2420,89	2420,89	2420,88	
ab 4. Jahr	1981,76	1981,78	1981,78	1981,77	

Bühne frei für viele Sprachen!

Anfang Februar feierten migrantische Vereine zusammen mit Schüler*innen und ihren Eltern den Internationalen Tag der Muttersprache, mitorganisiert vom Landesausschuss für Migration, Bleiberecht, Diversität und Antirassismus (LAMBDA) der GEW Hamburg.

Bilge Yörenc & Karin Haas

Am »Internationalen Tag der Muttersprache« am 21. Februar 2026 kamen 13 migrantische Organisationen und Vereine aus Hamburg in der Zentralbibliothek zusammen und feierten ein Fest der Sprachen, organisiert vom Landesausschuss für Migration, Bleiberecht, Diversität und Antirassismus (LAMBDA) der GEW Hamburg und dem Türkischen Lehrerverein in Hamburg (TÖDER), unterstützt von der UNESCO, der Universität Hamburg sowie der Behörde für Schule, Familie und Berufsbildung (BSFB). Über 200 Menschen haben mitgefeiert!

»Ihr habt ein starkes Motto gewählt: »Unsere Sprachen – Unser Reichtum!«, sagte eine Mutter aus Hamburg bei der Veranstaltung und bringt damit auf den Punkt, worum es beim Internationalen Tag der Muttersprache geht: die Vielfalt der Sprachen zu zeigen und ein starkes Zeichen für die Mehrsprachigkeit zu setzen.

Die Vereine und Schulen gestalteten den Tag mit sprachlichen Beiträgen, künstlerischen Darbietungen und fachlichen Impulsen. 32 Schüler*innen aus zehn Schulen traten auf. Sie präsentierten Lieder und Texte auf Albanisch, Arabisch, Farsi, Italienisch, Koreanisch, Kurdisch, Polnisch, Russisch, Slowenisch Spanisch, Türkisch und Ukrainisch. Instrumentalmusik mit Geige, Gitarre und Saz entführte uns in die Klänge der Welt. Ein arabisches Gedicht, ein ukrainisches Märchen, ein Dialog aus einem Schattenspiel, Zungenbrecher sowie Videobeiträge von Schulen machten sprachliche Vielfalt hör- und sichtbar. Es wurde mitgesungen, übersetzt und gemeinsam gestaunt – Mehrsprachigkeit wurde gelebt. Die Kinder und Jugendlichen standen im Mittelpunkt. Sie zeigten, was Mehrsprachigkeit im Alltag, in der Schule und für ihre Identität bedeutet. »Meine Muttersprache gehört zu mir. Wenn sie auch in der Schule sichtbar wird, fühle ich mich stärker«, sagte eine Schülerin auf der Veranstaltung.



Mehrsprachigkeit bereichert alle: hier öffnet ein türkisches Lied die Herzen am Internationalen Tag der Muttersprache

Mit Grußworten und Vorträgen wurde das Anliegen des Internationalen Tags der Muttersprache fachlich und bildungs- und gesellschaftspolitisch untermauert. Prof. Dr. Ursula Neumann von der Universität Hamburg begleitete die Veranstaltung als »Schirmfrau, nicht als Schirmherrin«, wie sie betonte, und erinnerte daran, dass der Internationale Tag der Muttersprache im Jahre 2000 von der UNESCO als Gedenktag eingerichtet worden ist, um die Sprachenvielfalt zu erhalten. Denn weltweit gibt es eine ungeheure Zahl an Sprachen und viele davon sind vom Aussterben bedroht. Samah Shalaby vom UNESCO-Institut für Lebenslanges Lernen unterstrich in ihrem Beitrag die gesellschaftliche Bedeutung von Mehrsprachigkeit. Dr. Martin Şerif Derince von der Universität Hamburg war mit seiner Familie auf der Bühne und erklärte den Kindern anschaulich, wie Mehrsprachigkeit funktioniert und warum sie eine besondere Stärke darstellt. Silvana Safouane, die in der BSFB für Sprachförderung und Herkunftssprachenunterricht zuständig ist, würdigte die Mehrsprachigkeit in unserer Stadt »als ganz wertvolles Gut«. Es sei nicht nur wichtig, »die Mehrsprachigkeit an den Hamburger Schulen gut sichtbar zu machen und sie zu würdigen, sondern auch zu helfen, sie zu unterstützen und sie auszubauen«. Sie brachte die Broschüre »Sprachen lernen in Hamburg« mit (siehe QR-Code S.50) und informierte ausführlich über das schulische Sprachenangebot, »damit verschiedene Sprachen in Hamburg weiter gelernt werden« und in die »Bildungsbiografie« einbezogen werden können.

Die Veranstaltung machte deutlich: Mehrsprachigkeit ist eine Kompetenz und ein gesellschaftlicher Reichtum. Wer die Herkunftssprache stärkt, stärkt auch Bildungserfolg, Identitätsentwicklung und demokratische Teilhabe. Deshalb fordern wir als GEW eine klare bildungspolitische Konsequenz: Unsere Sprache ist unsere Stärke und sie gehört in die Mitte der Bildungspolitik. Bildungsgerechtigkeit bedeutet, die sprachlichen Ressourcen aller Kinder anzuerkennen und systematisch zu fördern. Herkunftssprachenunterricht darf kein Randangebot bleiben. Er braucht eine strukturelle Verankerung im Regelsystem, verlässliche Finanzierung, qualifizierte Lehrkräfte und eine echte Gleichstellung im Fächerkanon.

Sprache ist weit mehr als ein Kommunikationsmittel. Sie ist Trägerin von Kultur, Geschichte und Zugehörigkeit. Dieser Tag muss dauerhaft gewürdigt werden – als klares Zeichen gegen Ausgrenzung und für Anerkennung, Respekt und Chancengleichheit. Sprache ist Bildung, Teilhabe und Zukunft!

BILGE YÖRENC und KARIN HAAS engagieren sich im Landesausschuss für Migration, Bleiberecht, Diversität und Antirassismus (LAMBDA) der GEW Hamburg.

Mehrsprachigkeit stärken!

Für gelingende Bildung in einer vielfältigen Gesellschaft ist Mehrsprachigkeit unverzichtbar. Sie muss systemisch als Querschnittsaufgabe verstanden werden, die Unterricht, Pädagog*innen, Haltung und Strukturen gleichermaßen betrifft.

Bilge Yörenc & Karin Haas

Mehrsprachigkeit lediglich am Internationalen Tag der Muttersprache zu würdigen und zu feiern reicht nicht aus – sie muss ein grundlegendes Prinzip von Bildung in einer vielfältigen Gesellschaft sein. Deshalb wollen wir im Folgenden die Gründe für die Förderung der Mehrsprachigkeit darlegen, um dieser Nachdruck zu verleihen.

In der internationalen pädagogischen Forschung und Praxis besteht ein breiter Konsens darüber, dass Mehrsprachigkeit kein Hemmnis ist, sondern eine wichtige Ressource für Bildung, gesellschaftliche Teilhabe und den sozialen Zusammenhalt. Die UNESCO betont die Bedeutung der Herkunftssprache als Grundlage für Bildungsprozesse und empfiehlt, Kinder in den ersten Schuljahren möglichst in ihrer Erstsprache zu fördern. Mehrsprachige Bildung sollte daher von Beginn an auf der Basis der Herkunftssprache aufgebaut werden. Die Bemühungen zur Bewusstseinsbildung für den Erhalt von Sprachen müssen verstärkt und ausgebaut werden. Das Erlernen der Herkunftssprache in Wort und Schrift ist für Kinder und Jugendliche von großer Bedeutung, sowohl für ihre individuelle Entwicklung, als auch für das schulische und gesellschaftliche Leben in Hamburg. An Hamburger Schulen werden über 100 Sprachen gesprochen, und nahezu 50 % der Schüler*innen wachsen mehrsprachig auf. Viele von ihnen lernen Deutsch als Zweitsprache.

Empirische Studien zeigen, dass Nutzung und Förderung der Herkunftssprache zahlreiche Vorteile für das Lernen bieten. Dies unterstützt die kognitive Entwicklung, stärkt sprachliche Kompetenzen und erleichtert den Erwerb weiterer Sprachen. Zudem trägt es zur Identitätsentwicklung bei und kann das Selbstvertrauen von Kindern und Jugendlichen stärken. Für die Stadt Hamburg ist Mehrsprachigkeit

ein Reichtum und eine Stärke, die es gezielt zu fördern und weiterzuentwickeln gilt. Sie spiegelt die kulturelle Vielfalt der Stadtgesellschaft wider und bietet Potenziale für Bildung, Teilhabe und sozialen Zusammenhalt. Diesen Reichtum müssen wir gemeinsam sichtbar machen und aktiv zu nutzen. Der Austausch von Wissen und Erfahrungen ist dabei eine wichtige Grundlage, um Mehrsprachigkeit und kulturelle Vielfalt nachhaltig zu stärken.

Um Mehrsprachigkeit im Schulsystem wirksam umzusetzen, bedarf es allerdings mehr als nur einzelner Projekte, es braucht ein abgestimmtes Gesamtkonzept auf mehreren Ebenen: Bildungspolitik, Schule und Unterricht müssen ineinandergreifen. Entscheidend ist dabei, dass Mehrsprachigkeit konsequent als Ressource verstanden und systematisch berücksichtigt wird.

Konkrete Handlungsschritte zur Förderung der Mehrsprachigkeit:

1. Bildungspolitische Verankerung

Zunächst muss Mehrsprachigkeit als fester Bestandteil des Bildungssystems verstanden und entsprechend in Rahmenplänen und schulischen Konzepten verankert werden. Sprachenvielfalt darf nicht als Ausnahme gelten, sondern muss als Normalität schulischen Lernens anerkannt werden.

2. Strukturelle Absicherung

Ein zentraler Schritt ist die strukturelle Absicherung: Herkunftssprachen brauchen feste Unterrichtszeiten, verlässliche Rahmenbedingungen und eine gleichwertige Stellung im Fächerkanon. Ebenso wichtig sind die Anerkennung und Gleichstellung der Lehrkräfte, die diese Sprachen unterrichten. Ohne gesicherte Arbeitsbedingungen und klare Perspektiven bleibt jede Reform unvollständig.

3. Professionalisierung der Lehrkräfte

Darüber hinaus ist die Qualifizierung aller Lehrkräfte entscheidend. Sprachbildung betrifft nicht nur den Deutschunterricht, sondern alle Fächer. Deshalb müssen Lehrkräfte befähigt werden, sprachsensibel zu unterrichten und die vorhandenen sprachlichen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler aktiv einzubeziehen.

4. Schulentwicklung

Auch auf Schulebene braucht es klare Konzepte. Jede Schule sollte ein eigenes Profil im Umgang mit Mehrsprachigkeit entwickeln, das sich im Unterricht, im Schulleben und in der Zusammenarbeit mit Eltern widerspiegelt. Die Sprachen der Lernenden sollten sichtbar sein und wertgeschätzt werden.

5. Unterrichtliche Umsetzung

Im Unterricht selbst bedeutet dies, dass bewusst mehrere Sprachen genutzt werden dürfen. Schüler*innen sollen die Möglichkeit haben, ihr gesamtes sprachliches Repertoire einzusetzen, um Inhalte zu verstehen und auszudrücken. Das stärkt nicht nur das Lernen, sondern auch das Selbstbewusstsein.

6. Kooperation und Vernetzung

Schließlich ist eine kontinuierliche Weiterentwicklung notwendig. Maßnahmen müssen regelmäßig überprüft und angepasst werden, um wirksam zu bleiben, wobei Wissen und Erfahrungen ausgetauscht werden.

Fazit

Mehrsprachigkeit gelingt dann, wenn sie nicht als Zusatzaufgabe betrachtet wird, sondern als grundlegendes Prinzip von Bildung in einer vielfältigen Gesellschaft. Mehrsprachigkeit gelingt, wenn sie als Querschnittsaufgabe systemisch gedacht wird, die Unterricht, Personal, Strukturen und Haltung gleichermaßen betrifft.

BILGE YÖRENC und KARIN HAAS für den Landesausschuss für Migration, Bleiberecht, Diversität und Antirassismus (LAMBDA).



Auf dem Hamburger Bildungsserver »Mehrsprachigkeit« finden sich weitere Informationen:



Für die Praxis hat das LI anlässlich des Internationalen Tags der Muttersprache die Broschüre »7 Tage Mehrsprachigkeit« herausgegeben, die Anregungen für die Gestaltung einer Woche der Mehrsprachigkeit gibt.

Not sorry, Tarzan

Bericht zur diesjährigen Veranstaltung der GEW Hamburg zum Internationalen feministischen Kampftag mit der Schauspielerin und Autorin Gesine Cukrowski

Eva Klock

Anlässlich des Internationalen feministischen Kampftags lud der Ausschuss für Gleichstellungs- und Genderpolitik der GEW Hamburg (AfGG) in diesem Jahr Gesine Cukrowski ins Curiohaus ein. Gesine Cukrowski ist vorrangig Schauspielerin, aber auch Aktivistin und jetzt ebenfalls Autorin. Zudem wurde sie 2025 mit dem Bundesverdienstkreuz für ihr Engagement für die Sichtbarkeit von Frauen und ihren Lebenssituationen in der Öffentlichkeit ausgezeichnet.

An diesem Freitagabend Ende März 2026 kam Gesine Cukrowski mit ihrem Buch »Sorry Tarzan, ich rette mich selbst« ins Curiohaus, in dem bereits ein Buffet mit Köstlichkeiten und zahlreichen Getränken sowie ein Büchertisch der Buchhandlung Christiansen die Gäste erwartete. Um 17 Uhr hatten einige dieser Gäste mitgeholfen, die noch aufeinander gestapelten Stühle zurechtzurücken, denn kurz vorher hatte in den Räumen ein Seminar stattgefunden. Die Stimmung war somit durch gemeinsames Anpacken beschwingt, schon bevor alle Frauen* anwesend waren.

Die einleitenden Grußworte sprach Yvonne Heimbüchel, die erste stellvertretende Vorsitzende der GEW Hamburg, die immer gekonnt, klug und zugewandt. Nach einigen Getränken und Plaudereien startete Gesine Cukrowski recht pünktlich mit der Veranstaltung. Sie las kleine Abschnitte aus ihrem Buch, beantwortete Nachfragen, schilderte mit viel Humor und einer feministisch fundierten, antipatriarchalen Haltung zudem anschaulich Anekdoten aus dem Leben einer Schauspielerin. Schnell wurde klar, wie die Männerwelt den Bereich Fernsehen und Kino dominiert, verwunderlich ist das nicht – aber das Ausmaß ist es doch. Der Gender-Pay-Gap ist alarmierend hoch, von 80 – 150 % sprach Gesine Cukrowski. Das ist aber nur ein erschreckender Aspekt der Branche. Sexistisches, patriarchales Verhalten ist hier an der Tagesordnung. Frauen* werden nach zwei Kriterien bewertet: »Fuckability« und »Bankability«, also Attraktivität und Marktwert, definiert durch das patriarchale System bzw. dessen Vertreter, die alten und nicht so alten weißen Männer. Mit ihrer Kampagne »Let's change the picture« für mehr Sichtbarkeit von Frauen ab 47 versucht Gesine Cukrowski gegenzusteuern, kleine Schritte sind schon

Gesine Cukrowski: Sorry Tarzan, Ich rette mich selbst. Raus aus der Klischeefalle, Herder Verlag 2025



geglückt. Es gehe auch darum, realistische Geschichten von Frauen* im Fernsehen und im Kino zu zeigen. Neben vielen wichtigen Aspekten wie dem Blick der Kamera auf Mädchen* und Frauen*, die prägen, wie weibliche Personen gesehen und bewertet werden, waren die Anekdoten spannend, wie Männer versuchen, auszuhebeln, wenn sie in Rollen nicht dominant sein können.

Das Publikum saß gespannt und teilweise erschüttert da. Das zeigte sich besonders in den Reaktionen auf die Vorkommnisse und Erfahrungen, die vorgetragen witzig klangen, aber erschreckend frauenfeindlich sind. Eine gelungene Veranstaltung mit einer schlaun, souveränen und witzigen Autorin, die mühelos allein den ganzen Abend tragen konnte. Zum Schluss wurden viele Bücher verkauft und signiert, und wir gingen alle zufrieden heim.

EVA KLOCK hat die Veranstaltung für den Ausschuss für Gender- und Gleichstellungspolitik (AfGG) der GEW Hamburg organisiert.

Eigene Geschichte in Geschichten

Lest mehr Autorinnen*! Eva Klocks
Lektüreempfehlungen für den Frühsommer

Eva Klock



Jacqueline Kornmüller: 6 aus 49 (Galiani Berlin 2025)

Die 1961 geborene Jacqueline Kornmüller, der Vorname eine Reminiszenz an den französischen Vater, ist Theaterregisseurin. Dieses Buch ist eine Liebeserklärung an ihre Großmutter, eine Frau, die aus sehr armen Verhältnissen stammt und mit ihrem starken Willen eine ungewöhnliche Karriere gestartet hat. Lina, so heißt die Oma, fängt ganz unten in der Küche eines Hotels an und arbeitet sich hoch. Sie lernt in der Hotelküche eine andere junge Mitarbeiterin kennen, die eine wichtige Freundin wird. Diese besondere Freundschaft ist stärker als die Beziehung der Frauen zu ihren jeweiligen Ehemännern und hält bis zum Tod. Die Zeiten sind nicht leicht: Armut in den 20er Jahren, die Zeit des Nazifaschismus und der 2. Weltkrieg, dann die amerikanischen Besatzer in Garmisch-Partenkirchen. Lina ist eine geborene Gastgeberin mit großer Loyalität und einem unbedingten Glauben an das Glück – auch an das Lottoglück.

Miriam Georg: Die Verlorene (Fischer 2025)



Dies ist ein persönlicher Roman der Autorin, die 1987 geboren wurde und unter verschiedenen Pseudonymen schreibt. Das atmosphärisch dichte Buch erzählt auf zwei Zeitebenen die Geschichte ihrer Familie, insbesondere die der Frauen. In der Jetztzeit stürzt die Großmutter Änne in Frankfurt in ihrem kleinen Haus schwer und erwacht nicht wieder. Die Enkelin, schwanger, will mehr über ihre Familie wissen und macht sich mit Hilfe von wenigen Hinweisen auf die Suche, bis sie schließlich in Polen, in Schlesien landet, im ehemaligen Haus ihrer Großmutter. Die Suche der jungen Frau nach der Familiengeschichte wird verwoben mit der Zeit ihrer Oma im dritten Reich, im Krieg und zum Kriegsende. Nie pathetisch oder kitschig, sondern sehr einfühlsam und spannend wird die Leserin mit auf die Reise genommen und ein ungewöhnliches Geheimnis erst zum Schluss enthüllt.

Martina Bogdahn: Mühlensommer (Kiepenheuer & Witsch 2024)



Martina Bogdahn wurde 1976 auf einem Einödhof in Franken geboren. In diesem sehr dicht erzählten Roman sind die Jahreszeiten auf dem Hof nachzuspüren, die Kindheit mit weit entfernten Nachbarhäusern, dem einzigen Bekleidungsgeschäft mit begrenzter Auswahl, langen Busfahrten zur Schule und wenig Freizeitmöglichkeiten. Die Protagonistin arbeitet in einer Werbeagentur und will eigentlich mit ihren Teenagertöchtern in die Berge fahren. Ein Anruf ihrer Mutter, dass der Vater nach einem Unfall im Krankenhaus liegt, ändert ihre Pläne. Auf dem Hof leben die Eltern und die demente Großmutter, die unentwegt Äpfel schält und Betreuung benötigt. Die Hauptfigur Maria muss sich mit den häuslichen und dörflichen Gegebenheiten, dem brodelnden Konflikt mit ihrem Bruder und dem unrentablen Bauernhof auseinandersetzen. Eine Lösung ist in Sicht, aber nicht die sentimentale einer Rückkehr ins Elternhaus.

Bildung und militärische Sicherheit?

Die Einrichtung eines militärischen Sicherheitsbereichs an der Helmut-Schmidt-Universität hatte universitätsweit den Widerstand von Student*innen und Hochschullehrer*innen mobilisiert – in Verteidigung der Freiheit und Offenheit ihrer Universität. Im Rahmen dieses Widerstands wurde auch eine Tagung durchgeführt, die sich den diversen Konsequenzen des Sicherheitsbereichs für den Universitätsbetrieb widmete. Die folgende Rezension empfiehlt die Lektüre des Tagungsbandes, der veranschaulicht, wie die sich vollziehende gesellschaftliche Militarisierung zunehmend auf den Bildungsbereich einwirkt, welche Gefahren damit verbunden sind und wie sich eine kritische Perspektive darauf entfalten ließe.

Andreas Köpke

»Denn wie das Unternehmen die Fabrik ablöst, löst die permanente Weiterbildung tendenziell die Schule ab, und die kontinuierliche Kontrolle das Examen. Das ist der sicherste Weg, die Schule dem Unternehmen auszuliefern.« (Deleuze 1993: S. 257) Diese Befürchtung des französischen Philosophen Gilles Deleuze datiert auf das Jahr 1990 und entstammt seinem »Postskriptum über die Kontrollgesellschaften«. Eine Prophezeiung, deren Präzision im Blick auf den Wissenschaftsbetrieb dreieinhalb Jahrzehnte später, nach mehr als einem Vierteljahrhundert Bolognaprozess mindestens verblüfft, wenn nicht erschüttert. Schließlich hat sich Deleuzes Befürchtung von »einer schrecklichen permanenten Fortbildung, einer kontinuierlichen Kontrolle, welcher der Arbeiter-Gymnasiast oder der leitende Angestellte-Student unterworfen sein wird« (ebd.: S. 251), an den bundesdeutschen Universitäten und Hochschulen in Gestalt von dualisierten wie modularisierten Bachelor- und Master-Strukturen mit ihren engmaschigen, studienbegleitenden Prüfungsprozeduren längst bewahrheitet: Bildungsangebote werden mehr und mehr in Ausbildungsgänge verzweigt, angenagt, durchlöchert von laufenden Prüfungen in kurzen und immer kürzer werdenden Intervallen.

Als ob diese Entwicklung nicht schon bedenklich genug wäre, sieht sich die 1972 ausdrücklich nicht als Militärakademie, sondern als Hochschule der Bundeswehr gegründete Helmut-Schmidt-Universität (HSU) seit Anfang 2024 zusätzlich mit einer ganz anderen Form von Kontrolle, nämlich einer Kontrolle von außen, konfrontiert. Mit Beginn dieses Jahres ist der HSU-Campus am Holstenhofweg in Jenfeld »militärischer Sicherheitsbereich« (MSB), der Zugang zu dieser Bildungsstätte also beschränkt und kontrolliert, was sich nur schwerlich mit dem offenen, auf Austausch angelegten Geist einer Universität vereinbaren lässt – gilt doch bereits Humboldt Freiheit als »erste, und unerlassliche Bedingung« (Humboldt 1960: S. 64) von Bildung.

Widerstand

Mit Bekanntwerden der ersten Pläne zur Einrichtung eines MSB im Jahr 2018 kam es an der HSU – wie nicht anders zu erwarten – zu lebhaften, kontrovers-hitzigen Diskussionen über diese Maßnahme. Es formierten sich verschiedene Protest- und Widerstandsinitiativen für den Erhalt der Universität als offenem Studien-, Bildungs-, Diskussions- und Begegnungsort, als öffentlichem, zivilgesellschaftlichem Raum, welcher der Stadt Hamburg etwa in Gestalt der bemerkenswert gut ausgestatteten Bibliothek, vielfältigen öffentlichen Lesungs- und Diskussionsformaten, Ringvorlesungen und immer wieder auch interessanten Ausstellungen etwas zu bieten hat. Die angekündigte Einrichtung des Sicherheitsbereichs mitsamt einem allgemeinen Betretungsverbot sowie der Androhung von Schusswaffengebrauch hat Widerstand seitens der Universitätsangehörigen mobilisiert. Dieser Widerstand fand seinen sichtbaren Ausdruck u. a. in dem unter Beteiligung von Studierenden organisierten HSU-Symposium »Universität und militärische Sicherheit« im Frühjahr 2022, veranstaltet auf dem damals noch frei zugänglichen HSU-Campus, sowie mit einer öffentlichen Abendveranstaltung im KörberForum der Hafencity, was die Debatte um den MSB ein Stück weit auch in die Stadt trug. Wobei, das soll nicht unvermerkt bleiben, es zum ganz großen Streit um den MSB insofern nicht kam, als sich bundeswehrseitig keine Verantwortungsträger*in bereitfand, für die Einrichtung des militärischen Sicherheitsbereichs einzustehen, ihn zu verteidigen, etwa dessen Notwendigkeit mitsamt der immer wieder ins Feld geführten allgemeinen Gefährdungslage darzulegen.

Die Vorträge und Diskussionen dieses Symposiums, welche zugleich die vielfältigen Implikationen wie Konsequenzen des MSB für den Unialltag spiegeln,

wurden nun in dem Tagungsband ›Universität und militärische Sicherheit‹ gebündelt und gewähren so auch der Öffentlichkeit Einblick in diese – nicht zuletzt im Zeichen der vielbeschworenen Zeitenwende – hochschulpolitisch, wissenschaftlich, aber auch zivilgesellschaftlich brisanten Entwicklungstendenzen.

Um eines gleich vorwegzunehmen: Ungeachtet des Umstandes, dass der MSB – wie erwähnt – seit 2024 Realität ist, haben die lebhaften Kontroversen um seine Einrichtung doch zwei positive Effekte zeitigt: Erstens und ganz praktisch in der vergleichsweise geringen restriktiven Ausgestaltung des militärischen Sicherheitsbereichs. So ist das Betreten des HSU-Campus unter Vorlage eines (kostenfreien) Bibliotheks- sowie eines Lichtbildausweises weiterhin für alle Interessierten möglich, wobei natürlich zu fragen bleibt, ob nicht bereits diese ›Eintrittsbedingung‹ dem freien Geist einer Universität zuwiderläuft oder ihn gar konterkariert.

Zweitens mündete der Streit um den MSB in eine lebhaft inneruniversitäre Diskussion um das Selbstverständnis, die Weiterentwicklung der HSU und hat damit zur Selbstverständigung darüber beigetragen, was denn die Erwartungen und Vorstellungen von Studierenden wie Lehrenden an ihre Bildungseinrichtung sind, wie sich das Campusleben, die Campuskultur, die Bildungskultur im Zeichen des MSB gestalten sollen. Und dies sind sicher Diskussionen, wie sie anderen Universitäten – auch ohne MSB – gleichfalls gut zu Gesicht stünden.

»Der Campus wäre bloß noch eine Kaserne mit Hochschulbetrieb.«

Zwischen Wissenschaftsfreiheit und Sicherheit

Es ist eine spannende, facettenreiche Publikation entstanden, in der es vieles zu entdecken und einiges zu lernen gibt. Zu bedauern ist allerdings, dass sie keine Beiträge aus studentischer Sicht enthält. Eröffnet wird der Band mit einem Beitrag des Ingenieurwissenschaftlers und ehemaligen Vizepräsidenten der HSU, Jens Wulfsberg, der in das Für und Wider eines MSB im Spannungsfeld von Wissenschaftsfreiheit und Sicherheit auf der Suche nach einem akzeptablen Kompromiss einführt. Das so umrissene Spannungsfeld untersucht der Symposiumsmitorganisator und Erziehungswissenschaftler Olaf Sanders, indem er – u. a. im

Rückgriff auf den französischen Philosophen Jean-François Lyotard – eine bildungsphilosophisch perspektivierte Situationsanalyse hinsichtlich des Widerstreits zwischen universitären wie militärischen Interessen vornimmt, diesen ungeschminkt benennt und aushält, um sich sodann an seine produktive Bearbeitung zu wagen, wobei Sanders keinen Hehl aus seiner eigenen Position zum MSB macht: »Der Campus wäre bloß noch eine Kaserne mit Hochschulbetrieb.« (S. 29)

Es schließen sich zwei Beiträge an, die sich den Konsequenzen des MSB für den alltäglichen Wissenschaftsbetrieb widmen. Der Betriebswirtschaftler Hans Koller hebt auf den Reputationsverlust der HSU in der Gesellschaft sowie in der Scientific Community ab, weist auf signifikante Probleme für die Durchführung (inter-)nationaler Kongresse sowie die negativen Konsequenzen für den wissenschaftlichen Austausch hin. Ähnlich argumentiert der Physiker und Friedensforscher Götz Neuneck, der die Relevanz von science diplomacy gerade angesichts sich rapide verschärfender geopolitischer Rivalitäten herausstreicht.

HSU als dezidiert öffentlicher Raum

Es folgen zwei zeitgeschichtlich interessante Aufsätze zur Gründungsphase der HSU. Die beiden Geschichtswissenschaftler Eckardt Opitz und Achatz von Müller gehörten Anfang der 1970er Jahre dem Gründungsausschuss der HSU an und gewähren Einblicke in die damaligen Debatten, verdeutlichen, dass die HSU als öffentlicher Raum, als eine der Stadt Hamburg zugewandte, sich ihr zugehörig verstehende Bildungseinrichtung konzipiert wurde und nicht als abgeschottete Enklave. Dieser zivilgesellschaftliche Impetus findet seinen äußeren Ausdruck nicht zuletzt auch in der modernen Campusarchitektur mit dem Offenheit und Transparenz ausstrahlenden, an Mies van der Rohe erinnernden Haupt- und Mensagebäude, was der Historiker Michael Jonas nicht zuletzt anhand zahlreicher Fotografien anschaulich vergegenwärtigt. Jonas spricht mit Blick auf den MSB denn auch von »einem für diesen Zweck denkbar untauglichen Universitätsgelände« (S. 84). Hiervon ausgehend schlägt sein Kollege, der Althistoriker Burkhard Meißner, einen noch deutlich größeren Bogen, in welchem er die HSU in die architektonische Tradition universitärer Bauten, angefangen bei Platons Akademie, über Alexandria, die Bibliotheken von Pergamon und Ephesus, über Oxford und Bologna, aber auch La Sapienza in Rom oder die Bochumer Universität, einzuordnen sucht, wobei er eindringlich vor der Verwandlung der HSU in einen nicht-öffentlichen Raum warnt. Es folgen bemerkenswerte Aufsätze zweier Soziolog*innen, Teresa Koloma Beck und Tobias Hauße, die sich dem für Universitäten zentralen Thema ihrer Öffentlichkeit, Transparenz und Zugänglichkeit widmen, wobei Hauße mit Blick auf die Universität Bielefeld exemplarisch zeigt, wie schnell bauliche Maßnahmen einer Universität (zumindest

teilweise) ihren offen-öffentlichen Charakter nehmen können – und das vollkommen ohne MSB.

Der Militärhistoriker Sven Lange, seinerzeit Kommandeur des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr in Potsdam und inzwischen zum General befördert, arbeitet den zentralen Stellenwert universitärer Bildung für den Offiziersberuf im Sinne eines Staatsbürgers in Uniform heraus, erst recht mit Blick auf die wachsende und sich vervielfältigenden geopolitischen Problemlagen. Sodann wirft der Erziehungswissenschaftler und Psychoanalytiker Karl-Josef Pazzini einen psychoanalytischen Blick auf die Einrichtung des MSB, deutet ihn als »Symptom, eine unbewusste Kompromissbildung mit einer rational erscheinenden Oberfläche« (S. 123), was zu einem sich spannend lesenden Diorama um Fragen der Sicherheit, Gefährdungen, Offenheit, Paranoia, Angst sowie Vertrauen führt, das Pazzini so ausklingen lässt: »Vielleicht will sich die Bundeswehr mit einem MSB auch gegen die Zumutungen der Gesellschaft schützen. In diesen Zumutungen liegt nicht wenig an Aggressivität und dem Versuch, sie zu leugnen.« (S. 134)

Unsicherheit als Freiheit

Thomas Jung resümiert das MSB-Symposium vor allem in jenen Diskussionen, die sich nicht in Einzelbeiträgen wiederfinden. Erfreulich, dass in Jungs Tagungsresümee auch die Bedenken und Befürchtungen der Studierenden zur Sprache kommen. Diese Diskussionsfäden aufgreifend, widmen sich Manuel Schulz, Andrea Neusius und Katharina Kreuzmann vom Zentrum für technologiegestützte Bildung der HSU dem Spannungsfeld von universitärer Bildung angesichts des MSB unter der Leitfigur »Offener Geist in geschlossener Gesellschaft?«. Sie fragen, wie sich in einem geschlossenen, abgeschotteten Milieu die für Bildungsprozesse unabdingbare Offenheit herstellen lässt, und formulieren zum Abschluss ihres Beitrags nachdenklich: »Dabei könnte die Unsicherheit der Preis der Freiheit sein.« (S. 188)

Dem folgt ein Aufsatz des kritischen Sozialforschers Roger Behrens, der unter dem Titel »Die innere Unsicherheit« die Kontroversen um den MSB in einen größeren soziologisch-gesellschaftspolitischen Diskurs einrückt, um (u. a. auf Kant sowie Habermas rekurrend) dem allgemeinen Strukturwandel der Öffentlichkeit nachzugehen. Behrens demonstriert damit zugleich beispielhaft Notwendigkeit und praktische Relevanz der Kritischen Theorie. Den Tagungsband beschließt der Beitrag des Erziehungswissenschaftlers Thomas Höhne und des Politologen Michael Staack. Es handelt sich um das Update jenes Artikels, den Höhne ursprünglich in den »Blättern für deutsche und internationale Politik« veröffentlicht hat und der mit Blick auf den MSB durchaus provokant um die These einer Militari-

sierung der Universität durch Versicherheitlichung kreist. Ein Text, welcher inneruniversitär im Nachgang für lebhaft Diskussionen sorgte, was Höhne und Staack zum Anlass nahmen, ihn um einen Vorspann zu erweitern, der Intention und Stoßrichtung des ursprünglichen Artikels erläutert, sowie einen Abspann, welcher auf geäußerte Kritik eingeht, ausdrücklich studentische Vorbehalte gegenüber dem MSB hervorhebt und überdies die interne, verzerrend-skandalisierende Instrumentalisierung des Ursprungstextes thematisiert. Ein Ereignis, welches für Außenstehende ein mindestens irritierendes Moment in der Diskussionskultur der HSU aufscheinen lässt und so eine interessante Innenansicht eröffnet.

›Universität und militärische Sicherheit‹ ist eine politisch wie wissenschaftspolitisch lesenswerte (noch dazu im Download kostenfreie) Publikation, die einmal mehr verdeutlicht, wie wichtig es ist, dass Universitäten und Hochschulen – gerade auch in Zeiten der Zeitenwende – öffentliche Räume bleiben, wie dies Jacques Derrida in seiner Streitschrift ›Die unbedingte Universität‹ bereits vor einem Vierteljahrhundert formuliert hat: »Dieser Bezug auf den öffentlichen Raum ist es, wodurch die neuen Humanities [Geisteswissenschaften] der Epoche der Aufklärung verpflichtet bleiben.« (Derrida 2001: S. 14 f.)

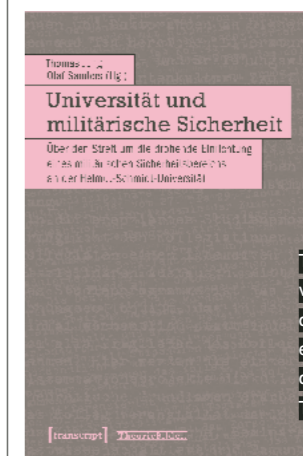
ANDREAS KÖPKE ist Doktorand an der Fakultät für Geistes- und Sozialwissenschaften der HSU, forscht zu Fragen der Theorie und Philosophie von Bildung, war in den neunziger Jahren Mitglied der hlz-Redaktion und organisierte verschiedene bildungs- wie hochschulpolitische GEW-Veranstaltungen.

Literatur

Gilles Deleuze (1993): Postskriptum über die Kontrollgesellschaften, in: Unterhandlungen 1972-1990, S. 254-262, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Jacques Derrida (2001): Die unbedingte Universität, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Wilhelm von Humboldt (1960): Schriften zur Anthropologie und Geschichte. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.



Thomas Jung; Olaf Sanders (Hg.): Universität und militärische Sicherheit. Über den Streit um die drohende Einrichtung eines militärischen Sicherheitsbereichs an der Helmut-Schmidt-Universität, Bielefeld: Transcript 2024 (Open Access).

Unser Konzept wirkt!

Marlis Tepe berichtet aus Simbabwe von ihrem viertägigen Evaluationsbesuch für die GEW-Stiftung ›fair childhood: Bildung statt Kinderarbeit.

Marlies Tepe

»Als das Projekt begann, haben die Gewerkschaften uns alle ausgebildet – Lehrkräfte, Mitglieder des SDC (School Development Committe), Schulleiter und Gemeinderäte. Es war ein echter Augenöffner sowohl für Pädagog*innen als auch für Gemeindemitglieder. Vor der Schulung hätte ich, wenn ein vierzehnjähriges Kind sich an unserer Grundschule einschreiben möchte, gezögert und gesagt, es sei zu alt, um sich anzumelden. Nach der Schulung wurde mir klar, dass jedes Kind das Recht hat, in die Schule zu gehen, und dass wir alles tun müssen, um Kinderarbeit zu beenden«, so die stellvertretende Schulleiterin der Goromokwa Grundschule. Solche Beschreibungen hörte ich an allen sieben Schulen, die ich mit unserem Projektberater Samuel Grumiau besucht habe. Schulleitungen, Eltern oder Gemeinderäte sind von dem Konzept überzeugt. Es spricht viel dafür, dass die Seminare über Menschen- und Kinderrechte, Musik und Rollenspiel und Übungen im sozialen Dialog wirksam sind. Das ist die erfreuliche Feststellung.

Der Distrikt Muzarabani ist in Simbabwe die zweite Region, in der fair childhood mit unseren beiden Schwestergewerkschaften PTUZ (Progressive Teacher Union of Zimbabwe) und ZIMTA (Zimbabwe Teachers Association) 2021 ein Projekt zur Abschaffung der Kinderarbeit mit zehn Schulen begonnen hat. Seit 2023 sind 15 Schulen beteiligt, ab 2026 sollen weitere 15 Schulen einbezogen werden. »Muzarabani ist die Region, die am stärksten von frühen Schwangerschaften und frühen Heiraten betroffen ist, weshalb wir uns entschieden haben, dort zu arbeiten«, erläutert uns der auf Provinzebene zuständige Gewerkschaftskollege von PTUZ. Gleich an der ersten Schule lernen wir ein betroffenes fünfzehnjähriges Mädchen kennen. Sie war mit zwölf von ihrem Stiefvater vergewaltigt und geschwängert worden. Als die Schwangerschaft sichtbar wurde, wurde sie nach Mosambik verkauft. Nach der Geburt ihres Kindes konnte sie dort weglauen. An der Grenze wurde die Polizei informiert, der Stiefvater verhaftet und zu 40 Jahren Gefängnis verurteilt. Das Mädchen konnte mit dem Baby zu ihrer Mutter zurück und macht

nun den Abschluss der Grundschule. Grundschulen umfassen in Simbabwe sieben Jahrgänge und zwei Vorklassen.

Die Goromokwa Grundschule wird aktuell von 350 Kindern besucht. 2023 konnten 32 Kinder aus Kinderarbeit geholt werden. Auch 2025 kamen noch einmal 35 Kinder aus der Kinderarbeit zurück an die Schule. Die Kollegin meint, dass auch der veränderte Unterricht die Schule attraktiv macht. Und das, obwohl die Schule weder Wasser- noch Stromanschluss hat. In der Jee-Gay-Sekundarschule sehen wir Unterricht zur Prävention von Frühverheiratung und gegen sexuellen Missbrauch. Und an allen Schulen wird gegen Kinderarbeit, sexuellen Missbrauch, Frühverheiratung und Bullying plakatiert. Damit die Kinder in der Schule nicht hungrig sind, haben alle Projektschulen eine Starthilfe für

einkommensgenerierende Projekte erhalten. Sechs der sieben besuchten Schulen bauten Mais an und konnten Mittagessen anbieten. Nur in einer Schule gab es an allen Wochentagen Essen. Wenn der Maisanbau nicht für alle Tage reicht, teilen die Schulen nicht mit, wann gekocht wird.

Solarlampen sind eine tolle Idee. Aus recycelten Dosen und Plastikflaschen werden mit Solarmodulen und USB-Anschluss Lampen hergestellt. Die Kinder können sie mit nach Hause nehmen und in der Schule am Solarpanel wieder aufladen. So haben sie etwas für die Umwelt gelernt, können eine Lampe bauen, Licht mit nach Hause bringen und so auch Hausaufgaben machen. Eine Anschubfinanzierung wird aus unseren Spenden geleistet. In den besuchten Schulen soll der Bau im neuen Jahr fortgesetzt werden.

Die Lehrkräfte waren immer »wie aus dem Ei gepeilt«. Ich habe mich gefragt: »Wie machen sie das? Ohne fließend Wasser?« Sie waschen die Kleidung am Wochenende mit der Hand. Das ansprechende Äußere ist für sie ein Mittel, bei Kindern, Eltern und Gemeindevertreter*innen Respekt zu erzielen, aber auch um Bildung aufzuwerten. Sie haben mir alle vermittelt, dass sie große Freude an ihrem Beruf haben. Aber die Bezahlung mit 300 US-Dollar brutto macht es für manche nötig, am Wochenende einer weiteren Erwerbsquelle wie dem Goldschürfen nachzugehen.

Bei meinem Evaluationsbesuch im November 2025 wurde ich neben Sam von der Bildungsinternationale von sechs Männern und Frauen aus Simbabwe begleitet. Hillary (PTUZ) und Rugare (ZIMTA) von der nationalen Ebene, Fannuel (PTUZ) und Lewis (ZIMTA) als Provinzverantwortliche und Aaron und Shumirai als Verbindungsglieder der Schulverwaltung. Es war ein vertrauensvoller kritischer Austausch auch mit der regionalen Schulrätin und der Distriktregierung. Der erste Tag war Höflichkeitsbesuchen vorbehalten, die für Schulbesuche unabdingbar sind. An den drei Schulbesuchstagen waren wir jeweils elf Stunden unterwegs. Sie waren angefüllt mit sehr vielen Eindrücken. Ich bin dankbar, dass uns die Türen so geöffnet wurden. Zum Abschluss konnte ich unseren Projektverantwortlichen ein Gespräch mit dem deutschen Botschafter in Simbabwe vermitteln. Er hat Interesse bekundet, von ihnen Schulen auf dem Land gezeigt zu bekommen. So konnte auch ich ihnen eine Tür öffnen.

Mein Fazit

Unser Konzept wirkt. Kinderarbeit geht zurück. Die Gewerkschaftskolleg*innen fühlen sich wirksam und werden von den Dorfgemeinschaften akzeptiert. Dennoch ist noch viel zu tun – wir hoffen auf eure Spenden!

MARLIS TEPE ist im Vorstand der GEW-Stiftung ›fair childhood: Bildung statt Kinderarbeit.



Musikunterricht an der Clear Morning Grundschule.

Foto: GEW

Narco-Terror

Wenn Drogen-Kartelle den Alltag und die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln kontrollieren

Jutta Klab

Es scheint ein international anwendbares und zu häufig angewandtes Skript mit klaren »Regieanweisungen« zu geben für die Übernahme der Kontrolle in vielen ländlichen Gemeinden und Regionen, sei es in Mexiko oder in den Favelas Brasiliens ... In Mexiko verläuft diese Kontrolle des Alltags wie folgt: Die Gemeinde wird abgeriegelt – kein Fahrzeug kommt hinein oder hinaus. Bewaffnete Männer kontrollieren die wenigen Straßen, besetzen ein strategisch gelegenes Haus, indem sie dessen Bewohner*innen mit Waffengewalt vertreiben. Schüsse fallen, allzu oft werden Leichen auf öffentlichen Plätzen und den größeren Straßen abgelegt. Ein Klima der Angst wird geschaffen. Ab jetzt kontrollieren die »halcones« – die »Falken« im besetzten Haus – alle Bewegungen auf der oft einzigen größeren Straße der Gemeinde. Dann werden Taxi- und Sammeltaxi-Fahrer gezwungen, eine bestimmte Quote ihrer Einnahmen den »halcones« – oder oft auch Mitgliedern der Gemeindeverwaltung, die mit den Narcos, den Kartellangehörigen, kooperieren – zu übergeben. »Cobro de derecho de piso« heißt diese Form der Erpressung. Danach erfolgt die Kontrolle der Getränkeversorgung aus den größeren Städten. Die kleinen »tiendas« – eine Art Tante-Emma-Läden – werden zwar weiterhin mit Getränken und Keksen, Kartoffelchips u. a. versorgt, müssen aber einen höheren Preis verlangen, um ebenfalls ihre »Quote« bezahlen zu können.

Im Oktober 2025 veröffentlichte Wendy O. in der Online-Ausgabe der »Voz de la Noticia« folgenden Artikel über die Gemeinde Teloloapan im mexikanischen Bundesstaat Guerrero: »Bei Einbruch der Dunkelheit schließen die Händler voller Angst ihre Türen. »Du weißt, mit wem du verhandeln musst«, »Kaufe nicht in Iguala, nur hier«. In dieser Gemeinde in der »Tierra Caliente« von Guerrero erwarten Anwohner und Händler, dass die Preise für Grundnahrungsmittel an diesem Oktober-Wochenende drastisch steigen könnten – nicht aufgrund der normalen Inflation, sondern aufgrund der von bewaffneten Gruppen auferlegten territorialen Kontrolle.



Obwohl es eine formelle Verwaltung der Gemeinde gibt, deuten Aussagen von Händlern und Anwohnern darauf hin, dass in Teloloapan die Entscheidungen darüber, von wem gekauft, an wen verkauft und wie viel verlangt wird, nicht in den Büros der Gemeinde getroffen werden, sondern im Schatten der »La Familia Michoacana«, einem der zahlreichen Drogenkartelle Mexikos. Die Präsenz der kriminellen Gruppe zeigt sich in Forderungen an Lieferanten, der Erhebung von »Schutzgeldern« und dem Verbot, sich in benachbarten Gemeinden wie Iguala zu versorgen, die historisch gesehen die besten Preise bieten. Explizite Drohungen führten zur Schließung alternativer Lieferwege.

Lokale Quellen berichten, dass in den letzten Tagen in mehreren Orten der Gemeinde Versammlungen stattfanden, bei denen die De-facto-Behörden Regeln auferlegten: Alle Produkte des Grundbedarfs und Baumaterialien müssen von der Gruppe der »autorisierten Zwischenhändler« gekauft werden. Wer sich weigert, muss mit Repressalien rechnen. Darüber hinaus wurde ein weiteres alarmierendes Problem gemeldet: Personen, die sich zur Migration in die Vereinigten Staaten entschließen, müssen bis zu 90.000 Pesos (ca. 4.500 €) an die Organisation zahlen, um eine »Erlaubnis« oder einen »Passierschein« für die Ausreise zu erhalten. Wenn sich diese Zahl bestätigt, handelt es sich nicht nur um wirtschaftliche Erpressung, sondern um die Kontrolle über die Mobilität und das Leben der Bevölkerung.

Der Einfluss der »La Familia Michoacana« ist groß und besteht in zahlreichen Gemeinden in mehreren Bundesstaaten. Und die Untätigkeit oder das Ausbleiben entschlossener Reaktionen seitens der lokalen und staatlichen Behörden verstärkt die Straflosigkeit. Es herrscht auf vielen Ebenen institutionelle Komplizenschaft.« (Übersetzung: Jutta Klab)

Die informelle Macht der Kriminalität, über die die lokale Wirtschaft organisiert und der Preis für Grundnahrungsmittel wie Reis und Bohnen bestimmt und festgelegt wird, wer die Gemeinde verlassen darf, macht deutlich, dass der Staat seine Bevölkerung in vielen Regionen Mexikos nicht wirklich schützen kann. Grund dafür ist die sogenannte »colusión«, die Zusammenarbeit staatlicher Akteure mit der organisierten Kriminalität, die vor allem durch Korruption und Straflosigkeit – zwei der größten strukturellen Probleme in Mexiko – ermöglicht werden.

Seit mehr als 25 Jahren unterstütze ich ein Bildungsprojekt in einer indigenen Gemeinde in den Bergen im Norden Guerrerros. Auch dort kontrollierte bis vor Kurzem »La Familia Michoacana« den Alltag – vor allem den Transport, den Getränkehandel und den erzwungenen kostenpflichtigen »Schutz« von größeren Veranstaltungen wie Hochzeiten, Beerdigungen oder kirchliche Feste. Heute ist es eine andere Gruppe der organisierten Kriminalität. Auch sie haben zwei »halcones« vor Ort und einen Vertreter im Gemeinderat. Nachts herrscht eine erzwungene Ausgangssperre, die von Drohnen überwacht wird.

Seit zwei Jahren ist für mich ein längerer Aufenthalt in der Gemeinde nicht mehr möglich. Auf den ersten Blick scheint es ein Widerspruch zu sein, dass auch in den ärmsten Regionen Mexikos das organisierte Verbrechen versucht, die Kontrolle zu bekommen. Eine mögliche Antwort hat paradoxerweise mit dem Ausbau der Sozialprogramme der Regierung seit 2018 zu tun. Auch die ärmsten Familien erhalten seither mehr finanzielle Unterstützung. Doch diese wichtigen Einnahmen, die früher oft in Straßenräuber-Mannier nach dem Geld-Abheben geklaut wurden, werden heute »einbehalten« durch die Gruppen der organisierten Kriminalität, die den Alltag der Menschen, ihren Konsum und ihre Mobilität etc. kontrollieren. Mit anderen Worten: es findet eine Umverteilung, eine Privatisierung von staatlichen Fördergeldern statt.

JUTTA KLAB ist Mitglied der Betriebsgruppe Ruheständler*innen und bei Zapapres e. V., einer kleinen, lokalen NGO, die seit 1994 zu Mexiko arbeitet und informiert.

Solidaritätsaufruf: Nothilfe für Nord- und Ostsyrien (Rojava)

Kobanê wurde am 26. Januar 2015 offiziell vom sogenannten »Islamischen Staat« (IS) befreit. Und nun, elf Jahre später, wird die Stadt erneut von islamistischen Kräften belagert – von türkischen Proxymilizen und der syrischen Armee. Deshalb sind die knapp 150.000 Einwohner*innen bei starker Kälte und Schneefall von einer Strom-, Wasser-, Kraftstoff- und Lebensmittelkrise betroffen.

Die aktuelle Versorgungskrise trifft eine Region, deren gesellschaftliche und Bildungsstrukturen bereits seit Jahren durch Krieg, Zerstörung und wirtschaftliche Isolation geschwächt sind. In Nord- und Ostsyrien sind viele Schulen beschädigt oder zerstört, Unterricht konnte über lange Zeit nur eingeschränkt stattfinden, und es fehlt an Lehr- und Lernmitteln. Dennoch arbeiten Bildungsakteur*innen weiterhin daran, allen Kindern Zugang zu Bildung zu ermöglichen und damit Perspektiven für eine demokratische und friedliche Zukunft zu sichern.

Angesichts der aktuellen humanitären Notlage halten wir konkrete Hilfe für notwendig, um die Kolleg*innen bei der Verteidigung des Rechts auf Bildung und bei der Aufrechterhaltung zivilgesellschaftlicher Strukturen in dieser Region zu unterstützen. Wir rufen daher die Mitgliedschaft der GEW zu einer Spendenaktion auf, bitte spendet an:

Kurdistanhilfe e. V.
Hamburger Sparkasse
IBAN: DE40 2005 0550 1049 2227 04
BIC (SWIFT): HASPDEHHXXX
Stichwort: NOTHILFE

Eine Spendenbescheinigung kann ausgestellt werden. Weitere Informationen:
<https://kurdistanhilfe.de/nothilfe-fuer-nord-und-ostsyrien/>

Der Landesausschuss für Migration, Bleiberecht, Diversität und Antirassismus (LAMBDA) der GEW Hamburg.

Peter R. Hofstätter: Publizistische Provokationen eines Psychologieprofessors

Teil IV

Mit gezielten Äußerungen in Zeitungen und bei einer Veranstaltung an der Uni Hamburg bewirkte der Psychologieprofessor und »Erfolgsautor« heftige Reaktionen sowie eine intensive Beschäftigung mit seiner NS-Vergangenheit. 1963 wirbelte er Staub auf durch seine Forderung nach einer Generalamnestie für Kriegsverbrechen.

Hans-Peter de Lorent

Peter Hofstätter fand anfänglich offenbar Gefallen am öffentlichen Interesse an seiner Person. Nach seiner Leserzuschrift an die vom rechtsextremen Journalisten und Verleger Gerhard Frey herausgegebene »National-Zeitung« gab er dieser Zeitung zum 30. August 1963 ein umfangreiches Interview. Auf die Frage »Warum, Herr Professor, läßt man nun die Kontinuität bei der Betrachtung des Dritten Reiches ganz und gar außer acht?« antwortete Hofstätter: »Das ist eine ganz und gar unsinnige Art von Geschichtsbetrachtung. Man versteht die Ereignisse der Jahre 1930 bis 1933 nicht und natürlich ebenso wenig die darauffolgenden, wenn man nicht 200 bis 300 Jahre zurückblickt. Adolf Hitler sprach ja nicht eine ganz neue Sprache. Ganz und gar unmöglich ist es, den Ersten Weltkrieg und seine Folgen auszuklammern. Es mag natürlich sein, daß man sich darum vor der »Bewältigung« jener Zeit scheute, weil es für manche blamabel wäre.«

Auf seine Forderung nach einer Generalamnestie für alle deutschen Kriegsverbrecher angesprochen, erklärte Hofstätter: »Die Gesellschaft kann keine Untaten sühnen. Sie soll durch Erziehung und andere Maßnahmen und Taten vorbeugen.« Als die »National-Zeitung« einwandte, diese Argumente dürften nicht für die an Judentötungen Beteiligten gelten, entgegnete Hofstätter: »Aber das stimmt gar nicht! Sogar nach 1945 sind Massenmorde geschehen, die denen der Judentötung nicht nachstehen. Als Indien und Pakistan selbständig wurden, sind, wie die pakistanische Regierung veröffentlichte, 4,5 Millionen Mohammedaner und 1,5 Millionen Hindus in den Religionsauseinandersetzungen gemordet worden.«

Auf die Frage, ob das deutsche Volk gegen eine Generalamnestie sei, antwortete er: »Aber nein! Ich habe den Eindruck – und die vielen Briefe, die ich jetzt bekommen habe, bestätigen diese Meinung –, daß die Mehrheit unseres Volkes es nicht versteht, daß immer noch deutsche Kriegsverbrecher vor Gericht gestellt werden. Sie hat diese Prozesse satt.« Am Ende des Gesprächs dankte Hofstätter der »National-Zeitung«: »Sie war die einzige Zeitung, die mich nicht angegriffen hat.« So setzte er sich mit den Reaktionen auf seine Äußerungen auseinander. Als Gerhard Frey 2013 mit 80 Jahren starb, schrieb der »Spiegel« über die »National-Zeitung«, diese »befriedigte das Informationsbedürfnis konservativer Kleinbürger, greiser Weltkriegskämpfer und unbeirrbarer NS-Nostalgiker«.

Reaktionen auf Hofstätters Aussagen

In der Presse und von Einzelpersonen gab es umfangreiche Resonanz zur Podiumsdiskussion mit Hofstätter. Der Leiter der Hamburger Pressestelle, Erich Lüth, hatte sich wie der jüdische Maler und Publizist Arie Goral an der Veranstaltung beteiligt und später die Auseinandersetzungen dokumentiert. (Goral veröffentlichte die Dokumentation »Fall Hofstätter 1963/1978, Bd. 1. Aus dem Leben eines Rechts-Sympathisanten«. Lüth legte eine Handakte an, die im Hamburger Staatsarchiv einsehbar ist und wesentliche Zeitungsberichte sowie persönliche Korrespondenz enthält.)

Peter Hofstätter verfasste außerdem einen Leserbrief an das »Sonntagsblatt«: »Den Leserbrief an die Nationalzeitung schrieb ich, weil die »Allgemeine Wochenzeitung der Juden

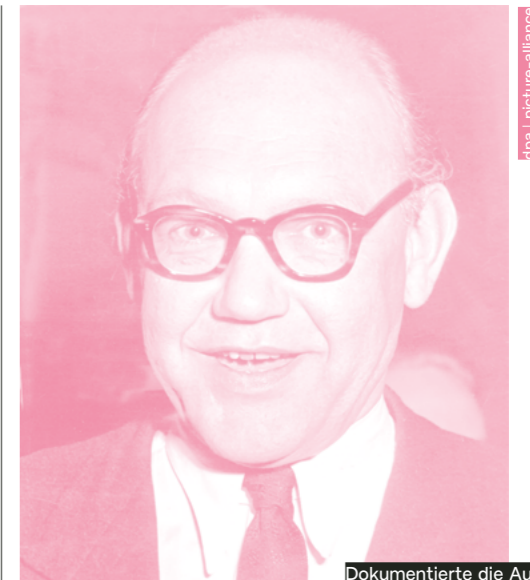
in Deutschland« in ihrer Nummer vom 16. 8. »die ehemaligen Angehörigen der Wehrmacht« zu einer Aktion gegen mich aufgerufen hatte. Ich mag mich in diesem Punkt täuschen, jedoch glaube ich, daß die Nationalzeitung von allen deutschen Zeitungen weitaus am meisten »aus Verbänden und Veranstaltungen« ehemaliger Wehrmachtangehöriger berichtet.«

In einem von zahlreichen Leserbriefen in der »Zeit« schrieb Prof. Gösta von Uexküll: »Hätte Hitler wirklich einen Krieg gegen die Juden geführt, wie Prof. Hofstätter behauptet hat, dann wären die Juden nach einem leicht errungenen Sieg seine Kriegsgefangenen gewesen. Seit wann aber ist es erlaubt, Kriegsgefangene auszurotten? Nicht einmal Feinde darf man ausrotten. [...] Also zum mindesten in der Ausrottung der »feindlichen Juden« mithilfe von Gas müßte auch Prof. Hofstätter ein Verbrechen sehen. Aber natürlich war es kein Krieg, sondern ein Pogrom. [...] Übrig bleibt bei nüchterner Betrachtung die schlichte Tatsache, daß Professor Hofstätter damals wie heute etwas Unsinniges gesagt hat. Seit wann aber ist es verboten, Unsinn zu sagen? Auch Professoren haben ein Recht darauf.«

Der später beim »Spiegel« tätige Journalist und Gerichtsbe-richter Gerhart Mauz veröffentlichte am 29. August 1963 in der »Welt« den Artikel »Bewältigte Vergangenheit – gibt es das?«. Mauz (Jahrgang 1925), der Psychologie studiert hatte und Sohn eines Tübinger Psychiaters war, führte dafür ein längeres Gespräch mit Peter Hofstätter und betonte, dass dieser dabei seine Intentionen viel deutlicher und klarer zum Ausdruck gebracht habe als in seinen veröffentlichten Aussagen und bei der erwähnten Veranstaltung: »Daß Hofstätter für eine Beendigung der Prozesse wegen der von 1933–1945 begangenen Verbrechen, nicht etwa aus Sympathie für die Verbrecher eintritt, sondern weil er in diesen Prozessen eine Versuchung für die Deutschen sieht, sich selbst auf Kosten einzelner zu entlasten, macht er mündlich klarer als er es schriftlich tat.« Mauz war von der Person Hofstätter in gewisser Weise beeindruckt, jedoch biografisch nicht richtig informiert: Er bezeichnete ihn als »im Dritten Reich gefährdeten Gelehrten«, »einen international geachteten Psychologen«, »anerkannten Kollegen der Bühler« und »Nachfolger Sterns und Bondy(s) in Hamburg«, der somit »unmöglich ein Faschist und Antisemit, ein Anwalt autoritärer Systeme und ihrer Verbrechen sein« könne. Damit war er offensichtlich der von Hofstätter aufgebauten Legende erlegen.

In der Debatte verwies Hofstätter auch auf einen Satz von Karl Jaspers zum Eichmann-Prozess von 1961: Es handle sich bei Eichmann und seinesgleichen nicht um Mörder »aus einem egoistischen Motiv und um irgendeines Nutzens willen«, sondern um Leute, die »nicht aus all den anderen Motiven gewöhnlicher Mörder gehandelt haben.«

Nach einer Strafanzeige von Arie Goral und Walter Hähnel wurden gegen Hofstätter auch disziplinarrechtliche



dpa | picture-alliance

Dokumentierte die Auseinandersetzungen um Hofstätters rechte Aussagen: Erich Lüth (1902–1975), damals Direktor der Staatlichen Pressestelle Hamburg.

Veröffentlichte eine Dokumentation der Debatte und zeigte Hofstätter an: Arie Goral (1909–1996), Maler, Publizist und politischer Schriftsteller.



Ermittlungen eingeleitet. Dazu wurde am 24. September 1963 Erich Lüth, Direktor der Staatlichen Pressestelle, vernommen. Lüth hatte sich bereits im ›Hamburger Echo‹ geäußert, lieferte aber in der Vernehmung eine detailliertere Schilderung der umstrittenen Veranstaltung. Nach seiner Darstellung hatte der Versammlungsleiter Kirschmann vom Liberalen Studentenbund über Hofstätters Artikel referiert und den Psychologieprofessor um eine Stellungnahme gebeten. Hofstätter habe dies jedoch mit einer »hochmütigen, arroganten Geste« abgelehnt, nur kurz erläutert und dann zur Diskussion aufgerufen. Lüth berichtet, er selbst habe Hofstätter auf den Widerspruch hingewiesen, »daß er sich für eine Bestrafung der kleinen Mörder einsetzte, die großen jedoch straffrei ausgehen lassen wolle.«

Hofstätter wandte sich gegen das Schulfach ›Zeitgeschichte‹. Diese sei »eine Illusion [...] der zum Schulpensum erhobenen Bewältigung der Vergangenheit«. Hitler sei »für uns Deutsche« noch kein »legitimer Gegenstand der Geschichte«.

Über etwa eine halbe Stunde habe sich eine Debatte entwickelt, in deren Verlauf Hofstätter unter anderem die Auffassung vertrat, Hitler habe spätestens 1939 den Juden den Krieg erklärt, und die Vollstrecker seiner Ausrottungsbefehle hätten glauben können, »eine Kriegshandlung zu vollziehen«. Vor 1939 mögen Ausschreitungen gegen Juden »wohl Morde gewesen« sein, nach 1939 aber »Tötungen in Konsequenz der Hitlerschen Kriegserklärung« – eine Argumentation, die, so Lüth, nicht eindeutig genug formuliert worden sei. Als Goral und Hähnel ausführlicher in die Diskussion einstiegen, antwortete Hofstätter nach Lüths Schilderung »äußerst zynisch« und vertrat die These, die weitere Verfolgung der Kriegsverbrecher werde die Haltung der Unbelehrbaren nur noch trotziger machen. Lüth kritisierte außerdem, Hofstätter habe die Morde des Hitlerregimes mit kriegerischen Vorgängen in der jüdischen Geschichte verglichen und dabei »jegliches Verständnis für die seelische Situation der überlebenden Juden und der verfolgten Nicht-Juden vermissen« lassen.

Diese und weitere Äußerungen hätten in der Versammlung, so Lüth, zu »äußerster Empörung und Verbitterung« geführt; Hofstätter habe schließlich einen Teilnehmer – Goral oder Hähnel – einen »Quatschkopf« genannt, woraufhin eine größere Gruppe, darunter Goral, mehrere Schulräte und Lüth selbst, die Versammlung verließ. Lüth zog aus dem Abend das Fazit, ein Mann, der »so delikate und komplexe Fragen ... so taktlos, zynisch und verständnislos anpackt, [sei] auf einem Universitätslehrstuhl fehl am Platze, insbesondere soweit er etwa an der Ausbildung künftiger Lehrer teilnimmt.«

NS-Vergangenheit kommt ans Licht

Wer einen Stein ins Wasser wirft, muss mit auseinanderlaufenden Wellen rechnen: Die von Goral und Hähnel im Juli 1963 erstattete Anzeige lautete auf »Verunglimpfung und Verleumdung der Opfer des Nationalsozialismus«. Parallel begann Goral nachzuforschen, ob Hofstätter eine NS-Vergangenheit hatte. Er fand den Aufsatz aus dem Jahre 1941 und veröffentlichte ihn in Auszügen. Weitere Recherchen folgten: Valeska von Roques veröffentlichte am 11. September 1963 im ›Vorwärts‹ den Artikel ›Der Wahrheit den Krieg erklärt‹, wofür sie akribisch Stationen von Hofstätters Wirken nachgeprüft hatte. Sie schilderte, wie er als Rektor der Hochschule für Sozialwissenschaften gegen studentische »anarchistische Umtriebe« vorging und schrieb: »Jetzt hat er selber Bomben gelegt.« Sie grub auch die Habilitationsschrift ›Ruf und Bestand‹ aus, mit der Hofstätter die Lehrbefugnis und später die Beförderung zum Regierungsrat als Wehrpsychologe erlangte. Außerdem fand von Roques seinen Beitrag in Band 40 der ›Zeitschrift für angewandte Psychologie‹ von 1940. Dort habe Hofstätter vertreten, die gegen Burgenländer gehegten Vorurteile seien »wegen deren minderer Erbmasse durchaus begründet«. Seine Schlussfolgerung sei entsprechend der NS-Rassentheorie, dass aus dem »gesunden Volksempfinden« entspringende Vorurteile »die tatsächlichen Merkmale einer Gruppe« widerspiegeln. Hofstätter rechtfertigte damit ein »Vorurteil, das sich für 6 Millionen Juden tödlich auswirkte.« Bei einer Neuauflage des Textes habe Hofstätter 1954 die Formulierung verändert: Statt »mindere Erbmasse« der Burgenländer würden nun ihre »geringeren Bildungschancen« für den angeblich niedrigen Intelligenzquotienten der Burgenländer verantwortlich gemacht. Ein wendiger Wissenschaftler, der seine Thesen den wechselnden politischen Bedingungen anpasste.

Auch über Hofstätters Auseinandersetzung um die Studierendenzzeitung an der Wilhelmshavener Hochschule in den 50er-Jahren (siehe hlz 3-4/2026) gab es durch einen Leserbrief in der ›Zeit‹ vom 13. September 1963 eine interessante Ergänzung, die eine andere Seite von Peter Hofstätters

Charakter beleuchtet. Jürgen Schiers aus Bremen schrieb, der »erste Fall Hofstätter« habe stattgefunden, als Hofstätter Rektor der Hochschule für Sozialwissenschaften war. Zur gleichen Zeit erschien dort das ›Zoon Politikon‹, »eine Studentenzeitschrift von einer Gruppe Wilhelmshavener Studenten«. Als einer der Mitherausgeber erklärte, der Begriff des Vaterlandes sei »für ihn ebenso überholt wie die wilhelminische Ära«, habe das dem Rektor missfallen. Laut Schiers griff Hofstätter zu »drastischen Maßnahmen: Unter anderem fragte er mittels Rundschreiben die Wilhelmshavener Einzelhändler, die in der Zeitschrift zu inserieren pflegten, ob sie es vertreten könnten, dieses Blatt weiterhin mit ihrem ›Anzeigengeld zu unterstützen‹. Die Zeitschrift – so schrieb Hofstätter – sei nämlich gegen das Vaterland und gefährde damit auch die Wiedervereinigung.«

Die Herausgeber der Zeitschrift und zahlreiche Studenten seien empört gewesen. Laut Schiers erwies sich Hofstätter »in dieser Situation nicht nur als unfähig, seine unbestritten phänomenalen Kenntnisse auf dem Gebiete der Psychologie praktisch einzusetzen, d.h. etwa eine klärende Diskussion einzuleiten«. Er habe auch »ein fanatisches Verfechten formaler Autorität und einen entsprechenden Mangel an demokratischem Bewußtsein« gezeigt.

In der Diskussion wurde immer wieder die Frage gestellt, ob Hofstätter für die Lehrerausbildung in Hamburg geeignet sei. Er selbst beschäftigte sich und die Öffentlichkeit durchaus mit Fragen der Schulpolitik. Schon eine Woche nach seinen umstrittenen ›Zeit‹-Artikeln meldete er sich dort erneut mit der Frage: »Was verspricht man sich vom Schulfach Zeitgeschichte?« Darin riet er davon ab, sich mit der gerade zurückliegenden »Zeitgeschichte« zu beschäftigen, die er als »eine Illusion, nämlich die der in aller Form zum Schulpensum erhobenen Bewältigung der Vergangenheit« bezeichnete. Im Weiteren mahnte er, »die letzten 30 oder 50 Jahre« eigneten sich »am schlechtesten«. Man solle »den ruhigen Blick auf historische Ereignisse, an denen wir nicht mehr emotional engagiert sind«, fördern: »So betrachtet, ist für die Franzosen Napoleon heute schon ein legitimer Gegenstand der Geschichte, Hitler ist es für uns Deutsche bestimmt nicht.«

Das passte durchaus mit der Realität nicht nur an Hamburger Schulen in den 1950er und 1960er Jahren zusammen, in denen der Geschichtsunterricht sehr häufig kaum den Ersten Weltkrieg erreichte. Aber darüber wurde offenbar im Kontext der Einführung eines Faches Zeitgeschichte gerade nachgedacht. Hofstätter: »Ich frage mich allerdings, inwieweit es klug ist, das Trauma, das wir Erwachsenen von heute erlitten haben, auch unseren Kindern, die nach 1945 geboren wurden, zu vermitteln. Sind wir selbst schon nicht eben einfalllos in der Betätigung von Abwehrmechanismen – einer davon ist die Phrase der als bewältigbar gedachten Vergangenheit –, so könnte ich unseren Kindern in dieser Hinsicht auch

einiges zutrauen. Vielleicht spielen sie eines Tages statt ›Indianer und Trapper‹ den ›Warschauer Aufstand‹... Dann doch lieber ›Perserkriege‹.«

Ganz abgesehen davon, dass die als launig gemeinten Formulierungen wohl nicht nur auf mich völlig geschmacklos wirken, ist hier auch an der psychologischen Kompetenz des Psychologieprofessors zu zweifeln: Er, der als Student zum 80. Geburtstag von Sigmund Freud ein Fest organisierte, schien keine Vorstellung davon zu haben, wie mit Traumata und Abwehrmechanismen hilfreich umgegangen werden sollte.

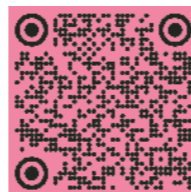
Fortsetzung folgt!

HANS-PETER DE LORENT

Gekürzte Fassung aus:

Hans-Peter de Lorent: Täterprofile, Band 2, Hamburg: Landeszentrale für Politische Bildung 2017, S. 742 ff., dort finden sich auch die ausführlichen Quellenverweise.

Wir danken herzlich Manni Heede für die redaktionelle Mitarbeit bei dieser Serie!



Weitere Infos und Seminarangebote

Tarif-ABC für Einsteiger*innen

Tarifverhandlungen, Arbeitskämpfe, Streiks: das kennen alle aus den Nachrichten, wenn sechs Prozent gefordert und drei Prozent erreicht werden. Aber wie genau laufen Tarifverhandlungen ab? Welche Rolle spielen die Gewerkschaften? Wie kommen eigentlich Forderungen zustande und wer entscheidet letztlich über ein Tarifergebnis? Welche Erfolge konnten erzielt werden und wie können wir zukünftig erfolgreicher werden? In diesem kompakten Online-Seminar wird alles rund um Tarifverhandlungen erklärt. Es dürfen auch »dumme Fragen« gestellt werden!

Dienstag 2. Juni, 17 bis 19 Uhr
Online Seminar mit Zoom
Leitung: Paul Fietz
Kostenlos für GEW-Mitglieder

Wie bleibe ich bei Stimme?

Übungen, Tipps und Tricks für die klare und deutliche Stimme. Besonderer Wert wird auf die praktische Umsetzung der Stimmübungen im Alltag gelegt. Um den verschiedenen Voraussetzungen gerecht zu werden, arbeiten wir teilweise in kleinen Gruppen. Vorhandene Erfahrungen werden dabei ergänzt und erweitert.

Kolleg*innen, die das erste Mal teilnehmen, erhalten bevorzugt einen Platz. Du kannst dich trotzdem gerne anmelden und auf die Warteliste setzen lassen, falls ein Platz frei sein sollte, melden wir uns. Die Unterbringung erfolgt in Einzelzimmern, sofern nicht anders gewünscht. Ein Zimmer mit eigenem Bad kann nicht garantiert werden.

Freitag 5. Juni, 16 Uhr bis Samstag 6. Juni, 16 Uhr
Osterstedt, Tagungshaus Freiräume
Leitung: Katja Reusch
Kostenanteil: 40 € inklusive Verpflegung & Unterkunft (ermäßigt: 20 €, Nicht-Mitglieder: 220 €)

Auftanken und gesund bleiben – Spannungsausgleich und Wohlbefinden

Ob jung oder alt, in diesem Seminar sind alle willkommen, die etwas für ihr körperlich-seelisches Wohlbefinden tun möchten. Ob du unter Stress des täglichen Berufslebens stehst oder altersbedingt unter Schmerzen leidest, eutonische Übungen sind für alle wohltuend, belebend und ausgleichend. Du findest Unterstützung, um dich von unnötiger Haltearbeit der Muskulatur, von Spannungen und Schmerzen zu befreien. Du verfeinerst dein Gefühl für das körperlich-seelische Gleichgewicht und findest zu einem achtsameren Umgang mit dir selbst und anderen.

Samstag 6. Juni, 10 bis 16 Uhr
Hamburg, GEW-Geschäftsstelle
Leitung: Karin Coch, Eutoniepädagogin und -therapeutin für Eutonie GA, Mitglied im BVA
Kostenanteil: 10 € inklusive Verpflegung (ermäßigt: 5 €, Nicht-Mitglieder: 50 €)

Mythos Neutralitätsgebot an der Schule?

Viele Lehrkräfte an Schulen sind angesichts eines von der AfD behaupteten und von einigen Medien unkritisch übernommenen »Neutralitätsgebots«

verunsichert: Gibt es tatsächlich eine Neutralitätspflicht an Schulen? Wann darf oder wann muss ich mich als Lehrkraft politisch positionieren? Bei welchen Äußerungen muss, wann sollte eine Lehrkraft eingreifen? Wir klären die der Rechtslage mit vielen Fallbeispielen, diskutieren so Professionsfragen und stärken das Selbstverständnis und auch das Selbstbewusstsein der Lehrkräfte. Online-Seminar mit Zoom

Dienstag 9. Juni, 17 bis 19 Uhr
Leitung: Frank Hasenbein, Chava Castillon
Kostenlos für GEW-Mitglieder

Stärken nutzen, Lösungen finden: Der systemische Ansatz im Elterngespräch

Elterngespräche sind ein zentraler, aber oft herausfordernder Teil pädagogischer Arbeit. Die Fortbildung vermittelt einen systemischen und lösungsorientierten Ansatz, um diese Gespräche gezielter und wirksamer zu gestalten. Sie zeigt, wie wir eine vertrauensvolle Gesprächsatmosphäre schaffen, systemische Fragetechniken anwenden, Konflikte konstruktiv lösen, Ressourcen nutzen und Elternberatung zielführend gestalten können. Ziel ist es, konkrete Werkzeuge und praxisnahe Strategien an die Hand zu geben, die Elterngespräche erleichtern und die Zusammenarbeit stärken. Die Fortbildung richtet sich an alle Pädagog*innen, die ihre Kommunikationskompetenzen im Umgang mit Eltern erweitern möchten.

Donnerstag, 11. Juni, 10 bis 16 Uhr
Veranstaltungszentrum Faluner Weg

2, 24109 Kiel
Leitung: Tordis Jürgensen
Kostenanteil: 10 € inklusive Verpflegung (ermäßigt: 5 €, Nicht-Mitglieder: 50 €)

Präsenztraining – Mein Auftritt als Pädagog*in

Welche Möglichkeiten des Ausdrucks haben wir, um uns zu vertreten und um »richtig« wahrgenommen zu werden? Die eigene Wirkung bewusst zu verändern und einzusetzen ist Ziel des Seminars. Mit theaterpädagogischen Ansätzen werden Präsenz, Artikulation, Körpersprache – der ganzheitliche Auftritt der Pädagog*in gestärkt. Systematisch werden so Methoden erlernt, die den Umgang mit Kindern und Jugendlichen erleichtern und ein Lernen und Arbeiten auf Augenhöhe zum Ziel haben. Durch schauspielerische Techniken werden spielerisch die eigene Präsenz gestärkt sowie Körpersprache, Wahrnehmung und Selbsteinschätzung trainiert.

Samstag 13. Juni, 10 bis 17 Uhr
Hamburg, GEW-Geschäftsstelle
Leitung: Maryam El-Ghoussein
Kostenanteil: 10 € inklusive Verpflegung (ermäßigt: 5 €, Nicht-Mitglieder: 50 €)

hlz@gew-hamburg.de

Lieber grau...

(hlz 3-4/2026: S. 50-53, Gerhard Brauer: Armut durch Pflege und Hermann Kaienburg: Pflegekosten im Heim)

»Nichts ist so beständig wie der Wandel« (Heraklit von Ephesus). Wir versuchen, mit den Veränderungen in der GEW und der hlz mitzugehen, aber verstehen nicht, warum die Seiten für diejenigen im Ruhestand schwarz sein müssen? Schwarz trugen unsere Großmütter und Mütter während eines Trauerjahres, nicht wie heute als Modefarbe. Und die orangene Schrift auf den schwarzen Seiten zu lesen, fällt selbst Jüngeren schwer. Also bitte lieber grau, es erinnert dann an die »grauen Panther«, gegründet 1975 von Trude Unruh... Am liebsten natürlich schwarze Schrift auf orangem oder hellem Grund!

Sabine Großkopf, Betriebsgruppe
Ruheständler*innen

Liebe Sabine,

danke Dir für Deine Zuschrift! – Ja, das mit den vier braunen Seiten war leider ein nicht geglücktes Experiment, da stimmen wir zu. Im Druck funktionierte nicht mehr, was mit unseren eigentlich bescheideneren technischen Möglichkeiten in der Redaktion noch so spannend aussah und gut lesbar schien. Wollten wir doch, dass die Beiträge zur »Armut durch Pflege« bzw. zur geplanten Pflegereform im Heft herausstechen, gerade weil wir sie für so wichtig halten.

Keine Sorge, damit wird nicht den Ruheständler*innen die Farbe Braun zugewiesen, wir werden in jeder Ausgabe an den Schwerpunkt angepasste wechselnde Farben haben. Wir haben uns bei den Autoren und Leser*innen im Newsletter für den Fehler entschuldigt, tun das an dieser Stelle noch einmal. Die (übrigens auch in den Zahlen der Tabelle) verunglückten vier Seiten finden sich auf der Webseite neu eingestellt und in dieser Ausgabe erneut abgedruckt.

Herzliche Grüße, Antje Géra für die Redaktion



Nordtreffen lesbischer Lehrerinnen 2026

Norddeutsche lesbische Lehrerinnen treffen sich im November zu einer Fortbildung in der Woltersburger Mühle in Uelzen. Es werden Workshops zu schulbezogenen Themen und zur Entspannung angeboten. Daneben ist hinreichend Zeit für den Austausch über persönliche schulische Erfahrungen sowie für Gespräche zum Coming-Out. An diesem Wochenende bekommen die Teilnehmerinnen nicht nur Anregungen, sondern können auch Kraft für den Schulalltag tanken. Die Tagung kostet voraussichtlich 190,- im Einzel- oder Doppelzimmer.

Termin:
13. bis 15. November 2026

Ort:
Woltersburger Mühle, Woltersburger Mühle 1, 29525 Uelzen

Anfragen und Anmeldung:
bitte vor den Sommerferien, auch für Informationen zur Veranstaltung bitte eine E-Mail an: nolele@web.de.

Impressum

Herausgeberin

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft,
Landesverband Hamburg, Rothenbaumchaussee 15,
20148 Hamburg, Tel. 41 46 33-0, Fax 44 08 77,
Homepage: www.gew-hamburg.de

Redaktion

Antje Géra (Redaktionsleitung), Sebastian Schreull,
Liese Kühnel (pausierend),
E-Mail: hlz@gew-hamburg.de

Anschrift Redaktion

Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg.

Gestaltung und Satzarbeit

Jason Tsiakas

Beratung Relaunch

Stefan Stefanescu (Professor für Editorial Design und
medienübergreifende Designkonzeption an der HAW)

Illustration Schwerpunkt

Andrea von Redecker

Typographie

Pia Schröder: Stellar
Charlotte Rohde: Marguerite Grotesk

Druck

Bonifatius GmbH Druck
Papier: Steinbeis Natur, ungestrichen recycled
(Blauer Engel)
Zweifarbdruck mit: HKS 97 N und HKS 21 N

Die hlz wird ohne gesonderte Berechnung an die Mit-
glieder der GEW Hamburg verteilt. Bezugspreis im
Monatsbeitrag enthalten. Die hlz erscheint sechs Mal
im Jahr. Die in der hlz veröffentlichten Artikel geben die
Auffassung der Autor*innen wieder. Stellungnahmen der
GEW sind ausdrücklich als solche gekennzeichnet. Für
unverlangt eingesandte Manuskripte und Bücher (Re-
zensionsexemplare) wird keine Gewähr übernommen.

Redaktionsschluss nächste Ausgaben

hlz 7-9 | 2026: 5. Juni,
hlz 10-11 | 2026: 18. September



Andrea von Redecker

ist Illustratorin, lebt und arbeitet in
Hamburg und hat schon zahlreiche
hlz-Schwerpunkte illustriert.

Illustratorin Schwerpunkt

GEW-Termine 05-07/2026

Referat F

Gruppe Gewerkschaftliche Bildung
Wir treffen uns unregelmäßig aber effektiv. Wir
freuen uns über die Teilnahme von Interessierten.
Info: Wolfgang Szepansky
mailto: info@szepansky.de

Junge GEW und GEW Studies

18.05.2026, 17.30-20.30Uhr, GBW
08.06.2026, 17.30-20.30 Uhr, GBW
06.07.2026, 17.30-20.30 Uhr, Raum C

FG Grundschule

15.06.2026, 17.00-19.00 Uhr, GBW

FG Berufliche Schulen

20.05.2026, 17.00-19.00 Uhr, GBW
24.06.2026, 17.00-19.00 Uhr, GBW

FG Sonderpädagogik

21.05.2026, 17.00-19.00 Uhr, GA-Zimmer
22.06.2026, 17.00-19.00 Uhr, GA-Zimmer

FG Hochschule u. Forschung

18.05.2026, 18.00-20.00 Uhr, Raum C
29.06.2026, 18.00-20.00 Uhr, GBW

AG Bildung statt Kinderarbeit

16.06.2026, 16.00-18.00. Uhr, GBW

Ausschuss für Friedensbildung

28.05.2026, 18.30-21-00 Uhr, Raum C

BG Ruhestand

03.06.2026, 10.00-13.00 Uhr, Raum AB

FG PTF soz.-päd. Personal an Schulen

01.07.2026, 17.00-19.00 Uhr, GBW

AG Schulleitungen

18.05.2026, 18.00-20.00 Uhr, GA-Zimmer
22.06.2026, 18.00-20.00 Uhr, GBW

AJuM – AG Jugendliteratur u. Medien

01.06.2026, 18.30 Uhr von-Melle-Park 8, Raum 9,
Grundschulwerkstatt familie.jantzen@web.de
01.06.2026, 18.30-20.30 Uhr, GEW Raum A

FG Erwachsenenbildung

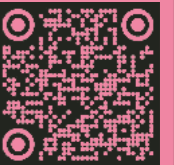
16.06.2026, 19.00-21.00 Uhr GBW

AG Dienstunfähigkeit und alternative Beschäftigung

09.06.2026, 17.30-19.30 Uhr, GBW

Referat B Bildungspolitik, -finanzierung, AG Vorschule, FG Stadtteilschulen,
FG Gymnasien, FG Kinder- und Jugendhilfe, Kita Netzwerk, Sportausschuss,
AG Kindheitspädagogik, Bildungsclub, AG Queere Lehrer*innen, AG Schwer-
behinderte u. chronisch Kranke, LAMBDA – Landesausschuss für Migration,
Bleiberecht, Diversität und Antirassismus

Für aktuelle Termine auch der ande-
ren Fach- und Arbeitsgruppen bitte
QR-Code aufrufen oder auf die GEW-
Webseite gehen und gegebenenfalls
die Kontaktpersonen anschreiben.



Website
<https://www.gew-hamburg.de/mitmachen/termine>

Liebe Referate, Fach- und
Arbeitsgruppen, bitte meldet
eure Termine für diese Seite
bei Annette Meents unter
meents@gew-hamburg.de



